



Stadtratssitzung

Donnerstag, 15. September 2016, 13.30 Uhr, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

	Traktanden	Geschäfts- nummer
1.	Finanzdelegation; Ersatzwahl	2009.SR.000214
2.	Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Übernimmt der Vorstand von „Läbige Stadt“ neu auch vormundschaftliche Aufgaben in Bern? (TVS)	2016.SR.000184
3.	Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Altersheim Kühlewil: Fragen zu Betriebsergebnis, Auslastung und Bewohnerschaft (BSS)	2016.SR.000186
4.	Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Bundesgerichtsurteil betreffend Strompreisen: Auswirkungen auf ewb (SUE)	2016.SR.000187
5.	Kleine Anfrage Matthias Stürmer (EVP): Was sind die Auswirkungen des Bundesgerichtsurteils auf die Stromtarife von ewb? (SUE)	2016.SR.000190
6.	Kleine Anfrage Gisela Vollmer (SP): Konzert Theater Bern: Wie ist das mit der Gleichstellung von Mann und Frau? (PRD)	2016.SR.000188
7.	Kleine Anfrage Gisela Vollmer (SP): Konzert Theater Bern, Stiftungsrat: Aufgaben und Abgrenzungen? (PRD)	2016.SR.000189
8.	Kleine Anfrage Michael Burkard (GFL): Umwegrendite der Reitschule (PRD)	2016.SR.000185
9.	Dringliche Interfraktionelle Motion SP, AL/GPD-DA/PdA+, GB/JA!, GLP (Martin Krebs, SP/Christa Ammann, AL/Seraina Patzen, JA!/Melanie Mettler, GLP/Matthias Stürmer, EVP): Standplätze für Fahrende – Keine Räumung im Buech! (FPI: Schmidt)	2016.SR.000125
10.	Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Regula Tschanz, GB): Folgen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt Bern (FPI: Schmidt)	2016.SR.000126
11.	Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Regula Tschanz/Franziska Grossenbacher, GB): Rosengarten-Bähnli: verspäteter Aprilscherz? (FPI: Schmidt)	2016.SR.000127
12.	Produktgruppenbudget (PGB) 2017 (Abstimmungsbotschaft) (FD: Frauchiger/FPI: Schmidt) (vgl. beiliegender Ablaufplan)	2015.FPI.000068

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 18	923
Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.25 Uhr	925
Mitteilungen des Präsidenten	926

1	Finanzdelegation; Ersatzwahl	926
2	Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Übernimmt der Vorstand von „Läbige Stadt“ neu auch vormundschaftliche Aufgaben in Bern?	926
3	Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Altersheim Kühlewil: Fragen zu Betriebsergebnis, Auslastung und Bewohnerschaft	926
4	Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Bundesgerichtsurteil betreffend Strompreisen: Auswirkungen auf ewb	927
5	Kleine Anfrage Matthias Stürmer (EVP): Was sind die Auswirkungen des Bundesgerichtsurteils auf die Stromtarife von ewb?	927
6	Kleine Anfrage Gisela Vollmer (SP): Konzert Theater Bern: Wie ist das mit der Gleichstellung von Mann und Frau?	927
7	Kleine Anfrage Gisela Vollmer (SP): Konzert Theater Bern, Stiftungsrat: Aufgaben und Abgrenzungen?	927
8	Kleine Anfrage Michael Burkard (GFL): Umwegrendite der Reitschule	928
9	Dringliche Interfraktionelle Motion SP, AL/GPD-DA/PdA+, GB/JA!, GLP (Martin Krebs, SP/Christa Ammann, AL/Seraina Patzen, JA!/Melanie Mettler, GLP/Matthias Stürmer, EVP): Standplätze für Fahrende – Keine Räumung im Buech!	928
10	Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Regula Tschanz, GB): Folgen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt Bern	933
11	Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Regula Tschanz/Franziska Grossenbacher, GB): Rosengarten-Bähnli: verspäteter Aprilscherz?	933
12	Produktgruppenbudget (PGB) 2017 (Abstimmungsbotschaft)	934
	Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.45 Uhr	957
12	Fortsetzung: Produktgruppenbudget (PGB) 2017 (Abstimmungsbotschaft)	958
	Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 21.20 Uhr	979
12	Fortsetzung: Produktgruppenbudget (PGB) 2017 (Abstimmungsbotschaft)	980
	Traktandenliste	987
	Eingänge	988

Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.25 Uhr

Vorsitzend

Präsident Thomas Göttin

Anwesend

Katharina Altas	Erich Hess	Marco Robertini
Christa Ammann	Kurt Hirsbrunner	Kurt Rüeegsegger
Peter Ammann	Daniel Imthurn	Leena Schmitter
Ursina Anderegg	Roland Jakob	Edith Siegenthaler
Cristina Anliker-Mansour	Bettina Jans-Troxler	Lena Sorg
Mess Barry	Dannie Jost	David Stampfli
Manfred Blaser	Ingrid Kissling-Näf	Matthias Stürmer
Regula Bühlmann	Philip Kohli	Bettina Stüssi
Yasemin Cevik	Fuat Köçer	Michael Sutter
Milena Daphinoff	Martin Krebs	Alexandra Thalhammer
Daniel Egloff	Marieke Kruit	Luzius Theiler
Vivianne Esseiva	Nora Krummen	Regula Tschanz
Alexander Feuz	Martin Mäder	Gisela Vollmer
Benno Frauchiger	Peter Marbet	Johannes Wartenweiler
Barbara Freiburghaus	Melanie Mettler	Christophe Weder
Rudolf Friedli	Patrizia Mordini	Janine Wicki
Lionel Gaudy	Barbara Nyffeler	Manuel C. Widmer
Katharina Gallizzi	Seraina Patzen	Marcel Wüthrich
Hans Ulrich Gränicher	Stéphanie Penher	Patrik Wyss
Claude Grosjean	Marco Pfister	Patrick Zillig
Franziska Grossenbacher	Halua Pinto de Magalhães	Christoph Zimmerli
Isabelle Heer		

Entschuldigt

Henri-Charles Beuchat	Bernhard Eicher	Hans Kupferschmid
Michael Burkard	Lukas Gutzwiller	Lukas Meier
Danielle Cesarov-Zaugg	Stefan Hofer	Roger Mischler
Rithy Chheng	Roland Iseli	Sandra Ryser
Michael Daphinoff	Nadja Kehrli-Feldmann	Andrin Soppelsa

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE	Alexandre Schmidt FPI	Franziska Teuscher BSS
----------------	-----------------------	------------------------

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD	Ursula Wyss TVS
-------------------------	-----------------

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär	Nik Schnyder, Ratsweibel
Annemarie Masswadeh, Protokoll	Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann, Stadtschreiber

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Mitteilungen des Präsidenten

Vorsitzender *Thomas Göttin*: Der FC Stadtrat hat am 4. September zum zweiten Mal einen Fussballmatch gegen den FC Weltreligion gespielt. Das erste Mal haben wir 18:3 verloren, diesmal 6:1, was doch ein deutlicher Fortschritt ist. Unser Captain, Hans Kupferschmid, hat sich leider an der Achillesferse verletzt und wir haben ihm vom Stadtrat aus mit drei Flaschen Wein gute Genesung gewünscht.

2009.SR.000214

1 Finanzdelegation; Ersatzwahl

Der Stadtrat wählt für den zurücktretenden Michael Daphinoff einstimmig den von der Fraktion BDP/CVP nominierten Andrin Soppelsa als Mitglied in die Finanzdelegation.

2016.SR.000184

2 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Übernimmt der Vorstand von „Läbigi Stadt“ neu auch vormundschaftliche Aufgaben in Bern?

Alexander Feuz (SVP): Ich bestätige, die Antwort erhalten zu haben, aber eigentlich ist es ja keine Antwort. Ich habe Auskunft dazu verlangt, wie sich die Stadt dazu stellt, dass sich eine private Vereinigung als rot-grüner Sittenwächter aufspielt. Offenbar sieht man kein Problem darin, dass „Läbigi Stadt“ Druck ausübt, damit man bei Mobility keine Geländewagen ausleihen kann. Sollte es nächstens ein Cabriolet im Angebot geben, wird man wohl auch dieses nicht benützen dürfen. Eine solche Sittenwächterfunktion ist einer Stadt unwürdig, und es ist auch bezeichnend, wie die Stadt diese Kleine Anfrage beantwortet hat. Obwohl dies bei einer Kleinen Anfrage nicht üblich ist, bekunde ich hiermit ganz klar meine Unzufriedenheit.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2016.SR.000186

3 Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Altersheim Kühlewil: Fragen zu Betriebsergebnis, Auslastung und Bewohnerschaft

Barbara Freiburghaus (FDP): Wir danken für die prompte Antwort. Es ist nicht nachvollziehbar, wie man ein Budget aufstellen kann, in dem die Auswirkungen einer Sanierung nicht berücksichtigt sind, und den massiven Verlust nur auf die Bettenbelegung zurückzuführen, überzeugt auch nicht. Wir behalten uns vor, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und weitere Nachfragen zu stellen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2016.SR.000187

4 Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Bundesgerichtsurteil betreffend Strompreisen: Auswirkungen auf ewb

Barbara Freiburghaus (FDP): Wir nehmen die Antwort zur Kenntnis und werden zu einem späteren Zeitpunkt, wenn Bernhard Eicher wieder da ist, darauf zurückkommen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2016.SR.000190

5 Kleine Anfrage Matthias Stürmer (EVP): Was sind die Auswirkungen des Bundesgerichtsurteils auf die Stromtarife von ewb?

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2016.SR.000188

6 Kleine Anfrage Gisela Vollmer (SP): Konzert Theater Bern: Wie ist das mit der Gleichstellung von Mann und Frau?

Gisela Vollmer (SP): Aufgrund der Antworten kann man sagen, dass der Gemeinderat nicht an mehr Transparenz interessiert ist. Ich bin auch sehr erstaunt, dass er die Vorgabe von 30 Prozent, die eigentlich verwaltungsanweisend ist, selber nicht einhält. Offensichtlich ist ihm Gleichstellung kein grosses Anliegen. Schwierig ist auch, dass bei solchen Anliegen nicht Fachpersonen beigezogen werden, und unklar ist, inwieweit weitere Personen von dem Vorfall betroffen sind.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2016.SR.000189

7 Kleine Anfrage Gisela Vollmer (SP): Konzert Theater Bern, Stiftungsrat: Aufgaben und Abgrenzungen?

Gisela Vollmer (SP): Die Antwort des Gemeinderats zu Punkt 1 ist politisch schon fast unkorrekt, ausserdem stelle ich fest, dass der betriebliche Leiter von KTB ebenfalls ein Kulturschaffender ist. Bei Frage 2 gibt es meiner Meinung nach Widersprüche zwischen Geschäftsordnung und Organisationsreglement, und es stellt sich auch die Frage, wie der Stiftungsrat informiert wurde und wie die Führungsqualitäten intern beurteilt werden, wie der Stiftungsrat mit

den Führungsqualitäten des Leiters KTB umgeht. Zu Punkt 3 gebe ich keine Stellungnahme ab. Zu Punkt 4: Gegen aussen mag eine baurechtliche Vertretung aus dem Verwaltungsrat möglich sein, aber gegen innen kann er nicht beide Seiten gleichzeitig vertreten, das ist nicht zulässig.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2016.SR.000185

8 Kleine Anfrage Michael Burkard (GFL): Umwegrendite der Reitschule

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2016.SR.000125

9 Dringliche Interfraktionelle Motion SP, AL/GPD-DA/PdA+, GB/JA!, GLP (Martin Krebs, SP/Christa Ammann, AL/Seraina Patzen, JA!/Melanie Mettler, GLP/Matthias Stürmer, EVP): Standplätze für Fahrende – Keine Räumung im Buech!

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Interfraktionelle Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 14. September 2016

Motionär *Martin Krebs* (SP): „Die Darstellung des Unrechts, das die jensische Bevölkerung in unserem Land erleiden musste, soll auch Mahnung sein und dazu beitragen, dass sich Ähnliches niemals wiederholt.“ (Ruth Dreifuss, alt Bundesrätin SP) Ich muss zugeben: Ich habe beim Lesen der Antwort des Gemeinderats etwas leer geschluckt. Zeitgleich wie wir uns hier unseren Geschäften widmen, findet auf der Schützenmatt die Feckerchilbi statt, eröffnet von Bundesrat Alain Berset und Stadtpräsident Alexander Tschäppät. Man wird dort wohl darauf hinweisen, dass die Fahrenden und die Jenischen eine anerkannte Minderheit sind. Man wird sich auch etwas Asche aufs Haupt streuen und festhalten, dass, auch in der Schweiz, den Fahrenden vom Staat während Jahrhunderten Unrecht zugefügt wurde und – ach! –, dass man das sehr bedaure. Aber die Fahrenden brauchen keine Lippenbekenntnisse der hohen Politik. Sie brauchen adäquate Möglichkeiten, um ihre eigene Kultur zu leben, ihre Lebensformen – und vielleicht, wie auch wir alle, ihre Träume – zu verwirklichen. Die Fahrenden verlangen nicht viel: Keine Kulturpaläste, keine Sportpaläste. Sie verlangen auch nicht Land in bester Baulage zu ermässigten Baurechtszinsen, sondern sie verlangen nur das, was Ihnen die Bundesverfassung und das Völkerrecht zusprechen: Dass sie ihr Leben führen können, wie sie es wollen. Im Buech leben Familien, die für Generationen vom Staat oder im staatlichen Auftrag auseinandergerissen wurden. Ich war dort, und ich muss Ihnen sagen: die Wunden sind noch heute da.

Der Gemeinderat zitiert – sehr selektiv – Artikel 20 des Rahmenübereinkommens des Europarats. So viel Rechtspositivismus hätte ich von einer links-grünen Mehrheit eines Gemeinde-

rats im Jahr 2016 nicht erwartet. Denn ein Gesetz findet doch dort seine Grenzen, wo es im Widerspruch ist zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechtes und dem Naturrecht – und vielleicht auch ein wenig zum gesunden Menschenverstand des Gemeinderats.

Man hat es bisher so verstanden, und meines Erachtens soll es weiterhin so sein, dass es in der Stadt Bern Platz für alle und für alles hat, was sich innerhalb der verfassungsmässigen Ordnung bewegt. Gerade die anerkannte Minderheit der Fahrenden ist darauf angewiesen, dass man ihren Anliegen gegenüber Flexibilität zeigt. Das sture Beharren auf Bauvorschriften – in anderen Fällen ist man ja meines Wissens auch bereit, hin und wieder das eine oder andere Auge zuzudrücken – ist nicht im Sinne der Rechtsprechung des Bundesgerichts: Dieses hat ausdrücklich festgehalten, dass geeignete Zonen und Standorte vorzusehen sind, die den Fahrenden das Leben ihrer Traditionen ermöglichen. Sollte sich dafür keine bestehende Zone eignen, ist eine solche zu schaffen, die planungsrechtlichen Grundlagen dazu können in Bern ohne weiteres geschaffen werden. Die Aufforderung an den Gemeinderat: Hausaufgaben machen und nachbessern! Herr Gemeinderat Schmidt, eine persönliche Bemerkung: Ich habe Ihnen einmal gesagt, man solle doch endlich mit dieser Plagerei gegenüber dieser Minderheit aufhören. Und ich muss Ihnen sagen, und das ist jetzt verniedlichend gesagt, es geht hier um eine Minderheit, die bisher vom Staat nichts anders als geplagt wurde.

Die Antwort des Gemeinderats liest sich stellenweise wie ein verklausuliertes Pamphlet über das zivilisatorische Zukurzkommen der Fahrenden „... seit seiner Eröffnung immer wieder zu Schwierigkeiten verschiedenster Natur ...“. – Diesen konnte man aber mit verwaltungstechnischen Massnahmen – Koordinationsausschuss, verschiedene Massnahmen, Verhältnisse in Buech schrittweise verbessert, erweiterte Hausordnung – begegnen. Ach, wie hat sich doch der Staat, und vor allem die Stadt Bern, fürsorglich gezeigt! Ich wiederhole an dieser Stelle ausdrücklich: Man plagt die Fahrenden. Man hat sie geplagt über Jahrhunderte, und man plagt sie weiterhin. Wenn man mit dieser Plagerei nicht aufhören kann und will und nicht hier und jetzt in Bern ein kleines Zeichen setzen kann, müssen wir uns schon überlegen, wo wir denn sind. Ich danke Ihnen für die Unterstützung unserer Motion! Es versteht sich von selbst, dass wir sie nicht in ein Postulat wandeln.

Fraktionserklärungen

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVP: Das Votum meines Vorredners hat mir fast die Tränen in die Augen getrieben. Es ist unwahrscheinlich, wie man jammern kann, fast noch schlimmer als die Jenischen selber. Er erzählt, wie sie über Jahrhunderte gejagt worden seien, aber ich habe im Geschichtsunterricht nicht das gleiche mitbekommen wie er. Fakt ist hingegen, dass sie Bezüger von Sozialhilfe sind, dass sie separat geschult werden müssen, dass sie unheimlich viel Geld kosten, dass sie sich nicht an geltendes Recht halten und dass man immer und immer wieder Mühe und Probleme hat mit ihnen. Da sollte man natürlich nicht auf die Tränendrüsen drücken, Martin Krebs, sondern da müsste man eigentlich die Wahrheit sagen, und man muss auch sagen: Die Welt ändert sich, und irgendeinmal ist auch für diese Minderheit der Moment gekommen, wo sie einen Platz finden und bleiben sollte. Die Zeiten, von denen die Rede war, von einer Minderheit, die in Bern und auf der Welt einen Platz sucht, sind vorbei. Und wenn jede Minderheit in der Stadt Bern Platz erhalten soll, möchte ich doch sehen, wie man mit dem Schwarzen Block umgehen will, auch er eine Minderheit, der nicht gleich denkt, den man immer wieder wegjagt, angreift und denunziert etc. Genau Ihre Partei gehört zu denen, die mithelfen, den Schwarzen Block in der Stadt Bern zu fördern, und genau Sie sind auch angesprochen, wenn Sie schon Minderheiten schützen wollen, diesen Schwarzen Block endlich zum Teufel zu jagen. Aber eben: Die eigene Klientel schützt man, und die anderen jagt man zum Teufel. Und ich möchte auch noch Frau Krummen erwähnen, die auf Facebook schreibt, die SVP-Mitglieder seien Nazi-Anhänger. Aber hier drückt man dann wie-

der auf die Trändendrösen und will uns weismachen, es hätten alle Platz. Ein heuchlerisches Votum kann man gar nicht halten. Für die SVP ist klar, dass auch die Jenischen geltendes Recht einzuhalten und dass sie sich den Gegebenheiten einer Demokratie zu stellen haben. Und Minderheiten sehe ich eigentlich gar keine, es gibt grundsätzlich nur Menschen, und diese Menschen leben miteinander. Es werden nicht Minderheiten gepflegt, sonst haben wir ein Mehrklassensystem, und am Schluss erweitern wir eventuell sogar noch den Tierpark, um ein Jenischen-Gehege und vielleicht sogar um ein SVP-Gehege, und dann könnte Martin Krebs mir Bananen bringen und wir würden am Gitterzaun vielleicht das Eine oder Andere diskutieren.

Philip Kohli (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Bevor ich auf das Geschäft eingehe, möchte unsere Freude darüber zum Ausdruck bringen, wie der Gemeinderat diesen Vorstoss beurteilt und was er dazu geantwortet hat. Es freut unsere Fraktion, dass sich der Gemeinderat nicht von der im Vorstoss heraufbeschworenen Dramatik hat anstecken lassen, sondern eine nüchterne Analyse der Geschehnisse vorgenommen und in der Antwort die unserer Meinung nach korrekten Schlussfolgerungen formuliert hat. Dass ich dies sagen kann, ist nicht selbstverständlich, denn bei diesem Geschäft geht es um ein schwerwiegendes Problem, mit dem die unterschiedlichsten Bereiche der Verwaltung konfrontiert sind, vom Schulamt über die FPI bis zur Polizei. Die Zustände vor Ort sind prekär und die lokale Ordnung kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Wenn man jetzt nicht handelt, stellt man eine Art Blanko-Vollmacht aus. Aber es kann doch nicht toleriert werden, dass ein Gesetz und Regelungen, die für jeden Menschen gelten, derart vehement ignoriert werden, egal von welchen Kreisen. Die Politik muss jetzt die nötigen Leitplanken setzen. Die Fraktion BDP/CVP ist sich der moralischen Tragweite dieses Vorstosses und der Geschehnisse durchaus bewusst, aber wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, kann die Stadt nicht Lösungen für den ganzen Kanton anbieten. Und er hat auch recht, wenn er festhält, dass es falsch wäre, die widerrechtliche Nutzung als Standplatz für ein Mobilhome längerfristig zu dulden; darum muss eine Räumung wenn nötig auch gewaltsam vorgenommen werden, natürlich immer unter der Wahrung der Verhältnismässigkeit, aber trotzdem: gleiches Recht für alle. Unter Punkt 2 hat der Gemeinderat glaubhaft dargelegt, dass eine Erweiterung am verlangten Standort nicht möglich ist, und er hat recht, dass sich diese Art von Problemen nicht auf kommunaler Ebene lösen lässt, sondern dass dies auf kantonaler Ebene geschehen muss.

Unsere Fraktion begrüsst es, dass der Gemeinderat eine Strategie für den Standplatz Buech verabschieden möchte. Und ich halte auch noch fest, dass derartige Ereignisse und Zustände der Sache der Fahrenden alles andere als zuträglich sind. Man kann sich ohne viel Fantasie vorstellen, dass man sich mit einem unguten Gefühl an die aktuelle Situation im Buech erinnert, wenn es, egal auf welcher Ebene und in welchem Parlament, um solche Standplätze geht.

Seraina Patzen (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Der Standplatz Buech platzt aus allen Nähten, es braucht dringend mehr Plätze. Für den Gemeinderat scheint es aber in erster Linie wichtig zu sein, die Platzordnung aufrechtzuerhalten und unter keinen Umständen die baurechtliche Grundordnung zu verletzen. Das sind bestimmt edle Anliegen, aber bitte sehr: hier geht es um Menschen, denen kein oder zu wenig Platz zum Leben zugestanden wird. Vielleicht wäre es hier angebracht, für einmal über den eigenen bürokratischen Schatten zu springen und mitzuhelfen, nach Lösungen zu suchen, statt nur auf Reglemente und Zuständigkeiten zu pochen. Selbstverständlich ist der Kanton hauptverantwortlich für die Schaffung neuer Stand- und Durchgangsplätze, aber wenn wir auf den Kanton warten, warten wir noch lange, und die Fahrenden brauchen jetzt neue Plätze. Die Stadt darf sich nicht aus der Verantwortung ziehen, sondern muss im Gegenteil vorangehen und beweisen, dass es hier Platz für ganz verschie-

dene Lebensweisen gibt und dass es möglich ist, diesen Platz zu schaffen, wenn man will. Die Fraktion GB/JA! wird dieser Motion zustimmen.

Christa Amman (AL) für die Fraktion AL/GPB-DA/PdA+: Martin Krebs hat es schon gesagt, die Absichtserklärungen und viele Worte des Bedauerns stehen der rigiden Haltung des Gemeinderats diametral entgegen. Und in dem, was die BDP/CVP als nüchtern bezeichnet, lese ich eher eine Trotzhaltung des Gemeinderats. Es ist schwierig, man ist beleidigt, und jetzt macht man auf rigide, wo es eigentlich nicht nötig wäre und wo man aufgrund der akuten Platznot auch ein wenig Pragmatik walten lassen und schauen könnte, dass die Fahrenden so leben können, wie sie leben wollen und wie sie seit Jahrhunderten gelebt hätten, wenn man sie hätte sein lassen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Gemeinderat auf stur macht und nicht bereit ist für pragmatische Lösungen, wenn es die direkte Nachbarschaft, das heisst die restlichen Bewohnerinnen und Bewohner des Buech, nicht stört. Es ist bedenklich, wenn die Politik von Trotzreaktionen durchzogen wird; wir werden der Motion zustimmen.

Barbara Freiburghaus (FDP) für die Fraktion FDP: Wir danken dem Gemeinderat für seine Ausführungen und begrüssen seine Initiative, eine Strategie auszuarbeiten. Für uns gilt auch für Minderheiten wie die Fahrenden, dass sie die geltenden Gesetze befolgen und ihre Bedürfnisse und Forderungen bei Bedarf mit Gesuchen und Eingaben auf dem rechtlichen Weg anhängig machen. Sich einfach über Regelungen hinwegzusetzen, ist ein Affront für alle gesetzestreuen Bürger. Wir sind überzeugt davon, dass die zuständigen Personen bei der Stadt ihr Bestes geben und folgen dem Antrag des Gemeinderats.

Einzelvotum

Manfred Blaser (SVP): Ich möchte Martin Krebs doch noch sagen, wie man diesen Armen helfen könnte: Indem man ihnen zeigt, was Ordnung ist, wenn man ein Gebiet belegt oder in Beschlag nimmt oder wie man dem sagen will, und wie man den Ort nachher zurücklässt. Wir dürfen uns keine Sauerei erlauben, und das sollten auch sie nicht dürfen. Sie sollen so behandelt werden wie wir, und sie sollen sich nach unseren Gesetzen richten. Ich bin mit dem Gemeinderat einverstanden, dass man die Gesetze einhalten sollte.

Direktor FPI *Alexandre Schmidt*. Den Standplatz Buech gibt es seit 20 Jahren, er ist eine Pioniertat der Stadt Bern. Buech müssen wir pflegen, Buech verdient unseren Einsatz. Bei allen Diskussionen über die Zukunft des Standplatzes dürfen wir nicht vergessen: Bevor es Buech gab, waren die Probleme deutlich grösser, darum ist Buech unbestritten. Die Jenischen sind in Bern willkommen, mit ihrem Lebensstil, das zeigt auch das Fest auf der Schützenmatte. Dankbar bin ich auch für die verschiedenen Berichte in den Berner Medien, die von Neugierde und Toleranz geprägt sind.

Buech ist aber leider bei weitem nicht nur eine Erfolgsgeschichte. In den vergangenen 20 Jahren gab es gute Zeiten, aber es gab auch schlechtere, und seit einigen Jahren geht die Bewältigung der Probleme nicht mehr in die richtige Richtung. Wir stellen fest, dass Buech überbelegt ist, dass die internen Strukturen der Fahrende nicht mehr so greifen wir früher: Die Selbstverwaltung funktioniert zu wenig zuverlässig, die Platzordnung wird zu wenig eingehalten, der Schulbesuch leidet. Gleichzeitig sind aber auch die Lebensumstände der Fahrenden deutlich schwieriger geworden, und daraus haben sich vielschichtige Probleme gegeben. Aber die Lösungen stellen sich seit einiger Zeit nicht mehr einfach so ein, wir kommen nicht mehr genügend voran, es gibt deutliche Ermüdungserscheinungen und hohe Frustrationen auch bei unseren betroffenen Mitarbeitern, obwohl sie sehr viel Energie einsetzen. Es muss besser werden. Und Ja, ein kritischer Blick in den Spiegel gehört auch dazu, der Staat hat gegenüber

den Fahrenden jahrzehntelang versagt. Unsere Generation muss Geduld üben und muss bemüht sein, Vertrauen aufzubauen. Wir dürfen Vertrauen nicht einfach einfordern, sondern wir müssen akzeptieren, dass wir aufgrund der vielen sehr schlimmen Fehler, die der Staat begangen hat, nicht mit grossen Worten und schnellen Taten ans Ziel kommen, und nicht mit pauschalen Verurteilungen, wie es heute zum Teil passiert ist, sondern nur mit Zuhören und mit Geduld. Unsere Ansprechpersonen für die Fahrenden haben geändert, die Gründerväter von vor 20 Jahren, die von unserer Seite her alles mit aufgebaut haben, haben sich zurückgezogen, und vielleicht hat die Verwaltung in den vergangenen Jahren auch nicht durchwegs konsequent gehandelt, zu viel Nachsicht ist kein soziales Verhalten. Grundfalsch ist aber auch, wie es der Motionär macht, die Jenischen nur in der Opferrolle zu sehen. Das ist zu einfach und das ist verantwortungslos. Wir haben heute Probleme und Missstände, und da nützt es nichts, mit Verweis auf die Menschenrechte zu argumentieren. Eine derart hohe Flughöhe ist ein Ablenkungsmanöver, das uns rein gar nichts bringt. Die Motion suggeriert Gewalt gegen Personen, und man behauptet, wir seien beleidigt. Warum beleidigt? Es wurde mündlich gesagt, tagtäglich stünden wir nur auf, mit dem Ziel, diese Leute zu quälen und das bereite uns sogar noch Freude. Geht es eigentlich noch? In keiner Art und Weise wird von uns Gewalt ausgeübt. Einige wenige Bewohner halten sich nicht an die Platzregeln, an denen die Fahrenden übrigens mitgewirkt haben. Und bei wesentlichen Verstössen gegen diese Platzordnung müssen wir handeln, weil sich das Buech ansonsten zu einem Raum entwickelt, wo das Recht nicht gilt, und dies ist weder im Interesse der Fahrenden noch der Stadt. Wir haben Ziele, und wir dürfen gegenüber der sozialen Abwärtsspirale, in der Buech heute steckt, nicht stillstehen, das würde niemandem helfen. Heute hängen zu viele Leute im Buech von der Sozialhilfe ab, da können wir nicht zuschauen, sondern müssen handeln. Die Mieten sind geschuldet, sie gehören bezahlt, Mietverträge sind einzuhalten. Kinder sollen eine Bildungschance erhalten, aber die Präsenz etlicher Kinder aus dem Buech in Berner Schulen ist heute deutlich zu tief. Der Gemeinderat hat gestern eine Strategie mit einem Massnahmenplan beschlossen. Diese haben wir noch nicht publiziert, weil wir zuerst die Bewohner von Buech informieren wollen. In der Motion hier geht es aber nicht um die gesamten Herausforderungen, die wir zu meistern haben, sondern es geht um die Platzordnung. Buech ist ein sehr grosser Standplatz, und er ist sehr dicht besiedelt, viel dichter als die beiden anderen Standplätze im Kanton, in Biel und in Belp, die beide zusammen übrigens nur halb so viele Standplätze bieten wie Buech. Der Standplatz Buech kann nicht erweitert werden: Im Norden ist die Nationalstrasse, im Osten der Wald, im Süden und im Westen sind Industrie- und Gewerbearealen, die alle entweder überbaut sind oder deren Überbauung bevorsteht. In Buech leben die Bewohner Haus an Haus, und das ist das Ergebnis einer völlig mangelnden Solidarität in der ganzen Schweiz. In unserem Land gibt es deutlich zu wenige Stand-, Halte- und Durchgangsplätze. Der Druck, in Buech zu leben, ist sehr gross, weil es nur wenige Alternativen gibt. Aber eine weitere innere Verdichtung ist nicht möglich, und Buech ist bereits überbelegt. Vielleicht hängen ja alle Probleme mit diesem Zustand zusammen. Wir können keine Parkplätze in neue Wohnparzellen umwandeln, weil wir es mit Fahrenden zu tun haben, die nach dem Sommer mit ihren Wohnwagen zurückkommen und diese Parkplätze brauchen. Gehen sie doch auf Google schauen, wie es in Buech aussieht, wir können nicht einfach neuen Platz schaffen; nicht, weil wir nicht wollen, sondern weil es keinen Platz hat. Wir wissen zwar, dass der Belegungsdruck in nächster Zeit noch zunehmen wird, weil 19 Bewohner in Buech heute zwischen 15 und 20 Jahre alt sind und bald einmal selbständig leben wollen, aber es hat keinen Platz vor Ort. Die Massierung, die wir heute haben, ist nicht harmlos. In erster Linie ist der Kanton Bern gefragt, in zweiter Linie die Schweiz als Ganzes. Das Problem ist nicht Bern, Bern ist wenn schon ein Vorbild.

Der Gemeinderat hat festgehalten, dass auf drei Parkplätzen widerrechtlich Mobilhomes stehen und er wird an einer Räumung festhalten, als äusserstem Ende eines Prozesses, der

hoffentlich vorher zu einer Lösung führt und zu der wir beitragen werden. Wir streben eine bessere Lösung an als eine Räumung, und es wird hoffentlich eine Ersatzlösung geben, aber nicht auf den Parkfeldern im Buech. Der Gemeinderat wird einen illegalen Zustand nicht tolerieren, auch nicht temporär, und er wird auch kein allfälliges Baugesuch gutheissen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich (42 Ja, 13 Nein). *Abst.Nr. 004*

2016.SR.000126

10 Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Regula Tschanz, GB): Folgen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt Bern

- Die Diskussion wird nicht verlangt.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort zufrieden.

2016.SR.000127

11 Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Regula Tschanz/Franziska Grossenbacher, GB): Rosengarten-Bähnli: verspäteter Aprilscherz?

- Die Diskussion wird nicht verlangt. –

Interpellantin *Regula Tschanz* (GB): Unsere Fraktion nimmt die Antwort des Gemeinderats zur Kenntnis, wir werden ihn an dieser Antwort messen. Für uns ist fraglich, ob für ein Bähnchen in einem Hang, mit dem man im unmittelbaren Umfeld schlechte Erfahrungen gemacht hat punkto Stabilität, zudem nahe beim UNESCO-Weltkulturerbe und in einem Umfeld, das als Spazierweg für das Quartier und für die ganze Stadt eine hohe Bedeutung hat, die Bedingungen, die der Gemeinderat nennt, eingehalten werden können, und darum nehmen wir befriedigt zur Kenntnis, dass wahrscheinlich noch viel Wasser die Aare hinunterfliessen wird, bis ein solches Projekt realisiert werden kann; wir werden es sicher aufmerksam beobachten.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort zufrieden.

2015.FPI.000068

12 Produktegruppenbudget (PGB) 2017 (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat beschliesst das Produktegruppen-Budget 2017 des Allgemeinen Haushalts für das Jahr 2017 mit einem Aufwand und einem Ertrag von Fr. 1 192 465 162.81 und einem ausgeglichenen Ergebnis enthaltend eine Einlage von 10,9 Mio. Franken in die Spezialfinanzierung Schulbauten. Er legt die Steueranlage unverändert auf das 1,54-fache der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze und die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts fest.
2. Er beschliesst das Produktegruppen-Budget 2017 der Sonderrechnung Tierpark für das Jahr 2017 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 9 613 318.48 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
3. Er beschliesst das Produktegruppen-Budget 2017 der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Jahr 2017 mit einem Aufwand von Fr. 36 785 811.92 und Ertrag Fr. 37 394 750.00 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 608 938.08.
4. Er beschliesst das Produktegruppen-Budget 2017 der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik für das Jahr 2017 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 65 578 621.09 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
5. Er beschliesst das Produktegruppen-Budget 2017 der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling für das Jahr 2017 mit einem Aufwand von Fr. 26 106 953.88 und Ertrag Fr. 27 526 100.00 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 1 419 146.12.

Bern, 15. / 22. September 2016

Grundsatzdebatte

Antrag Finanzdelegation und Fraktion BDP/CVP

Im PGB 2017 wird die Steueranlage von 1,54 auf 1,52 gesenkt.

Antrag Fraktion FDP Nr.1

Im PGB 2017 wird die Steueranlage von 1,54 auf 1,49 gesenkt.

Antrag Fraktion FDP Nr.2

Es werden 10 Vollstellen in der Verwaltung eingespart (zwei Stellen pro Direktion).

Antrag Fraktion SP

Es ist der Betrag für eine 5-prozentige Realloohnerhöhung entsprechend dem derzeitigen Personalbestand ins Budget 2017 aufzunehmen.

Eventualantrag Fraktion SP

Es ist der Betrag für eine in der PVK nicht versicherte Einmalzahlung an die Angestellten der Stadt Bern von CHF 2'500.00 entsprechend dem derzeitigen Personalbestand ins Budget 2017 aufzunehmen (beträgt der Beschäftigungsgrad weniger als 90%, wird die Einmalzahlung entsprechend gekürzt).

Referent Finanzdelegation (FD) *Benno Frauchiger* (SP): Ich freue mich auf die heutige Budgetdebatte. Sie dürfte im Gegensatz zu früheren Jahren vergleichsweise entspannt ablaufen, vor allem, weil wir dank einem nicht unerheblichen Budgetüberschuss dieses Mal kein Sparpaket schnüren müssen, sondern einigermassen ernsthaft darüber diskutieren können,

ob wir Steuergeschenkelein verteilen möchten. Zudem bin ich davon ausgegangen, dass verglichen mit den Vorjahren eine recht kleine Anzahl finanzrelevanter Anträge vorliegt; inzwischen kann ich allerdings nicht mehr abschätzen, wie es im Vergleich zu den Vorjahren aussieht. Es wäre gut, wenn die Fraktionen ihre Anträge früher einreichen würden, so dass man sich ein paar Gedanken dazu machen könnte.

Wir haben das Produktegruppenbudget (PGB) 2017 und verschiedene Anträge dazu am 2. September 2017 in der FD besprochen. Das Budget 2017 basiert im Wesentlichen auf dem Vorjahresabschluss, auf dem Budget 2016 sowie auf dem IAFP 2017-20. Die wichtigsten Eckdaten: Die Steueranlage soll bei 1.54 belassen werden – zur Erfüllung der Motion Gubser hat ja der Stadtrat eine Fristverlängerung bis zum nächsten IAFP gewährt, und der Gemeinderat hat die Absicht, bis dahin aufzuzeigen, wie mit dem zukünftigen Investitionsbedarf und mit den daraus resultierenden zusätzlichen Abschreibungen umzugehen ist –, und die Liegenschaftssteuer soll bei 1.5 Promille belassen werden. Der Fiskalertrag wird unter diesen gleich bleibenden Voraussetzungen verglichen mit dem Budget 2016 um rund 37 Mio. Franken steigen, auf insgesamt 500 Mio. Franken, was ungefähr dem Fiskalertrag 2015 entspricht. Damals hat allerdings ein Sondereffekt für zusätzliche rund 20 Mio. Franken gesorgt. Mit einem Ertrag von 1.192 Mia. Franken und einem Aufwand von 1.181 Mia. Franken haben wir einen Ertragsüberschuss von rund 10.9 Mio. Franken. Der Gemeinderat schlägt uns vor, diesen Überschuss in die bereits geschaffene Spezialfinanzierung Schulbauten einzulegen. Über solche Spezialfinanzierungen können zwar keine direkten Investitionen getätigt werden, dies lässt HRM2 nicht zu, aber wir können Abschreibungen darüber finanzieren und so künftige Budgets entlasten. Die Einlage in die Spezialfinanzierung war in der FD nicht sehr umstritten, weil wir uns einig waren, dass der Investitionsbedarf gerade bei Schulbauten sehr gross ist. Wir haben aber darüber diskutiert, ob durch die Nennung einer konkreten Summe – dieser 10.9 Mio. Franken – eine Einlagepflicht in der entsprechenden Höhe entsteht, womit am Schluss ein Defizit entstehen könnte, sollte der Ertragsüberschuss geringer ausfallen als budgetiert. Aber im Verständnis der Budgetvorlage und auch konform zum Reglement der Spezialfinanzierungen muss nicht der budgetierte, sondern kann der effektiv erzielte Überschuss eingelegt werden. Wenn sich das Budget realisiert wie vorgesehen, hat die Stadt Bern mit dem Bilanzüberschuss von 103.5 Mio. Franken und den Einlagen in die Spezialfinanzierungen ein Eigenkapital von etwas über 200 Mio. Franken.

Der Selbstfinanzierungsgrad wurde trotz Überschuss sehr tief budgetiert, mit gerade einmal 45.5%. Dies hat vor allem mit dem grossen Investitionsbedarf von rund 126 Mio. Franken zu tun und den halt noch relativ geringen Abschreibungen, die dem gegenüber stehen. In der Vergangenheit hatten wir meistens einen Selbstfinanzierungsgrad von über 100%, auch wenn tiefer budgetiert worden war, darum erachtet die FD dies als vertretbar. Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs wäre es nicht sachgerecht, die Investitionen nur aufgrund des geringen Selbstfinanzierungsgrades zurückzufahren. Die Stadt wird sich zwar mit zusätzlichen 50 Mio. Franken verschulden müssen, aber weil seit 2013 die Schulden um 100 Mio. Franken reduziert wurden, stehen wir per Ende 2017 immer noch besser da als vor drei Jahren.

Noch kurz zu den Anträgen der FD, in der Reihenfolge, wie sie in der Zusammenstellung aufgeführt sind: Der Antrag auf eine Senkung der Steueranlage von 1.54 auf 1.52 hat ja in den Medien bereits zu reden gegeben. Die FD hat diesem Antrag mit 4:3 Stimmen ohne Enthaltung zugestimmt. Die Kosten dieser Steuersenkung werden auf ca. 5.5 Mio. Franken geschätzt; bei einem Ertragsüberschuss von rund 11 Mio. Franken würde also die Hälfte des Überschusses in eine Steuersenkung fließen. Der Antrag kann als moderat bezeichnet werden und soll vor allem symbolischen Charakter haben, als Dankeschön an die Bevölkerung, aber auch als Signal für den Dialog mit den Nachbargemeinden. Es wurde auch auf die Motion Gubser hingewiesen, die bei einem Eigenkapital von über 100 Mio. Franken eine Steuersenkung fordert. Zwar hat der Stadtrat für die Erfüllung dieser Motion eine Fristverlängerung

gewährt, aber angesichts der Tatsache, dass das Eigenkapital aktuell fast 200 Mio. Franken beträgt, und weil man weiterhin mit Überschüssen rechnet, erachtet die Mehrheit der FD diese Steuersenkung als vertretbar. Sie ist moderat genug, dass sie voraussichtlich auch beim aktuellen Investitionsbedarf noch einige Jahre wird fortgeschrieben werden können. Es ist aber klar, dass bei Bedarf auch eine Diskussion über eine Erhöhung möglich sein muss, bevor irgendwelche schmerzhaft Sparmassnahmen durchgesetzt werden. Die Minderheit der FD hingegen war der Auffassung, eine Senkung der Steueranlage sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht angebracht, insbesondere des zukünftigen Investitionsbedarfs bei den Schulbauten wegen und weil noch nicht klar ist, welche Auswirkungen eine allfällige Annahme der Unternehmenssteuerreform III auf den Fiskalertrag der Stadt hat. Antrag 8 betrifft „Aare you safe“, für mehr Sicherheit beim Aareschwimmen. Diese Aktion soll weitergeführt werden, darum soll das Budget um 50 000 Franken erhöht werden. Dieser Antrag entspricht einer überwiesenen Planungserklärung aus dem IAFP. Antrag 21 hätte eigentlich über die SBK eingebracht werden müssen, weil er nicht finanzrelevant ist und sich die FD zu derartigen Anträgen normalerweise nicht äussert, sie hat ihm dann aber mit 4:2, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt. Bei Antrag 29 geht es um eine Erhöhung des Beitrags an die Volkshochschulen um 57 500 Franken. Damit soll vor allem eine Sparmassnahme rückgängig gemacht und der Beitrag der Stadt Bern wieder auf das Niveau angehoben werden, wie es gegenüber den anderen Beitragsgemeinden verhältnismässig ist, dies auch, weil die Stadt Bern als Standortgemeinde der Volkshochschule ja besonders profitiert. Dieser Antrag wurde mit 5:2 Stimmen, bei null Enthaltungen, angenommen. Bei Antrag 37 geht es um eine Aufstockung um je 15 000 Franken der Budgets von „Du seisch wo düre“ und für schulische Suchtprävention sowie um 5000 zusätzliche Franken für Lehrerinnen- und Lehrerergesundheit. Auch dies entspricht einer Planungserklärung aus dem IAFP und war kaum umstritten, der Antrag wurde mit 6:1 Stimmen, bei einer Enthaltung angenommen. Bei Antrag 39 geht es um 60 000 Franken für die Ausweitung des Programms offene Turnhallen, er wurde mit 5:2 Stimmen überwiesen. Über Antrag 72, für eine Aufstockung des Beitrags an die Entwicklungshilfe, haben wir länger diskutiert. Im Budget sind dafür jeweils 180 000 Franken eingestellt, und bei Bedarf wird der Betrag unter dem Jahr aufgestockt. Mit 3:2 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, hat die FD beschlossen, diesen Betrag auf 250 000 Franken zu erhöhen und so dem Gemeinderat Spielraum zu geben, um in Notfällen mehr Hilfe leisten zu können. Die FD hat sich auch noch zum Antrag 38 aus der SBK geäussert und ihn mit 8:0 Stimmen gutgeheissen. Zu den Anträgen, die die FD behandelt, aber abgelehnt hat und die zum Teil wieder vorliegen, äussere ich mich nicht. Die FD empfiehlt dem Stadtrat mit 6:1 Stimmen, das PGB 2017 mit den entsprechenden Änderungen zu genehmigen, für die Botschaft empfiehlt sie mit 6:0 Stimmen Zustimmung.

Antragsteller *Philip Kohli* (BDP): Wir haben heute ein mehr als ausgeglichenes Budget vor uns, mit über 10 Mio. Franken im Plus, und von diesen 10 Millionen soll man dem Steuerzahler, der dies alles ermöglicht hat, etwas zurückgeben. Die restlichen Ausführungen möchte ich in der Grundsatzdebatte machen, weil so auch der Link möglich ist zu den Ausgaben für das städtische Personal.

Antragstellerin *Barbara Freiburghaus* (FDP): Die FDP ist seit Jahren der Meinung, aufgrund der guten Abschlüsse, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Bern zu viel bezahlt haben. Es kann nicht die Idee sein, Steuern auf Vorrat zu bezahlen, und es ist auch nicht im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, übrig gebliebenes Geld in Spezialkassen zu verschieben, denn so kann das Volk ja nicht mehr mitreden. Das Argument, dass das Budget irgendeinmal in der Zukunft auch wieder ein Defizit ausweisen werde, sticht nicht, denn das Stimmvolk hat in der Vergangenheit bei berechtigten Steuererhöhungen zumeist zugestimmt. Man kann nur gegen Steuersenkungen sein, wenn man Angst hat vor dem

Volkswillen. Wir sehen die Steueranlage von 1.49 als machbar und werden allen Steuerertragsanträgen zustimmen.

Antragstellerin *Yasemin Cevik* (SP): Die SP legt zwei Anträge vor, einen zu einer 5-prozentigen Realloohnerhöhung für das Personal und einen für eine Einmalzahlung von 2500 Franken. Seit Jahren hat es in der Stadt Bern keine generelle Lohnerhöhungen mehr gegeben, auf der anderen Seite haben die Angestellten 14 Sparpakete mitgetragen, und sie haben ganz entscheidend dazu beigetragen, dass die Stadt heute so gut da steht, wie sie da steht. Wir finden es legitim, dem Personal für diese Leistung etwas zurückzugeben. Wir können uns ungefähr denken, was als Gegenargumente vorgebracht wird: Es habe in den vergangenen Jahren gar keine Teuerung gegeben – Ja das stimmt, im Durchschnitt gab es keine Teuerung, aber die Krankenkassenprämien und die Mieten steigen –, oder: Es gebe einen Lohndeckel, und darum sei eine Realloohnerhöhung von 5 Prozent gar nicht möglich ohne Reglementsänderung. Aber wir führen hier eine politische Diskussion. Wir wollen eine Realloohnerhöhung, und ob das Reglement angepasst werden muss, entscheidet der Gemeinderat. Wir fordern auch nichts völlig Neues, wir haben das schon beim IAFP vorgebracht, und wir haben im Juni, als der Gemeinderat ein Budget mit einem 10-Millionen-Überschuss präsentierte, eine entsprechende Medienmitteilung gemacht. Wir wollen, dass die Stadt Bern ein Zeichen setzt, und es geht auch darum, dass wir in direkter Konkurrenz zum Kanton Bern und zum Bund stehen. Das Personal muss endlich eine Realloohnerhöhung erhalten, oder zumindest, als Kompromiss, eine Einmalzahlung. Das würde keine untragbaren Kosten generieren, wir haben im Budget einen Überschuss von 10 Mio. Franken.

Fraktionserklärungen

Christoph Zimmerli (FDP) für die Fraktion FDP: Das Positive vorneweg: Die Steuererträge in der Stadt Bern steigen, im 2017 um satte 37 Mio. Franken, womit der Ertrag auf 1.192 Mia. Franken steigt. Da geht ein Dank an die Steuerzahlenden. Auch der Aufwand steigt zwar weiter, aber in einem vertretbaren Rahmen. Der Gemeinderat budgetiert einen kleinen Überschuss von 10.9 Mio. Franken, wie viel davon übrigbleibt, werden wir heute Abend noch sehen. Positiv zu würdigen ist auch die hervorragende Arbeit der Finanzdirektion, aber damit sind wir fertig mit dem Positiven. Negativ fällt der Selbstfinanzierungsgrad von nur 45.5 Prozent auf, bei Investitionen im kommenden Jahr von 126 Mio. Franken. Das heisst, dass wir uns abermals neu verschulden, mit 50 Mio. Franken, und so den gigantischen Investitionsstau, der über die vergangenen Jahrzehnte aufgewachsen ist, weiter anwachsen zu lassen. Negativ ist des Weiteren eine erneute Aufwandsteigerung um 15.3 Mio. Franken, das sind abermals 1.5 Prozent mehr. – Alle Jahre wieder mehr Aufwand. Negativ ist die Erhöhung des Personalbestandes. Letztes Jahr waren es 30 Stellen mehr, dieses Jahr sollen es 40 mehr sein. Und negativ sind auch die prognostizierten Defizite ab 2018 und die höheren Kosten, die wir in den kantonalen Lastenausgleich bezahlen müssen. Ebenfalls negativ ist die Gewinnverwendung: Der Gewinn soll nicht dazu dienen, den Steuerzahlenden etwas Kleines zurückzugeben, sondern abermals dazu, Geld der Kontrolle des Stadtrats zu entziehen und in eine separate Spezialfinanzierung zu überführen. Und was mich am meisten stört, ist die fehlende Umsetzung der Motion Gubser. Das wäre ein verbindlicher Auftrag des Stadtrats an den Gemeinderat, ist aber offensichtlich auf den St.-Nimmerleinstag verschoben. Ich komme auf drei wesentliche Punkte zurück: Erstens die Neuverschuldung. Man redet immer nur von dieser Neuverschuldung von 50 Mio. Franken, aber wer kann mir sagen, wie hoch die Schulden der Stadt Bern effektiv sind? Sie finden auf diesen 620 Seiten nichts dazu. Das ist zwar systematisch richtig, aber trotzdem wäre dies wahrscheinlich eine relevante Information. Das Fremdkapital beträgt – bitte gut zuhören! – 2.866 Mia. Franken, davon sind 2.36 Mia. Franken ver-

zinsliches Fremdkapital, und 1 Mia. Franken sind Schulden im allgemeinen Haushalt. Dem stehen ein Eigenkapital von 104 Mio. Franken und 94 Mio. Franken in diesen lustigen Sonderkässeli, den Spezialfinanzierungen, entgegen. Defensiv gerechnet hat die Stadt Bern also heute immer noch gut 2 Mia. Franken Schulden. Und jedes Jahr werden sie grösser, weil man die neuen Investitionen von rund 150 Mio. Franken nicht mit Eigenmitteln decken kann. Wo führt das hin? Antworten auf diese Frage haben wir bis jetzt keine erhalten. Der nächste Negativpunkt ist der Personalaufwand. Die Personalkosten steigen, wie jedes Jahr. Vor Jahresfrist habe ich kritisiert, dass 30 neue Stellen geschaffen werden. Dieses Jahr sind es, fein säuberlich aufgelistet und im Einzelnen durchaus begründbar, abermals 40. In den 25 Jahren RGM gab es 1000 neue Stellen, fast ein Drittel des ganzen heutigen Personalbestandes der Stadt Bern von 3000 Stellen – die Lernenden mitgezählt, aber ohne ewb und ohne Bernmobil. Wir stellen darum den Antrag, dass man die Anzahl Stellen nicht um 40 hochfährt, sondern im Gegenteil jede Direktion damit beauftragt, zwei Stellen einzusparen. Damit muss niemand entlassen werden, aber es soll ein Zeichen gesetzt werden, dass jetzt endlich einmal Schluss ist mit dem laufenden Schaffen von weiteren Stellen.

Wir haben eine Forderung auf eine Realloohnerhöhung von 5 Prozent vorliegend, und dazu wird gesagt, das koste 16.4 Mio. Franken. Aber das ist nur ein Drittel der Wahrheit: Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, stimmen Sie Mehrkosten von 46.4 Mio. Franken und nicht von 16.4 Mio. Franken zu, weil eine einmalige Einzahlung in die Pensionskasse von 30 Mio. Franken vergessen gegangen ist. Wenn Sie dem Antrag der SP zustimmen, haben Sie also ganz sicher ein rotes Budget, ausser Sie kompensieren an einem anderen Ort 30 Mio. Franken, und da nimmt mich schon wunder, wo das wäre. Es stimmt zwar, dass die Löhne der Stadt nicht sehr attraktiv sind, aber es ist nicht mit einer generellen Realloohnerhöhung gemacht, auf einen Schlag und mit derart hohen Kosten verbunden, dass wir das gar nicht bezahlen können, während in der ganzen übrigen Schweiz Realloherhöhungen, wenn es denn überhaupt welche gibt, kaum ein Prozent ausmachen dürften. Das ist nichts anderes als ein Geschenk kurz vor den Wahlen.

Und schliesslich noch mein Lieblingsthema, die Steueranlage. Seit zehn Jahren – ich weiss, ich nerve manchmal – fordere ich Steuersenkungen, nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Aber wenn der Grenzsteuersatz bei 44.3 Prozent liegt, ist dies ein legitimes Anliegen. Unsere Steuerbelastung ist höher als in der Bundesrepublik Deutschland, dort ist der Grenzsteuersatz bei 42 Prozent. Und die Staatsquote von gut Verdienenden liegt in der Stadt Bern bei 60%, das heisst, sie arbeiten bis Ende September, bis sie erstmals überhaupt etwas verdienen. Darum ist es richtig und wichtig, auch einmal an die zu denken, die die ganze Sache hier finanzieren. Wir haben die Motion Gubser 2012 angenommen, aber ihre Umsetzung wurde immer wieder hinausgeschoben, und heute ist sie wahrscheinlich auf den St-Nimmerleinstag vertagt. Ich finde dies nicht nur finanzpolitisch problematisch, sondern auch demokratiepolitisch höchst fragwürdig, wenn der Gemeinderat so mit dem Parlament umgeht. Wir fordern seit Jahren eine minimale Steuersenkung von 1.54 auf 1.49, das heisst um 12.5 Mio. Franken, also um ungefähr den Betrag, den man jetzt als Überschuss budgetiert hat, Geld, das man den Leuten als Zeichen der Dankbarkeit für ihre Loyalität gegenüber dieser Stadt zurückgeben würde. Wir befürworten natürlich auch die weiteren vorliegenden Vorstösse für eine Steuersenkung, aber ich muss Ihnen auch sagen: Sie kommen mir ein wenig vor wie ein Wahlkampfgag. Gewisse Leute aus den Parteien, die jetzt diese Anträge stellen, haben mich noch im vergangenen Jahr für verrückt erklärt, und jetzt, kurz vor den Wahlen, kommen sie mit gleichlautenden Anträgen. Aber man kann sich ja auch eines Besseren belehren lassen. Die FDP nimmt das Budget an, wenn irgendeine Form von Steuersenkung Realität wird, sonst lehnt sie es ab. Die FDP sagt Ja zu den Anträgen von BDP/CVP und zu den eigenen Anträgen und lehnt die Anträge der SP ab.

Peter Ammann (GLP) für die Fraktion GLP: Wir danken der Verwaltung, dem Finanzverwalter und dem Gemeinderat für das wiederum minutiös ausgearbeitete Budget. Die Eckwerte stimmen einigermaßen zuversichtlich: Der Gemeinderat hat den Nachholbedarf bei den Liegenschaften erkannt und handelt; inzwischen haben wir 100 Mio. Franken an frei verfügbarem Eigenkapital plus die Spezialfinanzierungen, die wir gebildet haben; die zusätzlichen Investitionen, die wir tätigen müssen, sind im Moment einigermaßen machbar, dies auch vor dem aktuellen Zinshintergrund. Aber ich muss auch einen ganz unschönen Punkt erwähnen: die unveränderte Steueranlage von 1.54. Mögliche mittelfristige ungünstige Finanzplanungen können immer als Vorwand verwendet werden, um die Steuern nicht zu senken, wenn man dies nicht will. Aber beim Gemeinderat ist es gar keine Frage des Wollens, hat er doch vom Parlament den klaren Auftrag, eine Vorlage für eine moderate Steuersenkung zu präsentieren. Aber das macht er nicht, und damit verweigert er seine Arbeit. Dies ist für mich ein Zeichen der Arroganz der Macht, der Überheblichkeit einer vermeintlich absoluten Mehrheit. Und ich finde es auch als damaliger Mitmotionär nicht in Ordnung.

Melanie Mettler (GLP) für die Fraktion GLP: Ich nehme Stellung zum Antrag der FD für rund 5 Mio. Franken Mindereinnahmen sowie zum Antrag der SP für mehr als 16 Mio. Franken Mehrausgaben plus einer PVK-Einzahlung von rund 30 Mio. Franken. Die Haltung der GLP zu Steuersenkungen ist immer die gleiche: Wir unterstützen keine Anträge auf Steuersenkung, solange die Stadt wegen fehlenden Eigenkapitals keinen Handlungsspielraum hat. Wir wollen keine Steuersenkung auf Kosten einer neuen Verschuldung, sondern nur, wenn genügend Eigenkapital gewährleistet und das Budget ausgeglichen ist. Dies ist heute der Fall, in den vergangenen Jahren hatten wir sogar regelmässig Überschüsse, und für uns gilt logischerweise das Prinzip, dass die Stadt nur so viele Steuern erhebt, wie sie auch braucht, und keine auf Vorrat. Der Antrag der FD auf eine sehr moderate Steuersenkung bedroht weder den Handlungsspielraum noch die Leistungen und Aufgaben der Stadt. Die rund 5 Mio. Franken Mindereinnahmen können sogar aus dem Überschuss kompensiert werden und haben keine Auswirkungen auf das Budget 2017. Ausserdem kann eine auch nur leichte Senkung des Steuersatzes eine grosse Signalwirkung haben auf die Bereitschaft der umliegenden Gemeinden für eine nähere Zusammenarbeit. Ich weiss aus meiner Zeit als Präsidentin der AKO, dass die Steueranlage häufig das Argument war, das die Gespräche abrupt beendete. Es müsste aber allen Stadtberner Politikerinnen und Politikern, und da meine ich auch die im Grossen Rat, bewusst sein, dass ein grosser Teil der Arbeitsbevölkerung zwar in Bern die Arbeits- und Freizeit verbringt und hier die Infrastruktur braucht, aber in den angrenzenden Gemeinden wohnt und dort Steuern bezahlt. Warum ist die Ratslinke gegen diesen Antrag der FD? Viele Argumente wurden schon im Vorfeld angeführt, ich versuche sie etwas zu ordnen. Erstens kann man das formalistische Argument vorbringen, das Parlament habe die Motion Gubser fristverlängert und dem Gemeinderat einen Aufschub zur Umsetzung gewährt. Die Grünliberalen haben sich schon im Sommer gegen dieses Vorgehen gewehrt und in Aussicht gestellt, dass sie in der Budgetdebatte einen entsprechenden Antrag bringen. Es wird nie, auch in der kommenden Legislaturperiode nicht, im Interesse des Gemeinderats sein, die Motion Gubser umzusetzen. Geschätztes Parlament: Es ist unser Auftrag an den Gemeinderat, bei 100 Mio. Franken Eigenkapital einen Vorschlag für eine moderate Steuersenkung vorzulegen. Heute haben wir nicht nur diese 100 Mio. Franken Eigenkapital, sondern noch einmal fast 100 Mio. Franken, in Spezialfinanzierungen für Investitionen und Sanierungen beiseitegelegt. Dazu kommt jetzt noch ein budgetierter Überschuss. Ich frage Sie: Wenn nicht jetzt die Steuern moderat senken, wann denn? Zweitens kann man das Argument mit der Generationengerechtigkeit vorbringen: Mit den Steuern werden Investitionen und Sanierungen finanziert, die sonst auf die nächste Generation abgeschoben würden. Die Grünliberalen setzen sich sehr stark für die Generationengerechtigkeit ein. Mindereinnahmen von rund 5 Mio.

Franken gefährden aber kein einziges Investitionsprojekt und blockieren keine einzige Sanierung. Es gibt wegen 5 Mio. Franken auch keinen Jojo-Effekt beim Steuersatz. Dass es einen Investitions- und Sanierungsstau gibt, ist nicht ein Problem des Steuersatzes, sondern ein Planungs- und Führungsproblem. Es scheint fast ein wenig absurd, wenn RGM eine moderate Steuersenkung als Angriff auf Investitionen und Sanierungen zugunsten künftiger Generationen verstanden haben will, wenn sowohl die Regierung als auch das Parlament seit vielen Jahren von RGM dominiert sind und darum auch die Aufschieberei auf die nächste Legislaturperiode von RGM verantwortet werden sollte. Drittens gibt es noch ein ideologisches Argument. Man kann als parlamentarisches Bündnis grundsätzlich jeden Antrag und Vorstoss bekämpfen, der das Budget der Stadt schmälert, egal, ob die Stadt dieses Budget braucht. Unterstützt werden nur zusätzliche Ausgaben und Leistungen der Stadt. Die Grünliberalen haben aber auch hier eine klare Haltung: Die Stadt soll ihre Aufgaben erfüllen können, und zwar gut, und dafür soll sie auch Steuergelder eintreiben. Bei einem Budget von 1 Mia. Franken geht es bei 5 Mio. Franken nicht darum, die Mittel der Stadt einzuschränken. Stadtstrukturen und -aufgaben nur um des Prinzips willen aufzubauen, ist ungerecht gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und auch gegenüber den kommenden Generationen, und es schränkt deren Handlungsspielraum massiv ein. Darum setzen sich die Grünliberalen immer für einen haushälterischen Umgang mit Steuergeldern ein. Mir ist klar, es ist Wahlkampf und damit ein schlechter Moment, um ein politisches Anliegen der Mitte durchzubringen. Aber ich erinnere RGM daran, dass M für Mitte steht. Der Antrag der FD ist nicht extrem, er ist auch nicht Wahlkampfpolemik, sondern er ist ausgewogen, finanzierbar, moderat und im Einklang mit dem Willen des Parlaments bezüglich der Motion Gubser. Auch die SP sagt, es sei gut gewirtschaftet worden, also solle man etwas zurückgeben. – So jedenfalls muss ich den Antrag für eine Lohnerhöhung für die Stadtangestellten verstehen. Man hätte ja einen solchen Antrag auch vernünftiger gestalten können, mit etwas weniger Prozenten. Aber auch der Eventualantrag kostet immer noch knapp 8 Mio. Franken. Da reagiert man in einem Moment einer leichten Entspannung eigentlich richtig und sagt: Danke, dass Sie unsere Sparübungen mitgemacht haben, wir wissen, dass der Druck wie überall in der Schweiz auch bei Ihnen am Arbeitsplatz steigt. Und genauso sagt man mit einer moderaten Steuersenkung Danke, und zwar der Wohnbevölkerung: Danke dem Coiffeur und der Kellnerin, dafür, dass Sie noch hier sind und genauso Freude haben an Bern wie wir dies haben. Die Grünliberalen würden sehr gern der Wohnbevölkerung und den Stadtangestellten gemeinsam mit dem gesamten Parlament Danke sagen – allen statt ein paar wenigen. Wie soll man der Berner Wohnbevölkerung erklären, dass die Wertschätzung ihr gegenüber im Umfang von rund 5 Mio. Franken zu teuer ist, die Stadtangestellten aber Lohnerhöhungen im Umfang von rund 15 Mio. Franken plus Einzahlungen in die PVK erhalten sollen? So etwas ist für uns undenkbar. Wir lehnen darum beide Anträge der SP ab und legen dem Parlament dringend nahe, den moderaten und ausgewogenen Antrag der FD zu unterstützen.

Peter Marbet (SP) für die Fraktion SP: Auch die Fraktion SP bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für diese Budgetvorlage. Trotz aller Routine ist das ein grosses Geschäft und jedes Jahr neu zu leisten. Wir stellen fest, dass nach mehr als 20 Jahren RGM-Mehrheit die Finanzen der Stadt Bern solide sind und sogar Spielräume ermöglichen, dass wir eine gute Finanzpolitik gemacht haben, von der wir heute profitieren. Die Finanzen sind gesund. Aber in den frühen 90er-Jahren, unter den bürgerlichen Regierungen, dies sei doch auch noch gesagt, sah es noch anders aus. Wir von der SP-Fraktion sind froh, dass wir eine gute Ausgangslage haben. Wir setzen uns für einen guten Service public ein, und ein guter Service public hat seine Kosten. Die Stadt ist offenbar attraktiv; dass wir in den vergangenen Jahren immer mehr Steuereinnahmen hatten, hängt damit zusammen, das notabene auch gute Steuerzahlende zugezogen sind. Wobei wir aber auch betonen wollen, dass wir uns für

eine Stadt für alle einsetzen. Und gerade darum braucht es weiterhin eine gute Situation im sozialen Bereich, in der Bildung, damit wir weiterhin eine gute Mischung haben in unserer Wohnbevölkerung. Noch eine Bemerkung zur Ausgangslage: In den vergangenen Jahren wurde immer sehr vorsichtig budgetiert, die Rechnungen waren in der Regel massiv besser, auch dies gilt es zu berücksichtigen. Aber jetzt zum aktuellen Budget und vor allem auch zur finanziellen Perspektive der Stadt Bern. Die Investitionen wurden bereits angesprochen, wir haben namentlich bei den Schulräumen und bei den Sportanlagen grossen Nachholbedarf. Das Budget 2017 gemäss Gemeinderat sieht 127 Mio. Franken vor für Investitionen, namentlich eben für Schul- und Sportbauten. Wir haben mit 46 Prozent alles andere als einen hohen Selbstfinanzierungsgrad, und es wurde schon darauf hingewiesen, dass die wahren Schulden der Stadt Bern immer noch sehr hoch sind. Darum sind wir sehr überrascht über die Steuersenkungsanträge, zumal, auch dies wurde gesagt, die Motion Gubser vor kurzem mit einer Fristverlängerung vertagt wurde. Wir finden es seltsam, dass die FD entgegen der von der politischen Mehrheit beschlossenen Fristverlängerung gleich wieder eine Steuersenkung beantragt. Warum wäre eine Steuersenkung sehr fragwürdig und kontraproduktiv – abgesehen davon, dass es einen Jojo-Effekt gäbe, weil wir die Steuern sicher bereits nächstes Jahr wieder erhöhen müssten? Der erste Punkt ist, dass wir mit der Unternehmenssteuerreform III am finanzpolitischen Himmel auf eine unklare Situation zusteuern. In der Stellungnahme des Gemeinderats zur dringlichen Interpellation des Grünen Bündnisses, die gerade vorhin ohne Diskussion zur Kenntnis genommen wurde, liest man, dass der Ausfall höher sein kann als die die 30 Mio. Franken, die einmal geschätzt wurden, dass es eigentlich zum heutigen Zeitpunkt gar nicht möglich ist, seriöse Schätzungen zu den Auswirkungen zu machen. Weiter haben wir die Steuerstrategie des Kantons Bern. Gerade gestern konnte man lesen, dass die konkreten Vorstellungen der Berner Regierung für die Gemeinden um die 100 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen bedeuten werden, und von diesen 100 Mio. Franken wird die Stadt Bern logischerweise den höchsten Anteil tragen müssen. Wir haben auch noch das Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, und die Botschaft zum Budget weist darauf hin, dass die Stadt Bern in den kommenden Jahren diesbezüglich höhere Lasten wird tragen müssen. Es ist denn auch im IAFP bereits ab 2018 ein Defizit ausgewiesen. Beim Kanton rechnet man übrigens für die Finanzjahre 2018 bis 2020 mit einer Schuldenzunahme um 400 Mio. Franken, und last but not least stehen auch bei den Finanzen des Bundes die Zeichen auf Sturm: Man geht davon aus, dass die Steuereinnahmen massiv zurückgehen werden. Wir wissen, was das für die Kantone heisst, und wir wissen auch, dass die Kantone Einnahmeverluste in der Regel zumindest teilweise an die Gemeinden weitergeben. Es gibt also überhaupt keinen Grund, heute die Steuern zu senken. Aus finanzpolitisch verantwortungsbewusster Sicht müssen wir Sorge tragen zu unseren Steuereinnahmen und dürfen nicht der Versuchung erliegen, eine Steuersenkung zu beschliessen, und sei es auch nur um 5 Mio. Franken. Eine kleine Steuersenkung finden wir sogar besonders fragwürdig, weil sie ja gar niemand spüren wird. Eine Lohnerhöhung dagegen wird sehr wohl spürbar sein, auch wenn es um die gleiche Summe geht, denn ob man das Geld auf 130 000 Leute verteilt oder auf 3000, macht natürlich einen massiven Unterschied, was die Wirkung angeht.

Wir hätten uns gewünscht, dass der Gemeinderat unseren Handlungsspielraum in eine andere Richtung genutzt hätte: Wir haben 14 Sparpakete hinter uns, und in diesen Sparpaketen gab es schmerzhaft Sparübungen, gerade im Sozialbereich. Auch in diesem Budget sind 121 Sparmassnahmen aus dem 14. Sparpaket enthalten, wie in der Botschaft nachzulesen ist. Wir haben Kürzungen bei der Grünflächenpflege, wir haben weggekürzte Stellen beim Stadtplanungsamt, aber wir wissen, dass die Lebensqualität sehr stark auch in solchen baulichen Elementen liegt. Darum finden wir es völlig falsch, dass dort jetzt nicht grosszügiger aufgestockt wurde, und wir werden Anträge, die in diese Richtung zielen, sicher unterstützen. Noch ein letztes Wort zu unseren Anträgen für höhere Löhne. Auch die Gegner dieser Anträge habe

es gesagt: die Angestellten der Stadt Bern haben seit rund dreissig Jahren keine wirkliche Realloohnerhöhung erhalten, und die gute finanzielle Situation ist auch ein Verdienst der städtischen Angestellten, die im Rahmen der Sparpakete und auch im Rahmen der Aufträge des Parlaments jedes Jahr eine enorme Leistung vollbringen. Dafür jetzt auch einmal Danke zu sagen, ist für uns nichts als anständig. Wir stehen in Konkurrenz zur kantonalen und zur eidgenössischen Verwaltung, auch darum ist eine Verbesserung der Lohnsituation für die städtischen Angestellten nichts als angebracht und führt sicher nicht dazu, dass wir in der Stadt eine überdurchschnittlich grosszügige Situation haben.

Zum Fazit: Wir treten natürlich auf das Budget 2017 ein, zu den Anträgen nehmen wir in der Detailberatung Stellung. Wir lehnen dezidiert jegliche Steuersenkung ab, und zwar geschlossen. Wir wollen einen guten Service public, wir sind überzeugt, dass die Qualität und das Wachstum in dieser Stadt so sind, wie sie sind, weil wir von unserer Stadtverwaltung gute Dienstleistungen haben, und wir fänden es völlig falsch, in dieser Beziehung in eine andere Richtung zu gehen. Darum lehnen wir auch den Antrag der FDP auf Einsparung von zehn Stellen in der Stadtverwaltung ab.

Regula Tschanz (GB) für die Fraktion GB/JA!: Das Budget sagt viel über die Finanzen und die Perspektiven dieser Stadt aus, und die Art und Weise, wie das Budget beraten wird, sagt viel aus über den politischen Diskurs in dieser Stadt und vor allem in diesem Stadtrat. Kurzfristiger Aktionismus und politische Effekthascherei scheinen hoch im Kurs zu sein: Der Referent der FD sagt zum Steuersenkungsantrag, er habe natürlich auch symbolischen Charakter. Es steht der Mehrheit der FD selbstverständlich frei, Anträge mit symbolischem Charakter zu stellen, wir haben aber gewisse Fragezeichen, ob dies der richtige Weg ist. Oder der Referent der FDP sagt, mit Blick auf die zusätzlichen Stellen müsse jetzt endlich einmal ein Zeichen gesetzt werden. – Das darf man selbstverständlich sagen, und eine Mehrheit des Stadtrats darf das auch beschliessen, aber wir haben auch hier gewisse Fragezeichen. Und vollends den Vogel abgeschossen hat die Referentin der GLP, die sich ein Lachen nicht verkneifen konnte, als sie am Rednerpult sagte, nein, das sei nicht Wahlkampfpolemik. Die Fraktion GB/JA! wünscht sich mittelfristige und langfristige Diskussionen. Die Stadtfinanzen sind zwar heute in einem stabilen und grundsätzlich erfreulichen Zustand, aber die Herausforderungen am Horizont sind gewaltig – ich nenne als Stichworte Investitionsbedarf und Unternehmenssteuerreform III. Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion GB/JA! kein Verständnis für die effekthascherische Art, mit der einige Leute Forderungen, die im Kern durchaus berechtigt wären, in die Debatte einbringen. Das Budget hat bei einem Aufwand von 1.1 Mia. Franken einen Ertragsüberschuss von knapp 11 Mio. Franken. Die Reihe von positiven Rechnungsabschlüssen scheint sich also fortzusetzen, und vor diesem Hintergrund ist es nicht vermessen, die Frage in den Raum zu stellen, ob bei den letzten Haushaltsverbesserungsmassnahmenpaketen die Schraube nicht vielleicht zu fest angezogen wurde. Ich erinnere zum Beispiel an die linearen Kürzungen vor allem bei sozialen Projekten, Kürzungen, die im Verhältnis zu dem, was wir hier sonst diskutieren, zwar Mini-Beiträge waren, für die betroffenen Institutionen aber eine grosse Bedeutung hatten.

Mit einem längerfristigen Blick möchte ich die drei Punkte Investitionsbedarf, Lohnpolitik und Steuerpolitik hervorheben. Zum Investitionsbedarf: Die Stadt hat grossen Nachholbedarf beim Unterhalt der Infrastruktur und muss darum das Investitionsniveau hochfahren. Im PGB wird richtigerweise darauf hingewiesen, dass es, erst recht beim heutigen Zinsumfeld, kein Weltuntergang ist, wenn die Investitionen gelegentlich einen Eigenfinanzierungsgrad von unter 100 Prozent haben. Aber wir wissen auch, dass der Unterhaltsbedarf bei den städtischen Liegenschaften riesig ist. Der Investitions- und der Finanzierungsbedarf werden in den kommenden Jahren anhaltend hoch bleiben oder sogar zunehmen, und wir müssen uns darauf einstellen, erstens die Finanzierung der Investitionen gewährleisten und zweitens die daraus entstehenden

den hohen Abschreibungen aus der laufenden Rechnung finanzieren zu können. Und hier möchte ich an die appellieren, die bei jeder passenden und auch unpassenden Gelegenheit damit argumentieren, dass wir auf Kosten der künftigen Generationen leben. Ja, wir leben auf Kosten der künftigen Generationen, aber auch der Verzicht auf den erforderlichen Unterhalt an der bestehenden Infrastruktur ist ein Leben auf Kosten der kommenden Generationen. Wir hinterlassen ihnen auch in diesem Fall einen Schuldenberg, aber einfach in Form von nicht getätigten Investitionen. Und – Überraschung! – für die Finanzierung von Investitionen braucht es finanzielle Mittel, und darum gibt es für die Fraktion GB/JA! keinen Grund, heute einer effekthascherischen Steuersenkung zuzustimmen. Zweitens, zur Lohnentwicklung: Die städtischen Angestellten haben seit 1988 keine Realloohnerhöhung mehr erhalten. Die Stadt Bern kann, soll und darf es sich nicht leisten, sich auf Dauer aus dem Arbeitsmarkt zu manövrieren. Die Fraktion GB/JA! wird vor diesem Hintergrund dem Antrag auf eine 5-Prozent-Realloohnerhöhung zustimmen. Gleichzeitig möchten wir aber festhalten, dass dieser Antrag etwas zum Ausdruck bringt, was wir grundsätzlich wahrscheinlich alle wissen: In der Stadt Bern wird aufgrund der Obergrenzung der Löhne eine sachgerechte Weiterentwicklung der Lohnpolitik zunehmend verunmöglicht. Die mangelnden Lohnentwicklungsperspektiven sind aber nicht einfach fehlendem Willen der Politik geschuldet, sondern haben auch strukturelle Ursachen. Es braucht eine längerfristige Strategie zur Korrektur dieser strukturellen Ursachen, in anderen Worten: Der Stadtrat muss sich überlegen, wie er die Obergrenze der Löhne auf eine mehrheitsfähige Art und Weise den veränderten Gegebenheiten anpassen kann und will. Ich befürchte, dass die heute vorliegenden Anträge nicht mehrheitsfähig sind und bedauere es, wenn wir ein falsches Signal an das Personal aussenden. Für die Fraktion GB/JA! ist unbestritten, dass es Massnahmen braucht. Wir unterstützen auch den Eventualantrag punkto Einmalzahlung ans Personal, möchten aber festhalten, dass dies nur ein Tropfen auf einen heissen Stein ist. Man könnte fast sagen, das sei Pflasterlipolitik, und uns graut vor der Vorstellung, dass wir in Zukunft in einer privatwirtschaftlichen Logik darüber werden diskutieren müssen, ob es bei einem guten Abschluss eine Einmalzahlung ans Personal gibt oder nicht. Drittens noch zur Steuerpolitik: Die Unternehmenssteuerreform III droht für die Stadt Bern zu Ertragsausfällen von 30 Mio. Franken zu führen, oder, wie der Gemeinderat in der diese Woche publizierten Antwort auf unsere Interpellation festhält, unter Umständen auch wesentlich mehr. Auch dies sollten wir in unseren Entscheiden berücksichtigen, und auch vor diesem Hintergrund halten wir kosmetische, aber mit Pauken und Trompeten vermarktete Steuersenkungen für den falschen Ansatz. Die Fraktion GB/JA! fordert den Gemeinderat auch auf, unmissverständlich und wie andere Städte auch, Stellung zu beziehen zur Frage des Referendums und der Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III. Fazit: Die Stadt Bern steht in finanzpolitischer Hinsicht vor turbulenten Zeiten. Wir müssen erstens die Mittel für die erforderlichen Investitionen sicherstellen, zweitens die Mittel für die Weiterentwicklung des Lohnsystems bereitstellen, denn auch hier haben wir einen eigentlichen Investitionsstau, und wir müssen drittens in der Lage sein, Veränderungen auf übergeordneter Ebene aufzufangen. Für uns ist es darum wichtig, von kurzfristigem Steuersenkungsaktionismus und von Show-Einlagen abzusehen. Vielmehr will die Fraktion GB/JA! die bewährte Politik der Stadt Bern fortführen, die die Stadt Bern als ökologische und soziale Stadt attraktiv und lebenswert positioniert.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVP: Steueranlage 1.54, ein Budget mit Überschuss – eigentlich sollten wir alle glücklich sein. Die Steuern sollen dieses Jahr nicht erhöht werden, hat die SP gesagt – denn grundsätzlich sagt ja RGM, was läuft, und nicht wir – und doch hat die SVP-Fraktion Bedenken zu diesem Budget. Erst einmal möchte ich aber der Verwaltung dafür danken, dass sie diese Arbeit immer wieder auf sich nimmt. Sie wird zwar bezahlt dafür, aber trotzdem: Es wird hier eine rechte Arbeit geleistet, und es ist nur recht, wenn man die

Mitarbeiter dafür lobt. Aber jetzt zu den Anträgen. Eine Steuersenkung wäre ein gutes Zeichen, dass man der Stadtberner Bevölkerung endlich auch etwas zurückgeben kann, aber wir haben ja es gehört, die SP sagt, und zwar in einem befehlshaberischen Ton: Wir wollen das nicht. – Also gibt es das nicht. Ich bin froh, dass wir in dieser Diktatur Gemeinde Bern noch zusammenkommen und wenigstens unseren Unmut kundtun dürfen, weil der Diktator RGM uns ja grundsätzlich keinen Kompromissvorschlag unterbreitet. Halt, falsch: Heute durften wir hören, die SP habe einen Kompromiss gemacht und den biete sie uns an. Liebe Diktatoren und Diktatorinnen der SP: Ein Kompromiss entsteht, wenn sich zwei Parteien an einen Tisch setzen und versuchen, eine Lösung zu finden. Was dabei entsteht, mag für beide vielleicht nicht das Beste sein, es ist aber sicher auch nicht das Schlechteste. Das wäre ein Kompromiss, und vielleicht sollten Sie es ein nächstes Mal so probieren. Ich habe aber nichts davon gehört, dass man so reden möchte. Was wir aber eindeutig gehört haben von der SP: „Wir wollen mehr Geld für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die haben es verdient.“ Seit 30 Jahren keine wirkliche Lohnerhöhung. – Die müssen aber gut eingestiegen sein vor 30 Jahren! Haben die schön verdient! Da bin ich richtig erstaunt, dass man heute jammert, wenn man vor 30 Jahren derart gute Saläre gekriegt hat. Aber auch hier wird uns die SP noch erklären können, wie sie es genau gemeint hat. Die SVP lehnt die Anträge der SP ab, sie funktionieren nach dem Giesskannenprinzip und sie erwirtschaften keine Nachhaltigkeit, sie sind einfach ein Mist. Wir sind aber erstaunt, dass Sie die Motion Gubser doch noch im Hinterkopf haben, die klar gesagt hat: 100 Millionen oder mehr, und dann werden die Steuern gesenkt. Aber auch dazu erklären Sie uns in diktatorischem Ton: Nein, machen wir nicht. Am liebsten hätten Sie die Sache vom Tisch, am liebsten wäre Ihnen, wenn sie nicht umsetzbar wäre. Und wenn Sie noch lange Geld ausgeben, wird es tatsächlich so weit kommen, dass wir die Motion Gubser abschreiben müssen, weil wir gar kein Geld mehr haben.

Unser Budget hat einen Überschuss von ca. 10 Mio. Franken – heute wird er sich noch ein wenig verändern, wohl eher gegen unten als gegen oben, weil RGM ja bereits gewisse Wünsche geäussert hat –, warum sind wir trotzdem nicht erfreut? Ich gebe zwei Beispiele: Wir haben vor kurzem ein interfraktionelles dringliches Postulat überwiesen bekommen, das verlangt, dass Wirtschaftsimmigranten geholt und direkt nach Bern gebracht werden. Wir haben in dieser Debatte gesagt, das werde um die 15 Mio. Franken pro Jahr kosten, und ich bin erstaunt, dass dieser polemische Wahlkampfvorstoss keine Auswirkungen aufs Budget hat, dass kein entsprechender Antrag gestellt wird. Das zeigt, dass man gern berichtet, aber, wenn es um die Substanz geht, vernichtet. Das zweite Beispiel: Wir wissen alle, dass gewisse noch amtierende oder abtretende Gemeinderäte sich bereits Gedanken machen, wie die Zukunft von Bern Tourismus aussehen soll, und wir wissen auch, dass bereits Nachkredite bekannt sind für etwas, das noch gar nicht existiert, und diese Nachkredite sollen kommendes Jahr für die Budgets von 2016 und 2017 gestellt werden. Das ist eine kurioses Geschäft, wenn man Nachkredite beantragt, ohne dass man mit der Substanz überhaupt vor dem Stadtrat war, und dann noch mehr Gelder fordert und meint, man könne damit die Debatte im Stadtrat umgehen. Da würde es mich schon interessieren, wie sich gewisse Herren der aktuellen Regierung dazu äussern. Wir hätten sonst auch noch Dokumente, die sicher auch die Presse interessieren würden. Ein Kuriosum ist auch, dass im Verwaltungsrat dieser Eventagentur, die budgetrelevant werden wird und die in eine AG umgewandelt wird, eventuell gewisse Herren Einsitz nehmen könnten, die jetzt noch im Gemeinderat sind. Früher hat man dem Söihäfel-Söideckeli gesagt, wie man ihm heute sagt, weiss ich nicht, aber es ist auf jeden Fall ein Kuriosum, das für alle interessant sein wird, wenn man ihm ein wenig auf die Spur geht. Die SVP hat sich Gedanken gemacht zu diesem Budget und in den Kommissionen diverse Anträge eingereicht. Manche sind durchgekommen und werden heute hoffentlich als Kommissionsanträge gutgeheissen. Wir haben aber auch noch Anträge nachgereicht, 33 an der Zahl, von denen wir wissen, dass sie kaum goutiert werden, aber wir werden aufzeigen,

warum wir diese Anträge jetzt noch bringen. So schön das Budget aussieht, so schlecht steht es da. Ich komme zurück auf die Aussage eines Gemeinderats, wonach der Unterhaltsbedarf sehr wichtig sei, das müsse unbedingt an die Hand genommen werden. Es ist Wahljahr, ich kann mich erinnern, dass Herr Wasserfallen vor Jahren genau das gleiche gesagt hat, er war lustigerweise in der gleichen Partei, aber bis jetzt ist nichts passiert. Als Gewerbler würde ich natürlich sofort unterschreiben und sagen: Los, fangen Sie an, das gibt Arbeit und Geld für das Gewerbe, und am Schluss neue Substanz für die Bevölkerung, und beides zusammen bedeutet, dass es der Berner Bevölkerung besser geht. Ich hoffe also, dass diesbezüglich etwas passiert. Was uns auch noch aufgefallen ist an diesem Budget: Dass alle Direktionen grundsätzlich mehr wollen. Mehr Stellen, mehr Geld, mehr Ausgaben. Und in zwei, drei Sätzen steht dann noch, man erhalte dafür ja auch mehr. Es ist erstaunlich, dass man immer mehr nimmt, weil man mehr erhält. Vielleicht sollte man auch einmal überlegen, etwas beiseite zu legen, denn die schlechteren Zeiten sind ja schon prognostiziert, aber genau hier liegt das Problem: RGM, als Diktator unserer Gesellschaft, sagt in diesem Spiel, das wir jetzt schon vier Jahre erleben dürfen, was kommt und was nicht. Darum hatte man die vergangenen Jahre ein Budget knapp in den schwarzen Zahlen, und im Wahljahr legt man uns eines vor, das suggeriert, dass wir auf gutem Kurs sind; man lobt, man preist, man erzählt, was man alles mehr machen kann. Nächstes Jahr werden wir feststellen, dass auch das Budget 2017 nicht so rosig war. Die Fraktion SVP hat sich Mühe gegeben und unterbreitet Ihnen heute mit diversen Vorschlägen ein moderates Budget, das auch an die Zukunft denkt. Das diktatorische RGM-Bündnis wird wahrscheinlich prinzipiell Nein sagen, die Bürgerlichen werden kuscheln müssen, und somit könnten wir die Debatte eigentlich hier abschliessen und nur noch fragen: Liebe RGM, wie viel dürfen wir aufschreiben? Aber wahrscheinlich würde dies schwierig, weil sie die Rechnung gar nicht gemacht haben. Zum Glück sind heute gute, versierte Leute hier aus dem Finanzinspektorat, die uns das am Schluss sagen werden. Das Budget, wie es jetzt ist, ist für uns nicht tragbar. Wir behalten uns vor, die Anträge des Gemeinderats abzulehnen, wenn es nicht besser wird. Wir finden, dass auch die Stadtberner Bevölkerung eine bessere Kultur im Budget verdient hat, auch eine bessere Kultur in der Sprache und vor allem weniger RGM-Diktatur und dafür mehr Geld, damit sie leben kann. Ich freue mich auf die Detailberatung.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Auch die Fraktion GFL/EVP dankt der Verwaltung und dem Ratssekretariat für das rechtzeitige Bereitstellen der Unterlagen. Grundsätzlich ist das hier ein erfreuliches Budget, mit einem Überschuss von 10.9 Mio. Franken, die wir für Schulhaussanierungen bereitlegen können. Alles super, so haben wir Spielraum für Geschenke, könnte man meinen. Aber wir von der Fraktion GFL/EVP schauen über das nächste Budgetjahr hinaus, und da sind die Aussichten mittelfristig längst nicht so rosig. Darum wollen wir so wenig Ausbau wie möglich, denn das meiste, das jetzt ins Budget kommt, wird auch die folgenden Jahre drin bleiben. Darum ist uns der Personalaufwand speziell ins Auge gestochen, der überdurchschnittlich stark wächst. Fast 40 neue Stellen sollen geschaffen werden, bereits im letzten Jahr waren es fast 30 Stellen. Klar gibt es neue Stellen, die mit dem Wachstum unserer Stadt zu tun haben und darum nötig sind, aber wir fühlen uns verpflichtet, kritisch hinzuschauen und Lösungsmodelle zu entwickeln, um das Stellenwachstum eindämmen zu können, denn einmal geschaffene Stellen sind nur schwer wieder abzubauen, wenn die finanzielle Situation dies in ein paar Jahren fordern sollte. Unser Fokus liegt darauf, die Verwaltung nicht unnötig aufzublähen, darum unsere Anträge, das Geld für die 3.8 neuen Stellen in der BSS und die eineinhalb Stellen bei Stadtgrün direkt für die Integration für Flüchtlinge einzusetzen. – Mehr dazu in der Detailberatung. Der Überschuss darf nicht zu Übermut führen. Wir stehen beispielsweise vor einem grossen Sanierungsstau, was umfangreiche Investitionen im Verwaltungsvermögen zur Folge haben wird. Ein Expertenbericht von

2015 zeigt auf, dass allein im Hochbau Sanierungsmassnahmen für jährlich bis 88 Mio. Franken nötig wären, um unser Bauinventar à jour zu halten. Und dann kommt ja wahrscheinlich auch noch die Unternehmenssteuerreform III auf uns zu. Darum ist es nicht an der Zeit für Steuersenkungen, und darum haben wir der Fristverlängerung der Motion Gubser zugestimmt. Der Antrag auf Steuersenkung der FD für ungefähr 5 Mio. Franken ist eher für die Galerie, darum lehnen wir ihn ab. Eventuell hat er eben doch ein wenig mit den bevorstehenden Wahlen zu tun. Zur Forderung einer Realloohnerhöhung für die Angestellten der Stadt Bern um 5 Prozent: Wir anerkennen die gute Arbeit, die das städtische Personal leistet, aber 5 Prozent sind einfach überrissen. Die Erhöhung allein würde bereits 16 Mio. Franken kosten, und weil die Mitarbeitenden ja immer noch im Leistungsprimat versichert sind, kämen weitere 30 Mio. Franken Auslagen für die Pensionskasse dazu. Aber auch dem kurzfristig eingereichten Eventualantrag für eine einmalige Auszahlung von 2500 Franken werden wir nicht zustimmen. Wir sind gern bereit, mit dem Personalamt und den Personalverbänden zusammen zu schauen, was die Bedürfnisse und Wünsche der Angestellten der Stadtverwaltung sind bezüglich Lohn-erhöhungen. Lohnnebenleistungen, Arbeitszeitmodellen etc., und was davon im Machbaren liegt. Und wir sind auch gern bereit, die Frage des Lohndeckels aufzugreifen, um die Stadtverwaltung auch bei den Kaderlöhnen attraktiver zu machen. Wir sind aber der Meinung, dass es nicht im Interesse des Personals ist, wiederholt überhöhte und kurzfristig zusammengebastelte Forderungen zu stellen, die dann nicht mehrheitsfähig sind. Bei all diesen Anträgen habe ich immer wieder gehört, es gehe darum, etwas zurückzugeben. Ich möchte daran erinnern, dass wir die Steuern nicht einfach abliefern und dann Schluss, sondern wir erhalten alle sehr viel zurück von der Stadt. Wir haben eine lebenswerte Stadt, mit vielen Dienstleistungen. Aufgrund des ausgewiesenen Überschusses von 10.9 Mio. Franken werden wir in der Debatte ein paar moderate Anträge für Budgetaufstockungen stellen, beispielsweise für die Gesundheitsprävention oder für den Kita-Fixbeitrag, und ein paar weitere mit unterstützen. Und eine Bemerkung an gewisse Fraktionen: Wir sind nicht bereit, Anträge zu unterstützen, die erst in der Sitzung vorliegen, weil wir sie so nicht ernsthaft prüfen können. Bitte erklären Sie uns doch jeweils vor unserer Fraktionssitzung, warum diese Anträge unterstützenswert wären.

Daniel Egloff (PdA) für die Fraktion AL/GPB-DA/PdA+: Wir werden die Steuersenkungsanträge ablehnen. Es ist ein wenig heuchlerisch, solche Anträge zu stellen, gleichzeitig aber auch Forderungen nach Investitionen beispielsweise in ein Schwimmbad, denn das wird extreme Folgekosten haben, und folglich liegt es jetzt nicht drin, die Steuern zu senken. Zudem sind Steuersenkungen generell ungerecht, weil sie vor allem denen zugutekommen, die schon viel haben, während die, die wenig oder nichts haben, nicht profitieren. Zum Thema Ungerechtigkeit auch noch etwas zum Antrag einer generellen 5-prozentigen Realloohnerhöhung: Diese 5 Prozent tönen schön, bedeuten aber, dass die, die schon viel haben, mehr bekommen und die, die weniger haben, weniger. So etwas können wir nicht unterstützen. Eine einmalige Zahlung hingegen, einer Art Gratifikation, finden wir gut, das honoriert auch die gute Arbeit der Stadtangestellten, diesem Antrag werden wir zustimmen.

Philip Kohli (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die Finanzverwaltung, der Gemeinderat und die Mitarbeitenden der Verwaltung haben in vielen Arbeitsstunden dafür gesorgt, dass wieder eines dieser blauen Büchlein vor uns liegt, und im Namen der Fraktion BDP/CVP danke ich allen Beteiligten für ihre grosse Arbeit und ihren immensen Einsatz. Dieses Büchlein bietet uns die einmalige Gelegenheit zu analysieren, zu kürzen, zu erhöhen, und vor allem zusammen zu streiten. Letztes Jahr wurde uns eine schwarze Null vorgelegt, dieses Jahr sogar ein Überschuss, aber wir haben das Gefühl, dass es auch dieses Jahr kippen kann. Es ist wie immer: Super, wir haben einen Überschuss, also nehmen wir die Giesskanne und schütten den Steuerfranken über die Stadt. – Das ist eher die Steuerphilosophie von links. Dieser

Überschuss ist völlig unnötigerweise budgetiert, aber es ist Wahlkampf und der Finanzdirektor kann diesen Überschuss gut gebrauchen um aufzuzeigen, wie gut gewirtschaftet wurde. Man kann ihn aber auch brauchen, um Geld zum Fenster hinauszuwerfen, und links hat man wieder einmal tolle Ideen, wie das Geld verteilt werden könnte, nämlich an die Stadtverwaltung. Wir haben uns gefragt, ob dieser Antrag ein Witz sei oder ob er tatsächlich ernst gemeint sei. Offenbar ist er ernst gemeint. Wir haben einen Überschuss von um die 10 Mio. Franken, aber diese Realloohnerhöhung kostet um die 15 Mio. Franken – man will also das Budget gleich wieder ins tiefe Dunkelrot stürzen. Die Verfasser dieses Antrags sind in unseren Augen verantwortungslos, frech, unbedacht und auch etwas respektlos gegenüber der Budgetplanung. Wir haben jedenfalls keine Sparanträge über 5 Mio. Franken gesehen. Ich hätte gern eine Stellungnahme der Linken dazu, ob es wirklich ihre Absicht ist, kein ausgeglichenes Budget zu haben und die Stadt Bern finanziell auszusaugen.

Die Fraktion BDP/CVP honoriert und schätzt die Arbeit von Verwaltung und Personal, aber die linke Ausgabenwut könnte nicht gestemmt werden, wenn nicht der Steuerzahler in den vergangenen Jahren den einen oder anderen Franken hätte liegen lassen. Ausserdem sind die Leute in der Verwaltung sicher stolz, immer wieder ein ausgeglichenes Budget vorlegen zu können, das zeugt von guter Arbeit und davon, dass das System stimmt, und es ist nicht gerade nett, ihnen jedes Jahr die Suppe zu versalzen und es ins Rote zu drehen. Wäre es ein KMU, wären diese Leute tief enttäuscht und hätten das Gefühl, ihre Arbeit werde nicht honoriert und man arbeite schlecht, weil man es ja nicht so wolle, wie man es vorlege. Wir sollten das Budget belassen, wie es jetzt ist. Aber wir setzen uns für eine Steuersenkung ein, weil das Geld so an die Leute zurückgeht, die es bezahlt haben. Ich weiss, es widerstrebt der Linken, eingenommene Gelder wieder zurück ans Volk zu geben, man fördert lieber hier noch ein Projektlein und dort noch eines, mit dem man sich dann brüsten kann. Aber seien Sie doch fürs kommende Jahr einmal vernünftig, helfen Sie hier mit, so werden wir auch Ihnen weiter helfen. Wir sind sicher, dass die Stadt Bern mit einer Steuersenkung ohne grosse finanzielle Folgen überleben kann. Ich erinnere daran, dass die Linke erst vor zwei Wochen eine Million mehr in die Velooffensive stecken wollte, und damals hat es geheissen, das sei ja nichts. Aber das ist nur fünfmal weniger als der Betrag, von dem wir jetzt sprechen. Und das ist ja nicht nichts, auch wenn so nicht nur 11 Prozent der Leute etwas erhalten, sondern 100%: Jede Bernerin und jeder Berner profitiert von einer Steuersenkung, alle spüren, dass etwas zurückkommt, wenn gut gewirtschaftet wird, und so macht es Spass, in der Stadt Bern zu wohnen und Steuern zu bezahlen.

Von allen Seiten kommen Korrekturvorschläge, und es liegt ja in der Natur der Sache, dass die Prioritäten für das Ausgeben unserer Steuergelder von jeder Partei ein wenig anders gesetzt werden. Zu dieser Einmalzahlung könnten wir ja sagen: Machen wir einen Deal, Sie nehmen die Steuersenkung an und wir haben immer noch ein ausgeglichenes Budget, aber in dem Fall darf nachher nichts schiefgehen. Auf jeden Fall haben wir uns eingehend mit den vorliegenden Anträgen befasst und teilweise einen guten Eindruck erhalten, bei Spar- wie auch bei Erhöhungsanträgen, aber zum Teil mussten wir uns auch an den Kopf greifen. Selber haben wir auch einige Anträge eingereicht, die wir in der Detailberatung gern begründen werden. Die Anträge 1 und 2 zur PRD werden wir der Ratseffizienz zuliebe zurückziehen. Bleiben Sie bitte aufmerksam: Man hat uns für 2017 ein Budget mit einem grossen Überschuss vorgelegt, das ist sehr erfreulich, darf aber keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass die nachfolgenden Jahre nicht ganz einfach sein werden, und das heisst im Klartext, dass sich der Gemeinderat und das Parlament nicht auf den Lorbeeren ausruhen und das Pulver, das wir angesammelt haben, gleich wieder verschiessen dürfen. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass wir nur ausnahmsweise Geld für Leuchtturmprojekte sprechen und nicht zu dick auftragen dürfen. Die Fraktion BDP/CVP tritt gern auf das Budget ein und freut sich auf eine konstruktive und angeregte Debatte. Wo nötig, werden wir uns zu den Anträgen noch im

Detail äussern, sonst kann unser Wille an der Abstimmungstafel abgelesen werden, und nach der Debatte werden wir entscheiden, ob wir dem Budget zustimmen können oder nicht, ein rotes Budget nehmen wir auf keinen Fall an. Es kann auch nicht die Idee sein, höher zu budgetieren, damit man nachher 10 Mio. Franken ausgeben kann mit der Begründung, es sei ja immer noch ausgeglichen. Noch etwas an die, die sehr kurzfristig Anträge einreichen: Wir lehnen grundsätzlich alles ab, was wir nicht mit Vorlauf gesehen haben, ausser etwas sei wahnsinnig intelligent. In dem Fall behalten wir uns vor, einen Antrag anzunehmen. Aber ich wünsche mir, dass wir kommendes Jahr eine seriöse Budgetdebatte führen können, zu der alle ihre Anträge fristgerecht einreichen. Und bis dahin schauen wir, dass wir das Budget auf Vordermann bringen oder zumindest nicht schlimmer machen als es ist.

Einzelvoten

Patrik Wyss (GFL): Die FDP hat uns eindrücklich den Schuldenberg vor Augen geführt und auf den grossen, ungedeckten finanziellen Investitionsbedarf in Zukunft hingewiesen und verlangt gleichzeitig Steuersenkungen. Für mich geht das nicht auf. Immerhin kann man der FDP attestieren, dass sie konsequent ist und einem massiven städtischen Leistungsabbau als Konsequenz ihrer Steuersenkung zustimmen würde. Peter Marbet hat gesagt, es sei ein schönes Budget, und es dürfte wieder eine positive Rechnung geben, wie in den vergangenen Jahren. Aber was wir in der Vergangenheit hatten und auch heute haben, waren nicht Wunschbudgets und -rechnungen, sondern wir mussten in den vergangenen Jahren Schulden abbauen, die die bürgerliche Mehrheit aufgehäuft hatte. Um diese Schulden ohne massive Steuererhöhungen und ohne schmerzhaft Leistungskürzungen abzubauen, musste man Investitionen zurückstellen, und die kommen jetzt auf uns zu. Es ist nicht das Arkadien eines Finanzministers, sondern es war eine verantwortungsvolle Politik des Gesamtgemeinderats, in dem wir von RGM heute die Mehrheit stellen. Aber immerhin, die FDP und die GLP haben sachlich begründet, warum sie gewisse Vorstösse nicht unterstützen, und sie haben auch auf die Konsequenzen der eigenen Vorstösse hingewiesen. Aber dann kam das Votum der SP; Peter Marbet hat ausgeführt, warum Steuersenkungen jetzt nicht möglich seien, hat aber verschwiegen, dass man jeden einzelnen der vorgebrachten Gründe auch als Argument gegen die beantragte 5-prozentige Lohnerhöhung hätte brauchen können. Es ist doch genau das gleiche, einfach mit anderem Vorzeichen. Und die Sprecherin von GB/JA! hat die Anträge der politischen Gegner zum Teil Symbolpolitik genannt und mit dem süffisanten Lächeln derer, die die Macht hinter sich wissen, zum Ausdruck gebracht, dass ihre Partei sich nicht auf ein solches Niveau hinunterlassen und Symbolpolitik betreiben würde. Sie war sich dann aber nicht zu schade, den Eventualantrag der SP als Tropfen auf einen heissen Stein zu bezeichnen und zuzugeben, dass sie ihn unterstützen werde. Zu guter Letzt auch noch etwas an Roland Jakob: Wie ernst meint man es eigentlich, wenn man 33 Anträge erst am Vorabend der Debatte einreicht, so dass nicht einmal die FD, geschweige denn die Fraktionen, dazu kommen, sie ernsthaft zu prüfen? Immerhin kann man der SVP nicht vorwerfen, sie mache dies, weil Wahljahr ist, denn für die SVP ist ja die ganze Legislatur Wahlkampf, und jede Stadtratssitzung wird für ihren permanenten Wahlkampf missbraucht. Und, Roland Jakob: Sie haben vorhin manchmal von der RGM-, manchmal von der SP-Diktatur geredet. Vielleicht sollten Sie sich noch darüber klar werden, wer denn nun der Bösewicht ist, nur die SP oder ganz RGM. Wir haben wahrscheinlich, was die Steuersenkung angeht, eine ähnliche Einstellung, Sie können da also ruhig von einer RGM-Diktatur reden. Aber ich weiss nicht, was für eine Demokratieverständnis Sie haben. Wir sind gewählte Volksvertreter, und wenn es für Sie eine Diktatur ist, wenn Ihnen etwas nicht passt, müssen Sie vielleicht noch einmal darüber nachdenken, wie eine Diktatur eigentlich funktioniert. Besonders, weil Sie von der SVP sind, einer Partei, die immer in den Vordergrund stellt, dass sie den Volkswillen vertrete und achte.

Alexander Feuz (SVP): Die Voten von Regula Tschanz und Patrik Wyss haben mich bewogen, doch noch ans Mikrofon zu treten. Es wurde gesagt, man solle nicht auf dem Buckel der zukünftigen Generationen Politik machen, aber genau dies machen Sie: Sie machen einen Vorstoss, der 15 Mio. Franken kosten wird, um 350 Flüchtlinge aufzunehmen; Sie machen Vorstösse mit Mehrkosten für das Personal – es ist Wahljahr; Sie starten eine Velooffensive, Sie wollen eine Velobrücke für 20 Mio. Franken, Sie wollen Luxus-Schulbauten für 46 Mio. Franken, wenn man das Gleiche auch für 17 Mio. Franken haben könnte, plus Modulbauten. Sie machen Politik auf dem Buckel der zukünftigen Generationen, weil auch diese überhöhte Steuern werden bezahlen müssen, und ausbaden, was Sie ihnen eingebrockt haben. Darum diese Steuersenkungen. Uns gehen sie zwar zu wenig weit, aber wir unterstützen beide Anträge. Es muss ein Zeichen gesetzt werden. Wir sehen ja, wie Geld für Dummheiten ausgegeben wird, wenn man zu viel davon hat.

Ich weise die Vorwürfe von Philip Kohli und Patrik Wyss zurück, bekanntlich kann man sogar noch während der Debatte Anträge stellen. Ich habe unsere Anträge in der FD kurz und knapp vorgestellt, und ich habe auch gesagt, wir würden noch gewisse Evergreens bringen, ich habe aber auch gesagt, wir würden im Falle von Cinématte einen kostenneutralen Antrag stellen, um jemand Neues zu berücksichtigen.

Rudolf Friedli (SVP): Wir von der SVP sind halt fähig, Anträge sehr schnell zu prüfen, und vielleicht ist dies bei Ihnen nicht der Fall und wir überfordern Sie damit ein wenig. Wir können das, weil wir einen guten Instinkt haben und weil wir wissen, was unsere Wähler wollen und was nicht. So geht es bei uns sehr rasch mit Daumen rauf oder Daumen runter. Ich stimme jeder Steuersenkung zu. Man muss dem Gemeinwesen so wenig Geld wie möglich geben, weil es sonst nur Dummheiten macht damit. Und wenn es nicht die Behörden selber für Dummheiten ausgeben, ist es die Linke im Stadtrat, die findet, man müsse Lohngeschenke machen, indem man den Stadtangestellten fünf Prozent mehr bezahlt. Wir wissen, dass die Löhne der Stadt verglichen mit Kanton und Bund vielleicht nicht die besten sind, aber es wird uns in jeder Kommissionssitzung gesagt, dafür sei die Stadt Bern sehr gut bei den Nebenleistungen, bei der Pensionskasse, beim Gewähren von Sonderurlaub und ähnlichem, und das ist auch etwas wert. Wenn alle davonlaufen würden, müssten wir genauer hinschauen, aber dem ist ja nicht so, wir haben ja Angestellte. Offenbar sind sie zufrieden, und darum sehe ich nicht ein, warum ich mithelfen sollte, mit einem gewerkschaftlichen Anliegen bei der Wählerschaft zu punkten. Und wenn wir schon bei den Gewerkschaften sind: Ich habe nicht schlecht gestaunt, dass die Stadt dem kaufmännischen Verband und den Gewerkschaften doch tatsächlich einen Beitrag bezahlt, einfach so. Aber ich habe nirgends gelesen, dass man dem Arbeitgeber- oder dem Hauseigentümerverband einen Beitrag bezahlen würde. Es hat mich gefreut, dass die FSU meinem Antrag zu dieser Sache gefolgt ist, dieser Wählerschaft keine solchen Beiträge zuzuhalten.

Der Investitionsnachholbedarf wurde mehrfach erwähnt. Unser Gemeinderat ist bald einmal vier Jahre im Amt, aber erst im letzten halben Jahr ist es ihm offenbar wie Schuppen von den Augen gefallen, dass wir einen Investitionsnachholbedarf haben und dass man keinesfalls die Steuern senken könne, sondern jetzt endlich damit anfangen müsse, die Liegenschaften instand zu stellen. Man hätte mich fragen können, ich habe das von Kurt Wasserfallen schon 2006 gehört. Aber man gibt in diesem linken Parlament und auch im Gemeinderat das Geld halt lieber aus, um die eigene Klientel zu befriedigen und zu bewirtschaften, indem man irgendwelche schönen Projektlein finanziert, statt sich dem zu widmen, dem sich die Stadt eigentlich widmen sollte, damit man nicht in einen Hammer läuft mit diesem Unterhaltsinvestitionsnachholbedarf. Zu den Stellenerhöhungen: Ich kann mir nicht vorstellen, dass unsere Bevölkerung im vergangenen Jahr dermassen gewachsen ist, dass es proportional wäre, 40

neue Stellen zu schaffen, erst recht nicht vor dem Hintergrund, dass schon letztes Jahr 30 neue Stellen bewilligt wurden. Es ist fast schon unverantwortlich vom Gemeinderat, oder sogar eine Frechheit, mit 40 neuen Stellengesuchen an uns heranzutreten. Die Verwaltung soll sich stattdessen besser organisieren, da hat es sicher noch Luft drin. Und andernfalls soll man uns sehr genau aufzeigen, warum die Luft nicht mehr vorhanden ist. Peter Marbet hat gesagt, man könne jetzt nicht die Steuern senken, wegen der Unternehmenssteuerreform III, die auf uns zukomme, und diese 35 Mio. Franken, die es weniger geben sollte, seien ja offenbar nicht einmal gut geschätzt, eigentlich könne man das gar nicht richtig berechnen. – Wenn man es nicht berechnen kann, kann man auch nicht sagen, ob es rauf oder runter geht, aber als Argument dafür, dass man die Steuern nicht senken dürfe, kann die Unternehmenssteuerreform offenbar trotzdem dienen.

Daniel Imthurn (GLP): Ich befasse mich berufshalber mit der Unternehmenssteuerreform III und stelle fest, dass es tatsächlich eine komplizierte Angelegenheit ist, mit vielen Unbekannten, die die finanziellen Auswirkungen sehr unklar werden lassen. Schweizweit wird es bestimmt Ausfälle in Milliardenhöhe geben, aber wie es für die Stadt Bern aussehen wird, lässt sich schlecht voraussagen. Ich erinnere daran, dass der Kanton Bern für seine Ausfälle Ausgleichszahlungen erhalten wird, und davon sollte eigentlich auch die Stadt profitieren können. Und man darf auch nicht vergessen, dass es für einige Arten von Unternehmungen auch eine Steuererhöhung geben wird. Aber es werden auf jeden Fall ausschliesslich juristische Personen von der Unternehmenssteuerreform III profitieren, Migros und Coop beispielsweise werden eine deutlich tiefere Steuerrechnung erhalten, und dann stellt sich die Frage, wer für die Ausfälle bluten muss. Wenn es im Budget ein Minus gibt, schnürt man normalerweise ein Sparpaket oder man fasst eine Steuersatzerhöhung ins Auge, und in beiden Fällen trifft es die natürlichen Personen, darum schlagen wir Ihnen folgendes Vorgehen vor: Wir senken jetzt die Steuer um zwei Hundertstel, so haben alle etwas davon, und wenn die Ausfälle tatsächlich eintreffen, schnüren wir ein Sparpaket, das vornehmlich die juristischen Personen trifft. Beispielsweise richtet die Stadt Bern heute massgebliche Subventionen für Bern Tourismus aus. Das ist eine Branchenorganisation, viele ihrer Mitglieder sind juristische Personen, die ja nachher tiefere Steuern bezahlen und die diese Beiträge übernehmen könnten. Oder: Eine Littering-Gebühr, die ihren Namen verdient, trifft in erster Linie juristische Personen wie Coop, Migros oder MacDonaldis, die künftig eine tiefere Steuerrechnung haben. Geben wir also allen etwas zurück, indem wir heute einer Steuersenkung zustimmen, und schnüren wir, wenn es wegen der Unternehmenssteuerreform III zu Ausfällen kommt, ein Sparpaket, das die trifft, die jetzt profitieren.

Johannes Wartenweiler (SP): Ich möchte auf das Votum von Ruedi Friedli zu den 8000 Franken für den Gewerkschaftsbund und für den KV reagieren: Wir erhalten dieses Geld nicht einfach so, sondern wir erhalten dieses Geld für Rechtsberatungen. Wir haben einige hundert Fälle von Leuten, die uns für eine Auskunft zu ganz verschiedenen Sachen angerufen haben, und die haben wir nach bestem Wissen und Gewissen beraten und wenn nötig an einen Juristen weitergeleitet. Wenn wir das nicht mehr machen, wird es vielleicht die Stadt machen müssen, und das wird x mal so viel kosten, wie es heute kostet.

Barbara Freiburghaus (FDP): Eine Bemerkung zum Votum von Patrik Wyss: Für die FDP ist es kein Widerspruch, eine moderate Steuersenkung zu genehmigen, wenn im Gegenzug der Investitionsstau in einer längerfristigen Investitionsplanung aufgefangen wird und die Ressourcen sorgfältig verwendet werden. Und wie bereits erwähnt, ich wiederhole mich gern: Für berechnete Steuererhöhung hatte das Volk noch immer ein offenes Ohr, aber eben, die muss man richtig begründen.

Rudolf Friedli (SVP): Ich habe nicht in Abrede gestellt, dass der Gewerkschaftsbund Beratungen macht, aber Sie beraten ja Mitglieder, von denen Sie Mitgliederbeiträge erhalten, und damit ist Ihre Leistung gedeckt. Es ist nicht einzusehen, warum die Stadt Ihnen das noch einmal bezahlen soll.

Direktor FPI *Alexandre Schmidt:* Herzlichen Dank für diese entspannte Debatte über das Budget 2017. Was für ein Genuss, was für eine Freude: Jede Sprecherin und jeder Sprecher hat sich zu Überschüssen und zu Steuersenkungen geäussert. Und was für ein Kontrast zur Budgetdebatte Anfangs Legislatur, wo sich alle zu Defiziten und zu drohenden Steuererhöhungen geäussert haben. Dazwischen liegen dreieinhalb Jahre harte Arbeit und sehr grosse Erfolge. Die Rechnung 2012, dies zur Erinnerung, war noch 8 Mio. Franken im Minus, seither haben wir dreimal mit einem Überschuss abgeschlossen, sogar jedes Jahr deutlicher, von 17 über 30 bis 63 Mio. Franken. Wir hatten dreimal hintereinander schweizweit den höchsten Abschluss, wir haben die beeinflussbaren Ausgaben um 100 Franken pro Kopf gesenkt, wir konnten in den vergangenen zwei Jahren 100 Mio. Franken Schulden abbauen, wir haben das Eigenkapital auf über 100 Mio. Franken verdoppelt. Und wir sind dabei nicht etwa knausrig gewesen, sondern haben in der zu Ende gehenden Legislatur auch das Investitionsvolumen mehr als verdoppelt, und wir haben drei neue Kassen gebildet für Vorfinanzierungen. Die Stadt Bern ist finanzpolitisch wahrhaftig wieder ein starker Bär. Das basiert auf guter Finanzpolitik, und gute Finanzpolitik ist immer Teamarbeit. Ich danke dem Gemeinderat und den Fraktionen von GFL bis SVP für die Unterstützung unseres Kurses, gemeinsam haben wir sehr viel erreicht. Die anderen Fraktionen sind mir in dieser Legislatur mit immer neuen Anträgen für Mehrausgaben aufgefallen.

Zu den Steuersenkungsanträgen: In den vergangenen drei Jahren haben die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler insgesamt 112 Mio. Franken zu viel Steuern bezahlt, wir haben weniger ausgegeben als eingenommen, und für 2017 budgetieren wir sogar 10.9 Mio. Franken Überschuss. Wir hätten somit handfeste Gründe, die Steuern zu senken, wie es die ominöse Motion Gubser verlangt. Aber der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, dies nicht zu machen, denn ein Blick auf den Finanzplan zeigt, dass wir eine immense Aufgabe noch nicht gemeistert haben, nämlich den Sanierungsrückstand bei der Infrastruktur aufzuholen, gekoppelt mit den neuen öffentlichen Gebäuden, die wir erstellen müssen, weil unsere Stadt wächst. Wir müssen pro Jahr 30 Mio. Franken mehr investieren als heute. Wie vorhin gesagt, haben wir in der laufenden Legislatur mehr als doppelt so viel investiert wie in der vorherigen und vor-vorherigen. Wir haben also längst gemerkt, dass wir mehr machen müssen, aber wir wissen auch, dass wir noch mehr machen müssen, nämlich 25 Jahre lang 30 Millionen mehr investieren als in der laufenden Legislatur. Das ist die riesige Herausforderung. Und weil Investitionen erst über die Abschreibungen und damit zeitverzögert Aufnahme finden im Budget, werden wir unseren Effort erst ab dem Budget 2019 spüren, und so richtig sogar erst ab 2020. Und darum gibt es eine Steuersenkung, wenn überhaupt, nur für 2017, allenfalls noch 2018. Das ist der Pferdefuss der Anträge auf eine Steuersenkung: Statt einen stetigen Steuerfuss zu haben, fangen wir an, Jojo zu spielen, und das kann Ihnen der Gemeinderat nicht empfehlen, umso mehr, als wir diese Überschüsse gut gebrauchen können, sofern wir sie nicht in den Konsum stecken, sondern in Spezialfinanzierungen, weil unsere Generation der nächsten Generation Gebäude in teils marodem Zustand weitergibt. Darum darf unsere Generation auch gewisse Finanzmittel weitergeben. Zur mehrmals erwähnten Unternehmenssteuerreform III müssen Sie sich keine Sorgen machen, was das Budget 2017 anbelangt: Sie soll auf den 1.1.2019 in Kraft treten, wird aber erst zeitverzögert eine Wirkung haben.

Zu den SP-Anträgen zur Personalpolitik: Ein Budgetbeschluss kann kein Reglement übersteuern. Eine Realloohnerhöhung geht nur über eine Anpassung von Anhang 1 des Personal-

reglements der Stadt Bern, wir müssten also zuerst eine Revisionsvorlage zuhanden des Stadtrats erarbeiten. Der Antrag ist aber – Entschuldigung! – grotesk in seinem Ausmass, da ist jedes Augenmass verloren gegangen. 5 Prozent mehr bedeuten jährlich wiederkehrende Ausgaben von 16 Mio. Franken, plus einmalige Einkaufskosten in die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern von über 30 Mio. Franken. Der Antrag kostet 2017 also 46 Mio. Franken, bei seiner Annahme hätten wir für das Budget 2017 statt eines Überschusses bereits nach einer Stunde Beratung ein Defizit von 35 Mio. Franken. In Anbetracht der künftigen Finanzentwicklung der Stadt Bern ist so etwas völlig unverhältnismässig. Zum Eventualantrag: Grundsätzlich ist festzuhalten, dass kein genereller Lohndruck besteht. Es ist uns seit der Einführung der Lohndeckelung gelungen, ein attraktives Angebotspaket zu schnüren; die Stadt Bern ist beispielsweise Musterschülerin in Sachen Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mit 67 Prozent ist die Zufriedenheit mit dem Lohn in der Stadt Bern relativ hoch, das sagt uns die letzte Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage. Zum Vergleich: Der Kanton Bern erreicht in einer Mitarbeiterumfrage trotz höherer Löhne nur 36 Prozent Zufriedenheit. Und aus unserer Umfrage wissen wir auch, dass 95% der Personen, die bei der Stadt Bern arbeiten, diese eine attraktive Arbeitgeberin finden. Es ist also nicht nötig, jetzt husch husch etwas zu unternehmen. Und nicht zu vergessen: In den unteren Segmenten sind unsere Löhne leicht über dem Marktniveau. Der Eventualantrag würde zu 7.5 Mio. Franken Mehrausgaben führen. Leider ist dieser Antrag sehr spät eingereicht worden und ich hatte keine Zeit, um zu klären, ob er im Personalreglement abgedeckt wäre oder ob er eine separate gesetzliche Grundlage bräuchte. Und ich konnte auch nicht abklären, ob man damit vors Volk gehen müsste, weil es um mehr als 7 Mio. Franken geht, aber prima vista gehe ich davon aus, dass der Budgetbeschluss reichen würde. Generell zur Personalpolitik: Wir haben eine lange und gut funktionierende Tradition der Sozialpartnerschaft, der Arbeitgeber und die Gewerkschaften machen die Personalpolitik zusammen und bringen das nachher in den Stadtrat. Alle diese Vorlagen waren bis jetzt so gut zusammen erarbeitet, dass es immer eine Zustimmung gab, von ganz rechts bis ganz links. Warum also jetzt husch husch etwas machen, nicht nur am Arbeitgeber, sondern auch an den Sozialpartnern vorbei? Bitte überdrehen Sie nicht. Der Gemeinderat legt Ihnen ein gutes Budget vor. Danke für die positive Würdigung unserer Arbeit, Danke für Ihre Dankbarkeit auch gegenüber der Verwaltung, die das Ganze erarbeitet hat und im Alltag eine enorme Arbeit leistet für die Umsetzung ihrer Wünsche und unserer Aufträge zugunsten der Stadt Bern und ihrer Bevölkerung.

Beschluss

1. In der Gegenüberstellung unterliegt der Antrag FD und BDP/CVP auf Steuersenkung dem Antrag FDP Nr. 1 auf Steuersenkung (23 Ja, 33 Nein, 7 Enthaltungen). *Abst.Nr. 005*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 1 FDP ab (21 Ja, 37 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 006*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 2 FDP ab (18 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 007*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag Fraktion SP für eine 5-prozentige Reallohnerhöhung ab (27 Ja, 36 Nein). *Abst.Nr. 008*
5. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag Fraktion SP ab (31 Ja, 32 Nein). *Abst.Nr. 009*

Detailberatung

Der Vorsitzende *Thomas Göttin*: Alexander Tschäppät hat einen Termin wahrzunehmen und kann zu Beginn der Detailberatung nicht dabei sein, wie ziehen darum in Absprache mit dem Gemeinderat die Direktion SUE vor.

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

8.	S. 142 Direktionsstabs- dienste (200100)	Finanz- delegation	Erhöhung der Nettokosten um 50'000.00 auf 8'620'586.06 Franken zugunsten PG200100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung
8a.	S. 142 Direktionsstabs- dienste (200100)	FDP	<i>Änderungsantrag zu Antrag Nr.8</i> Erhöhung der Nettokosten um 50'000.00 auf 8'620'586.06 Franken zugunsten PG200100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung (Verwendung der Mittel für mehrsprachige Kampagne)
8b.	S. 142 Direktionsstabs- dienste (200100)	SVP	<i>Gegenantrag zu Antrag Nr.8</i> Die Kampagne „Aare you safe“ ist kostenneutral auszuführen. Der notwendige Betrag von 50'000.00 Franken ist innerhalb des vorgesehenen Globalkredits zu kompensieren
9.	S. 155 Amt für Umwelt- schutz (220100)	GFL/EVP	<i>Antrag zurückgezogen.</i>
9a.	S. 196 Wirtschaftsamt (260100)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 100'000.00 auf 1'737'996.55 Franken zulasten P260140 Bern Tourismus
9b.	S. 214 ewb (290100)	SVP	Kürzung des Nettoerlöses um 12'500'000.00 auf 10'000'000.00 Franken zulasten P290120 Gewinnablieferung
9c.	S. 215 ewb (290100)	SVP	<i>Antrag in Verbindung mit Antrag Nr.9b (obsolet)</i> Änderung Steuerungsvorgabe 1) Gewinnablieferung Soll 2017: 10'000'000 [statt 22'500'000]
9d.	S. 215 ewb (290100)	SVP	<i>Eventualantrag zu Antrag Nr.9c (obsolet)</i> Streichung Steuerungsvorgabe 1) Gewinnablieferung

Sprecherin FSU *Dannie Jost* (FDP): Die FSU empfiehlt das Budget der SUE zur Annahme. Ich hebe aus den zwei Delegationsbesuchen nur ein paar Punkte hervor; wer sich brennend für die Details und den historischen Wert dieser Beratung interessiert, kann später einmal das Archiv konsultieren. Vor allem ist zu betonen, dass es immer erfreulich ist, dass man bei diesen Delegationsbesuchen in einen engen Kontakt und in einen engen Austausch mit der Verwaltung kommt, die immer bestrebt ist, sehr gute Arbeit zu leisten und dies auch macht. Diese Delegationsbesuche sind also immer sehr wertvoll. Im Amt für Kinderschutz wurde darüber diskutiert, dass das Amt vom Kanton eventuell weniger Geld erhält, und darum ist man jetzt am Überlegen, wie die Dienstleistung weiter erbracht werden könnte. Im Polizeiinspektorat wurde ein grosser Bedarf an mehr Personal angemeldet, aber budgetiert ist nur eine neue Stelle. Der Fokus liegt auf der Prävention und Repression beim Littering und auf dem Vollzug des Ausländerrechts, wo zwei neue Stellen geplant sind, vor allem, weil die Stadt Bern den Migrationsdruck spürt. Und zunehmend gibt es auch mehr Missbrauch: Es werden manchmal gefälschte Arbeitsverträge vorgelegt, und die Kontrolle, ob echte Dokumente vorliegen und die entsprechenden Bewilligungen erteilt werden können oder nicht, bringt einen grossen Aufwand mit sich. Es gibt ein Koordinationsgremium der Stadt und der Kantonspolizei zum weit verbreiteten Menschenhandel. Ihn zu bekämpfen ist natürlich auch eine Aufgabe der Stadt, in Kooperation mit der Kantonspolizei. Zum Umweltschutz wurde thematisiert, dass die zehn Nahwärmeverbände weiter expandieren und ausgebaut werden. Die Sanitätspolizei mel-

det, dass sie mit dem neuen Vertrag und mit einem zukunftsweisenden Finanzierungsmodell, das eine hohe Planungssicherheit ermöglicht, zufrieden ist. Zu Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt: In Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden wird nach einer Lösung für das Problem der mangelnden Tagesverfügbarkeit von Milizorganisationen gesucht. Es ist auch eine Zusammenarbeit mit den SBB thematisiert, und erfreulich ist, dass ein neuer Rekrutenkurs für die Berufsfeuerwehr am Laufen ist. Aus dem Wirtschaftsamt meldet man positiv, dass die Innovationsförderung vor allem von Start ups betrieben wird, im Trend sind Medizin, Informatik und Dienstleistungen. Beim Tierpark gibt es immer interessante Gespräche, aber Neues gibt es diesmal nichts zu melden. Bei ewb gibt es den Dauerbrenner der Gewinnausschüttung, das wird aber erst für das Budget 2018 aktuell sein. Ich danke der Verwaltung für die gute Arbeit.

Alexander Feuz (SVP): Zu Antrag 8b: Die Kampagne „Aare you safe“ ist sinnvoll, aber das rechtfertigt keine Erhöhung der Nettokosten. Wir sind der Meinung, sie müsse kostenneutral sein. Diese 50 000 Franken kann man innerhalb des Globalbudgets kompensieren, es ist nicht die erste derartige Kampagne.

Direktor SUE *Reto Nause:* Die Kampagne „Aare you safe“ kann man sinnvoll finden oder auch nicht, aber wenn man sie sinnvoll findet, muss sie auch finanziert sein.

Beschluss

1. In der Gegenüberstellung obsiegt der Antrag 8 FD dem Antrag 8b SVP (45 Ja, 10 Nein)
Abst.Nr. 010
2. In der Gegenüberstellung unterliegt der Antrag 8 FD dem Antrag 8a FDP (8 Ja, 47 Nein)
Abst.Nr. 011
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 8a FDP zu (49 Ja, 6 Nein). *Abst.Nr. 012*
4. Antrag 9 ist zurückgezogen.

Roland Jakob (SVP): Zu Antrag 9a: 2018 eine Eventagentur AG zu gründen, aber dafür bereits 2017 kleine Kredite abzuholen – und mit einem sogar das Budget 2016 zu belasten – und dies über den Gemeinderat zu machen, womit der Stadtrat aussen vor bleibt, ist aus unserer Sicht nicht rechtens. Es hätte die Möglichkeit gegeben, das Geld in das Budget 2017 aufzunehmen und alles offenzulegen, so dass der Stadtrat Stellung nehmen und seinen politischen Willen bekunden könnte, aber das wurde nicht gemacht. Weil es in Zusammenhang mit Bern Tourismus ist und weil auch gewisse Gemeinderäte daran mitarbeiten, besteht auch ein gewisser Eigennutz, und darum bitte ich, unseren Antrag anzunehmen. Damit können sie die zweimal 50 000 Franken trotzdem beantragen, aber wir haben eine Nullrunde, sprich sie haben noch kein Geld erhalten, und wenn diese Eventagentur 2018 gegründet wird, kann man immer noch schauen, welche Anstossfinanzierung sie braucht. Was hier vorliegt, ist nicht korrekt aufgegleist.

Christioph Zimmerli (FDP): Ich frage mich, woher die SVP ihre Informationen hat. Mit diesem Antrag stimmen wir über eine Kürzung des Beitrags für Bern Tourismus ab. Aber das ist ein fester Betrag, der schon letztes Jahr budgetiert war und unverändert geblieben ist. Wer schon länger dabei ist, weiss, dass man das Budget von Bern Tourismus immer wieder gekürzt hat und dass die aktuelle Summe das Minimum ist, das sie brauchen, um einigermaßen ihren Job zu machen. Es gibt keinen begründeten Anlass für eine Kürzung. Was ist geplant? Geplant ist, eine Welcome-Agentur einzurichten, an der die Stadt, aber auch Private und die Wirtschaft beteiligt sind, und alle Beteiligten sind offenbar Feuer und Flamme dafür. Bern

Tourismus, aber auch die Wirtschaftsverbände, denen die SVP ja auch nahe stehen will, haben mich gefragt, ob es denen jetzt definitiv irgendwo reingeschneit habe, so dass sie gegen die eigenen Interessen vorgehen. Ich kann nicht nachvollziehen, wie man in der SVP dazu kommt, einen solchen Antrag zu stellen, wenn es doch um etwas geht, das im Interesse aller Innenstadtvereinigungen ist und das von den Wirtschaftsverbänden massgeblich unterstützt wird. Ich bitte darum, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Janine Wicke (GFL): Ich schliesse mich meinem Vorredner an. Der Antrag ist so formuliert, dass es zu einer Kürzung des Budgets von Bern Tourismus kommt, aber das steht völlig quer in der Landschaft. Das Projekt, das hier moniert wird, ist kein Projekt von Bern Tourismus, sondern ein Projekt der Stadt Bern, zusammen mit der Hotellerie, mit dem Gastroverband, mit Bern City und mit Bern Tourismus. Sie alle beteiligen sich daran, weil sie sich davon Synergien erhoffen, um vor allem qualitativ hochstehende Veranstaltungen nach Bern zu holen, von denen alle sollen profitieren können. Dazu einen vielleicht auch ein wenig ideologisch gefärbter Kürzungsantrag in die Runde zu werfen, ist fehl am Platz, wir bitten um Ablehnung.

Roland Jakob (SVP): Ich halte fest, dass ich diese Fragen der Verwaltung gestellt habe, und die Antworten wurden mir schriftlich vorgelegt: Wirtschaftsamt: Projektkostenbeteiligung 50 000 Franken, Nachkredit zulasten 2016 und Anschubfinanzierung, 50 000 Franken geplanter Nachkredit 2017, nicht im PGB enthalten, muss 2017 beantragt werden. – Für eine Gesellschaft, die 2018 gegründet wird, Mit-Initiator ist unter anderen die GFL, mit beispielsweise Herrn von Graffenried, und auch unser Stadtpräsident Alexander Tschäppät ist dabei. Ich habe Mühe damit, dass Sie solche unlauteren Geschichten unterstützen wollen. Das hat nichts mit Bern Tourismus zu tun, denn der Gemeinderat kann die 50 000 Franken, die wir kürzen würden, wieder zurückholen, und zwar so, dass Bern Tourismus keinen Schaden erleidet. Und die anderen Gesellschaften gelten 2018 als Player, da bezahlt die Stadt noch einmal 200 000 Franken an Steuergeldern, und ab da können Sie hier nie mehr etwas zu dieser Angelegenheit sagen. Überlegen Sie sich also gut, was Sie jetzt machen.

Manuel C. Widmer (GFL): 100 000 Franken weniger bei Bern Tourismus bedeuten ungefähr eine Stelle. – Eine Stelle weniger, die mithilft, dass Leute nach Bern kommen zum Einkaufen, zum Geld ausgeben. Ich bin gespannt darauf, wie der Gewerbeverband darauf reagiert, dass die SVP will, dass weniger Leute nach Bern kommen, um hier Geld auszugeben.

Alexander Feuz (SVP): Es geht auch darum, ob die Stadt Private konkurrenzieren soll. Wir sehen die grosse Gefahr, dass die Stadt Bern als Player auftritt, aber gleichzeitig Bewilligungen erteilt und auswählt, wer dort hinkommt. Ich bin gespannt zu hören, was die Veranstalter dazu meinen, wenn sie nichts mehr zu sagen und nichts mehr zu verdienen haben. Ich habe den Verdacht, dass mit dieser Firma ein Kässeli geäuft werden soll, damit gewisse Politiker ein schönes Auskommen haben.

Luzius Theiler (GPB-DA): Wir wissen es und wir haben es schon oft diskutiert: Bern Tourismus ist ein Hätschelkind der Wirtschaftseliten Berns, eines noblen Zirkels um die grossen Hoteliers und um die Leitung von Bern Tourismus etc. Es ist ja schon erstaunlich: Dem Tourismus in Bern geht es blendend, der Städtetourismus leidet nicht unter der Tourismus-Krise wie der Tourismus beispielsweise in den Bergen. Ich habe früher gemeint – aber ich weiss schon seit längerer Zeit, dass dem nicht so ist –, dass die Bürgerlichen, die sogenannten Liberalen, verlangen, dass der Staat nur Aufgaben übernimmt, die Private nicht übernehmen können, dass er sich aber im Prinzip aus Subventionsgeschäften heraushält. Aber hier haben wir genau das Gegenteil davon, es wird von freisinniger Seite gesagt, das sei etwas ganz

Grosses und das müsse man unbedingt unterstützen. Ich bin der Meinung, die Wirtschaftsverbände seien stark genug, um diese neue Agentur selber zu finanzieren, da müssen wir nicht auch noch Geld beisteuern.

Direktor SUE *Reto Nause*: Da kann ich nur sagen: „Läck Bobby, die SVP ist unter die Verschwörungstheoretiker gegangen.“ Ich komme bei der Begründung nicht mit. Sie sehen irgendwelche Konkurrenz zu privaten Veranstaltern, und offensichtlich kennen Sie auch die personelle Zusammensetzung von Verwaltungsräten, die es noch gar nicht gibt. Ich bitte Sie zu beachten, dass der Antrag der SVP eine Kürzung bei Bern Tourismus bedeutet. Aber der Stadtrat hat mit Bern Tourismus einen Leistungsvertrag bis und mit 2018 abgeschlossen, also könnten wir den Antrag hier gar nicht umsetzen. In der Begründung des Antrags wird davon geredet, Bern Tourismus werde in eine Veranstaltungsgesellschaft umgewandelt. – Das ist völliger Mumpitz, das höre ich heute zum ersten Mal. Tatsache ist, dass sämtliche Player im Tourismus – Bern Tourismus, Bern City, Bern Hotel, Gastrobern – gemeinsam Bern Welcome gegründet haben, das nachhaltige und wertschöpfungsintensive Events nach Bern holen soll, das dafür sorgen soll, dass die Hotelbetten in Bern voll sind und dass in der Gastronomie in Bern mehr konsumiert wird. Auch der Kanton unterstützt dieses Projekt, das in den vergangenen drei, vier Jahren gewachsen ist. Ich bitte Sie inständig, diesen verwirralichen Antrag abzulehnen.

Roland Jakob (SVP): Die Antworten, die mir schriftlich vorliegen, kommen aus der Direktion Nause. Wenn Reto Nause hier sagt, davon habe er keine Ahnung, andernorts aber, er wisse es doch, habe ich Mühe zu verstehen, womit er eigentlich argumentiert. Sie haben hier die Unwahrheit gesagt oder zumindest nicht alles sagen wollen. Es liegt an Ihnen, das richtig zu stellen, Ihre Antworten kann ich allen zeigen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 9a SVP ab (11 Ja, 44 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 013*

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderats, die Anträge 9b, 9c und 9d abzulehnen. Der Gemeinderat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Frage der Gewinnablieferung auseinandersetzt. Die Resultate dieser Arbeitsgruppe werden möglicherweise ins Budget 2018 einfliessen, es wäre unseriös, jetzt aus der Hüfte zu schiessen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9b SVP ab (17 Ja, 43 Nein). *Abst.Nr. 014*
2. Die Anträge 9c und 9d sind damit obsolet.

Die Sitzung wird um 16.25 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

Die Protokollführerin

Thomas Göttin

Annemarie Masswadeh

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.45 Uhr

Vorsitzend

Präsident Thomas Göttin

Anwesend

Katharina Altas
 Christa Ammann
 Peter Ammann
 Ursina Anderegg
 Cristina Anliker-Mansour
 Mess Barry
 Manfred Blaser
 Regula Bühlmann
 Michael Burkard
 Yasemin Cevik
 Milena Daphinoff
 Daniel Egloff
 Vivianne Esseiva
 Alexander Feuz
 Benno Frauchiger
 Barbara Freiburghaus
 Rudolf Friedli
 Lionel Gaudy
 Katharina Gallizzi
 Hans Ulrich Gränicher
 Claude Grosjean
 Franziska Grossenbacher

Lukas Gutzwiller
 Isabelle Heer
 Erich Hess
 Kurt Hirsbrunner
 Daniel Imthurn
 Roland Iseli
 Roland Jakob
 Bettina Jans-Troxler
 Dannie Jost
 Ingrid Kissling-Näf
 Philip Kohli
 Fuat Köçer
 Marieke Kruit
 Nora Krummen
 Martin Mäder
 Peter Marbet
 Melanie Mettler
 Patrizia Mordini
 Barbara Nyffeler
 Seraina Patzen
 Stéphanie Penher
 Marco Pfister

Halua Pinto de Magalhães
 Marco Robertini
 Kurt Rüegegger
 Leena Schmitter
 Edith Siegenthaler
 Lena Sorg
 Andrin Soppelsa
 David Stampfli
 Bettina Stüssi
 Michael Sutter
 Luzius Theiler
 Regula Tschanz
 Gisela Vollmer
 Johannes Wartenweiler
 Christophe Weder
 Janine Wicki
 Manuel C. Widmer
 Marcel Wüthrich
 Patrik Wyss
 Patrick Zillig
 Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Henri-Charles Beuchat
 Danielle Cesarov-Zaugg
 Rithy Chheng
 Michael Daphinoff
 Bernhard Eicher

Stefan Hofer
 Nadja Kehrl-Feldmann
 Martin Krebs
 Hans Kupferschmid
 Lukas Meier

Roger Mischler
 Sandra Ryser
 Matthias Stürmer
 Alexandra Thalhammer

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD

Alexandre Schmidt FPI

Franziska Teuscher BSS

Entschuldigt

Reto Nause SUE

Ursula Wyss TVS

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
 Priska Vogt, Protokoll

Nik Schnyder, Ratsweibel
 Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Monika Binz, Vizestadtschreiberin

2015.FPI.000068

12 Fortsetzung: Produktgruppenbudget (PGB) 2017 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Detailberatung

Gemeinde und Behörden

a.	S. 53 Stadtrat (010000)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 6'297.14 auf 1'906'936.56 Franken zulasten PG010000 Stadtrat
b.	S. 64 Gemeinderat (030000)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 63'746.75 auf 3'101'240.60 Franken zulasten P030010 Gemeinderat
c.	S. 64 Gemeinderat (030000)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 30'000.00 auf 3'134'987.35 Franken zulasten P030020 Beiträge
d.	S. 79 Informations- dienst (050000)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 101'014.67 auf 1'050'293.54 Franken zulasten PG050000 Informationsdienst

Sprecherin SBK *Katharina Altas* (SP): Am 22. August wurden die Mitglieder der Kommission Soziales, Bildung und Kultur über die Delegationsbesuche im Rahmen des Produktgruppenbudgets 2017 informiert. Ich werde nun auf Gemeinde und Behörden und die Präsidialdirektion eingehen und einige Themen aufgreifen. Zum Label „Reformationsstadt Europas“ soll anlässlich des 500-Jahr-Jubiläums ein europäisches Netzwerk von Städten gebildet werden, die für die Reformation von Bedeutung sind. Bern kann sich durch das Label einmal mehr als kulturhistorisch wichtige Stadt in Europa präsentieren. Die Projektorganisation liegt bei den evangelisch-reformierten Stadt- und Kantonskirchen. Für dieses Jubiläum hat der Gemeinderat 30 000 Franken eingestellt, um Beiträge und Besuche bewilligen zu können. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Sicherheitskonzepts im Erlacherhof wurden kritische Fragen zu den Sicherheitsvorkehrungen an der Predigergasse 12 diskutiert. Die Delegation hat darum gebeten, bei dieser Frage Augenmass walten zu lassen und nicht in eine Sicherheitsmanie zu verfallen. Ausserdem wurde über den Mangel an Übungsräumen für Kulturschaffende diskutiert. Durch die Aufhebung der Lokalitäten an der Eymattstrasse und der Bolligenstrasse ist der Bedarf noch gestiegen. Auch an Ateliers besteht akuter Bedarf. Die Abteilung Kulturelles ist in Kontakt mit der Koordinationsstelle Zwischennutzung, sucht aber auch auf eigene Faust. Auf Seite 113 des Produktgruppenbudgets empfiehlt die SBK dem Stadtrat, im Sinne einer Präzisierung den Begriff „Aufträge“ in „Anfragen“ zu ändern. Dieser Änderung wurde in der Kommission mit 8 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme zugestimmt. Dem Produktgruppenbudget von Gemeinde und Behörden sowie der Präsidialdirektion wurde mit 7 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Wir danken der Verwaltung für die Arbeit, die sie geleistet hat, und für die konstruktive Zusammenarbeit.

Präsidialdirektion

e.	S. 89 Stabsdienste und Gleichstellung (100300)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 28'744.71 auf 3'726'494.90 Franken zulasten PG100300 Gleichstellung
f.	S. 89 Stabsdienste und Gleichstellung (100300)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 98'006.17 auf 3'657'233.44 Franken zulasten PG100300 Gleichstellung
g.	S. 100 Abt. Kulturelles (110000)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 756'496.05 auf 34'417.131.13 Franken zulasten PG110000 Kulturförderung
1.	S. 100 (zurückge- zogen) Abt. Kulturelles (110000)	GFL/EVP, BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um 130'000.00 auf 35'043'627.18 Franken zulasten PG110000 Kulturförderung
1a.	S. 100 Abt. Kulturelles (110000)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 100'000.00 auf 35'073'627.18 Franken zulasten PG110000 Kulturförderung
2.	S. 100 (zurückge- zogen) Abt. Kulturelles (110000)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um 120'000.00 auf 35'053'627.18 Franken zulasten PG110000 Kulturförderung
2a.	S. 101 Abt. Kulturelles (110000)	SVP	Aus dem Globalkredit der PG110000 Kulturförderung ist ein Betrag von 30'000.00 Franken an Cinématte auszurichten. Diese Mittel sind innerhalb des Globalbudgets zu kompensieren (lineare Kürzung bei den übrigen Vertragspartnern gemäss Aufstellung S. 104)
2b.	S. 101 Abt. Kulturelles (110000)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 35'000.00 auf 35'138'627.18 Franken zulasten P110030 Abgeltung Leistungsverträge
2c.	S. 106 Denkmalpflege (120000)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 53'401.36 auf 847'615.52 Franken zulasten PG120000 Denkmalpflege
2d.	S. 111 AUSTA (130100)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 100'000.00 auf 1'814'757.52 Franken zulasten PG130100 Aussenbeziehungen und Statistik
2e.	S. 113 AUSTA (130100)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 283'849.96 auf 1'630'907.56 Franken zulasten P130130 Aussenbeziehungen
3.	S. 115 AUSTA (130100)	SBK	Änderung Bezeichnung Kennzahl 6) Anzahl Aufträge Anfragen extern
3a.	S. 122 Bauinspektorat (150000)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 98'044.92 auf 1'634'082.17 Franken zulasten PG150000 Bauinspektorat
4.	S. 124 Bauinspektorat (150000)	PVS	Änderung Steuerungsvorgabe 1) Fristeinhaltung Baugesuche Soll 2017: 80% [statt 90%]

4a.	S. 124 Bauinspektorat (150000)	FDP	Änderung Steuerungsvorgabe 1) Fristeinhaltung Baugesuche Soil 2017: 95% [statt 90%]
-----	--------------------------------------	-----	--

Sprecherin PVS *Franziska Grossenbacher* (GB): Ich bedanke mich auch im Namen der PVS bei der Verwaltung und beim Gemeinderat für die Beantwortung der zahlreichen Fragen, die wir im Rahmen des Delegationsbesuchs und der Beratung des Budgets gestellt haben und die uns beantwortet wurden. Die PVS hat bei der PRD das Stadtplanungsamt, das Bauinspektorat und HSB beraten. Aus der PVS liegt ein Antrag zum Bauinspektorat vor, nämlich Antrag 4. Es geht darum, die Steuerungsvorgabe zur Fristeinhaltung von Baugesuchen von 90 auf 80 Prozent zu senken. Diese Steuerungsvorgabe gab in den letzten Jahren in der PVS immer wieder zu reden, weil sie nie eingehalten werden konnte. Die Frist beträgt bei Baugesuchen 180 Tage, und gemäss dieser Steuerungsvorgabe soll sie in 90 Prozent der Fälle eingehalten werden. Weil sie jedoch nie eingehalten werden konnte, regte die Finanzverwaltung an, die Steuerungsvorgabe anzupassen. Es sind äussere Faktoren, die dafür sorgen, dass diese Steuerungsvorgabe nicht eingehalten werden kann. In den meisten Fällen sind es die unvollständigen Gesuchsunterlagen seitens der Gesuchstellenden, sodass das Bauinspektorat Dokumente und Unterlagen nachfordern muss. Die Gründe, weshalb diese Steuerungsvorgabe nicht eingehalten werden kann, liegen also nicht beim Bauinspektorat, sondern sind externen Natur. Es gab den Vorschlag, die Steuerungsvorgabe dahingehend zu ändern, dass nur noch die Dauer der Arbeit im Bauinspektorat gemessen wird. Die PVS ist jedoch der Ansicht, dass dies nicht kundenfreundlich wäre, weil die Kunden daran interessiert sind, wie lange der Prozess dauert. Die PVS schlägt deshalb vor, den Prozentsatz auf 80 Prozent zu senken. Mit 7 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen empfiehlt die PVS dem Stadtrat, diesem Antrag zuzustimmen. Beim Stadtplanungsamt und bei HSB gab es keine PVS-Anträge. Deshalb sage ich auch nichts dazu. Die PVS beantragt mit 7 Ja, 2 Nein und 2 Enthaltungen Zustimmung zum Budget von HSB, Bauinspektorat und Stadtplanungsamt.

Hans Ulrich Gränicher (SVP): Mit all unseren vielen Anträge empfehlen wir dem Stadtrat, den Betrag von 2016 unverändert in das Budget 2017 zu übernehmen und demnach keine Erhöhungen bei einzelnen Positionen vorzunehmen. Die Gründe dafür sind folgende: Auf Seite 5 der Botschaft unter „Das Wichtigste auf einen Blick“ steht „37 Mio. Franken Mehreinnahmen bei den Steuern“. Aus unserer Sicht ist dieser Betrag viel zu optimistisch; in der Praxis wird das nicht eintreten. Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden kaum mit Lohnerhöhungen rechnen können, die sich positiv auf die Steuereinnahmen der Stadt Bern auswirken. Ein weiterer Grund ist, dass wir für das Jahr 2017 kaum eine Teuerung erwarten. Aktuell kann man davon ausgehen, dass die Teuerung auf dem Stand null verharrt. Auch das ist ein Argument, um die Ausgabenpositionen unverändert in das Jahr 2017 zu überführen. Auf Seite 5 wird noch erwähnt, dass 2017 mit gesteigerten Zinskosten gerechnet werden müsse. Hier glaubt niemand, dass wir 2017 plötzlich mit hohen Zinskosten rechnen müssen. Das Gegenteil ist der Fall. Im Moment haben wir Negativzinsen. Das Zinsniveau ist sehr tief. Deshalb beantragen wir, bei den Positionen Seite 53, Stadtrat, und Seite 64, Gemeinderat, und Seite 79, Informatikdienste, unverändert die Beträge aus dem Budget 2016 zu übernehmen. Zum Stadtrat noch folgende Bemerkung: Durch vermehrtes digitales Versenden von Unterlagen und dadurch, dass weniger auf Papier ausgedruckt wird, lassen sich die 6297.14 Franken bei einem Budget von mehr als 9,1 Mio. Franken schmerzlos verkraften. Ich bitte aus diesen Gründen, unseren vier Anträgen zu Gemeinde und Behörden zuzustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag a SVP ab (4 Ja, 49 Nein). *Abst.Nr. 015*

2. Der Stadtrat lehnt den Antrag b SVP ab (4 Ja, 48 Nein). *Abst.Nr. 016*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag c SVP ab (8 Ja, 42 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 017*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag d SVP ab (4 Ja, 51 Nein). *Abst.Nr. 018*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag e SVP ab (7 Ja, 52 Nein). *Abst.Nr. 019*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag f SVP ab (7 Ja, 51 Nein). *Abst.Nr. 020*

Alexander Feuz (SVP): Ich spreche zu Antrag 1a. Es gibt mehr Gesuche, also braucht es mehr Personal. Nun müssen wir die Sache jedoch relativieren: Man kann diese Aufgabe mit einer besseren Triage erfüllen. Uns scheint es unverhältnismässig, noch mehr Personal einzustellen, nur weil mehr Gesuche eingereicht werden. Denken Sie daran: Es kann sonst auch sein, dass man sich selbst beschäftigt, indem man mehr Stellen schafft, weil mehr Gesuche kommen. Hier gilt es Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden, und mit einer besseren Triage lässt sich das erreichen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Lena Schmitter (GB): Die Fraktion GB/JA! stellt in Zusammenhang mit Antrag 2a der SVP einen **neuen Antrag**. Die SVP beantragt 30 000 Franken für Cinématte, jedoch mit interner Kompensation. Die Fraktion GB/JA! beantragt eine Erhöhung der Nettokosten um 30 000 Franken zugunsten von Cinématte, aber ohne interne Kompensation.

Katharina Altas (SP): Ich nehme an, dass sowohl die Fraktion GFL/EVP als auch die Fraktion BDP/CVP ihre Anträge zurückgezogen haben. In dem Fall äussere ich mich zu Antrag 1a der SVP, zur Stellenschaffung. Die Abteilung Kulturelles leistet bereits heute einiges. Ein 35-Mio.-Franken-Budget gilt es zu überwachen. Jährlich werden knapp 1000 Beitragsgesuche behandelt, 15 bis 20 Evaluationsgespräche finden statt. Zudem wirkt sie in den leitenden Gremien von 7 Institutionen mit. Die Geschäftsführung und das Präsidium der neuen Kommission Hauptstadtkultur werden durch sie gestellt. 20 Ateliers werden vermietet und gemanagt. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend. Das Ganze wird mit 270 Prozent wissenschaftlichen und 180 Prozent administrativen Mitarbeitenden gewährleistet. Nicht erst durch die gesamtstädtische Kulturstrategie werden auch noch neue Aufgabenfelder auf die Abteilung Kulturelles zukommen. Durch die Schaffung der neuen Stelle im Bereich Musikförderung werden bei der Leitung Kapazitäten frei, um die neuen Aufgaben der Kulturstrategie zu bewältigen. Die Fraktion SP wird den Kürzungsantrag geschlossen ablehnen. Ich bitte darum, den Antrag abzulehnen.

Alexander Feuz (SVP): Ich komme noch einmal auf Antrag 2a zurück, da nun ein Gegenantrag vorliegt. Worum geht es? Vorab Folgendes: Cinématte erfüllt die Kriterien, ähnlich wie beim Vorstoss Mattetheater von Ueli Jaisli, mir und anderen, den wir damals eingereicht hatten. Es ist wie ein Tisch mit einem Suppentopf: Ein weiteres Kind stösst dazu, und der Topf ist dermassen gross, dass er reichen muss. Es ist ein Beitrag von 30 000 Franken. Ich bin der Meinung, dass es gerechtfertigt ist, wie wir den Antrag gestellt haben. Wenn eine neue Organisation dazukommt, die bisher nicht in diesem Topf war – und wir wollen neuen Organisationen eine Chance geben –, kann man den Suppentopf nicht einfach immer grösser machen. Hier muss man eine Lösung finden, indem alle aus Solidarität ein Stück weit teilen. Um eine Verzögerung zu vermeiden, spreche ich gleich noch zur Kürzung bei der Gebietsentwicklung Anträge 6 und 6a, die wir beim Stadtplanungsamt vornehmen wollen. Wir haben in dieser Hinsicht bereits mehrmals interveniert. Es kann nicht sein, dass man immer aufstockt und neues Personal anstellt. Wir haben x neue Planungsgebiete, die entwickelt werden. Es gibt aber auch viele Planungen, die abgeschlossen sind. Deshalb ist die Kürzung der Nettokosten, die wir beantragen, gerechtfertigt.

Manuel C. Widmer (GFL): Auch wir waren versucht bei der Abteilung Kulturelles, eine Kürzung zu verlangen. Man kann aber auch gescheitert werden, und zwar, weil in der Verteilung der Kulturbeiträge tatsächlich Leute fehlen, welche diese Triage, die von der SVP gefordert wird, machen können. Die Menge der Gesuche wurde dermassen gross, dass die geforderte Triage nicht mehr geleistet werden kann. Die Versuchung zu kürzen war deshalb gross, weil die Fraktion GFL/EVP seit Jahren fordert, dass mindestens 15 Prozent der Kulturförderung in die freie Szene fliessen. Wir stossen uns nach wie vor daran, dass bei diesen 15 Prozent immer auch die Lohnkosten eingerechnet werden. Wir hoffen, in Zukunft so weit zu kommen, dass 15 Prozent des Geldes für die Kulturförderung in die freie Szene fliesst, ohne dass die Lohnkosten miteingerechnet werden.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich möchte nicht mehr viel sagen. Von der GFL und der SP wurde ausreichend begründet, weshalb man den Antrag auf Kürzung der Stelle bei der Kultur nicht annehmen darf. Dazu kommt, dass wir bei der Abteilung Kulturelles nun auch ein Ablöseproblem haben: Es gibt Mitarbeitende, die nächstes Jahr in Pension gehen. Von daher wird es auch zu einem Know-how-Verlust kommen. Ausserdem will man mit der neuen Kulturstrategie vermehrt aktiv auf die Kulturschaffenden zugehen und sie bei der Gesuchstellung beraten. Dies alles sind Forderungen aus dem Forum, und dafür braucht es entsprechende Ressourcen. Der Antrag der SVP auf eine Kürzung von 756 000 Franken ist ein Witz. Das ist nichts anderes als HRM2: Die Abschreibungen sind vorgeschrieben; es sind Abschreibungen auf Investitionen. Daran können wir nichts ändern. Zu Cinématte möchte ich Folgendes sagen: Cinématte ist ein klassisches Reprisenkino und kein Kino, das neu produziert. Es ist bei uns durchaus auf der Subventionsliste, allerdings projektbezogen. Wir halfen beispielsweise mit 10 000 Franken bei der Finanzierung der Digitalisierung; wir werden auch weitere Projekte unterstützen. Wenn der Rat diesem Kino Geld geben will, ist das seine Sache. Ich habe damit kein Problem – ausser dass man meines Erachtens konsequent sein sollte. Aber wenn man das will, darf man das Geld nicht den andern wegnehmen. Das wäre inkonsequent. Wir halten es mit allen solchen Institutionen so. Auch das Kellerkino ist ein Reprisenkino, das man beispielsweise bei Investitionen wie der Digitalisierung unterstützt hat. Daher bitte ich den Rat, die Anträge abzulehnen. Zur Reitschule muss ich wohl nicht viel sagen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag g SVP ab (7 Ja, 53 Nein). *Abst.Nr. 021*
2. *Der Antrag 1 wurde zurückgezogen.*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1a SVP ab (11 Ja, 49 Nein). *Abst.Nr. 022*
4. *Der Antrag 2 wurde zurückgezogen.*
5. Der Antrag 2a SVP unterliegt dem Antrag 2a GB/JA! in der Gegenüberstellung (14 Ja, 39 Nein, 8 Enthaltungen). *Abst.Nr. 023*
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2a GB/JA! zu (34 Ja, 23 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 024*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2b SVP ab (11 Ja, 49 Nein). *Abst.Nr. 025*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2c SVP ab (7 Ja, 53 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 026*
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2d SVP ab (7 Ja, 55 Nein). *Abst.Nr. 027*
10. Der Stadtrat lehnt Antrag 2e SVP ab (7 Ja, 55 Nein). *Abst.Nr. 028*
11. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 3 SBK zu (61 Ja, 1 Nein). *Abst.Nr. 029*
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3a SVP ab (7 Ja, 55 Nein). *Abst.Nr. 030*
13. Der Antrag 4 PVS obsiegt dem Antrag 4a FDP in der Gegenüberstellung (38 Ja, 23 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 031*
14. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 4 PVS zu (41 Ja, 17 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 032*

- | | | | |
|-----|--|-----------------|---|
| 5. | S. 129
Stadtplanungsamt
(170500) | BDP/CVP,
SVP | Kürzung der Nettokosten um 591'514.13 auf 5'004'178.74 Franken zulasten P170560 Gebietsentwicklung |
| 6. | S. 129
Stadtplanungsamt
(170500) | BDP/CVP | Kürzung der Nettokosten um 465'368.00 auf 5'130'324.74 Franken zulasten P170560 Gebietsentwicklung |
| 6a. | S. 129
Stadtplanungsamt
(170500) | SVP | Kürzung der Nettokosten um 130'000.00 auf 5'465'324.74 Franken zulasten P170560 Gebietsentwicklung |
| 7. | S. 131
Stadtplanungsamt
(170500) | BDP/CVP | Neuformulierung übergeordnete Ziele:
Erreichen einer guten Nutzbarkeit und eines hohen gestalterischen sowie ökologischen Werts. Aufbau eines vernetzten Grünsystems in der Stadt mit regionalen Grünräumen (P540). |

Marieke Kruit (SP): Der Antrag 7 BDP/CVP kommt unscheinbar daher, wenn wir dieser Streichung jedoch zustimmen, verabschieden wir uns auch von einem Ziel aus dem Biodiversitätskonzept der Stadt Bern. Ziel bis 2022 ist bekanntlich, dass 17 Prozent der städtischen Siedlungsfläche aus hochwertigen naturnahen und ökologisch sinnvoll vernetzten Flächen bestehen sollen. Heute beträgt dieser Anteil 14 Prozent und ist tendenziell abnehmend. Wenn wir Biodiversität in der Stadt Bern wollen, braucht es ein vernetztes Grünsystem. Deshalb lehnt die Fraktion SP diesen Antrag ab.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 BDP/CVP, SVP ab (17 Ja, 45 Nein). *Abst.Nr. 033*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6 BDP/CVP ab (17 Ja, 45 Nein). *Abst.Nr. 034*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6a SVP ab (16 Ja, 46 Nein). *Abst.Nr. 035*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 BDP/CVP ab (16 Ja, 46 Nein). *Abst.Nr. 036*

Direktion für Bildung, Soziales und Sport

Sprecherin SBK *Katharina Altas (SP):* Auch in der BSS fanden Delegationsbesuche statt. Am 22. August wurden wir über den Inhalt der Gespräche informiert. Im Zusammenhang mit der Sozialhilfequote wurde gefragt, ob die Zahl der Asylsuchenden einen Einfluss darauf habe. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Zahl der durch Sozialhilfe unterstützten Personen in den nächsten Jahren zunehmen wird. Hier müsse grosser Wert auf die berufliche Integration von Personen aus dem Asylbereich gelegt werden. Die diesbezüglichen Programme, die von Bund und Kanton finanziert werden, decken nicht alle Bereiche ab. Deswegen soll in Bern die berufliche Integration mit eigenen Massnahmen und dem Ausbau bisheriger Massnahmen intensiviert werden, beispielsweise bei der Anerkennung von ausländischen Diplomen, der Begleitung von gut ausgebildeten Asylsuchenden oder bei Angeboten zu nachschulischen Qualifizierungen wie Berufslehren. Diese Massnahmen werden von der Stadt Bern finanziert. Es sind jedoch seitens des Kompetenzzentrums Integration (KI) und des Kompetenzzentrums Arbeit (KA) Abklärungen am Laufen, um die Möglichkeit einer Zusatzfinanzierung durch Kanton, Bund oder Dienstleistungsnutzer zu prüfen. Die Angebote des Mütterzentrums und des Familientreffs werden rege genutzt. Beide Angebote stossen räumlich und personell an ihre Grenzen. Die Öffnungszeiten werden derzeit überprüft; allfällige finanzielle Anpassungen für den Leistungsvertrag mit dem Mütterzentrum werden in den IAFP 2018–2021 aufgenommen. Bei den Betreuungsgutscheinen wurde die Gesamtsumme der Kosten um 1,5 Mio. Franken

reduziert. Als Grund für die Korrektur wurde angegeben, dass dank Erfahrungswerten aus dem Jahr 2015 neu prognostiziert werden konnte und dass immer mehr Familien mit mittlerem und gutem Einkommen von den Gutscheinen profitieren konnten. Das Jugendamt rechnet damit, dass die Kitas ab 2018 kostendeckend geführt werden und dass die Aufwandüberschüsse durch Einlagen in die Spezialfinanzierung ausgeglichen werden können. Seit Sommer 2016 können auch Kinder mit einer Behinderung vom Betreuungsangebot profitieren. Es handelt sich vorerst um ein zweijähriges Pilotprojekt, das während dieser Phase vom Fonds für Betagte, Kranke und Behinderte finanziert wird. Aktuell haben 34 Kitas ihre Teilnahme zugesichert. Der Kanton Bern hat das Gesuch um zusätzliche Kita-Plätze abgelehnt, da er weiterhin das Verhältnis von Einwohnern zu Betreuungsplätzen berücksichtigt. 2015 konnte die Stadt Bern einmalig 20 Plätze aus dem Kontingent der Stadt Biel übernehmen, da diese mit der Schaffung der Kita-Plätze in Verzug war. Schulraum- und Turnhallenplanung wird weiterhin ein Thema bleiben. Ob eine Erhöhung der Klassengrösse den Schulraumbedarf senkt, ist aber fraglich. Die Klassengrösse ist eine Vorgabe des Kantons, die Klassenorganisation Aufgabe des Schulleiters bzw. der Schulleiterin. Die Mindererlöse bei der Turnhallenvermietung resultieren daraus, dass die Volksschule stets Priorität bei der Turnhallenbelegung hat. Mit den steigenden SchülerInnen- und Klassenzahlen steigen auch die Belegungszeiten der Turnhallen durch die Schulen. Entsprechend können weniger Vermietungen gemacht werden. Das Schulamt wurde von der SBK-Delegation gebeten, eine Übersicht der aktualisierten Steuerungsvorgaben und Kennzahlen zusammenzustellen. Die alten waren wegen veränderter Rahmenbedingungen nicht aussagekräftig. Diese Änderungen – Anträge 14 bis 20, 22 bis 28, Antrag 30 sowie die Anträge 43 bis 65 – wurden von der SBK einstimmig zuhanden des Stadtrats genehmigt. Ausserdem werden seitens der Kommission zwei neue Kennzahlen für das Jugendparlament zur Annahme empfohlen. Die Anzahl der Vollversammlungen und die Anzahl Jugendlicher im Jugendparlament sollen per Stichtag 31. Dezember erfasst werden. Beim Schulzahnmedizinischen Dienst (SZMD) wurden Fragen zu Personalkosten und Kostendeckung beantwortet. Die Personalkosten wurden aus heutiger Sicht für 2016 zu tief budgetiert. Dies wurde im Budget 2017 korrigiert. Die zahnmedizinischen Leistungen waren und sind nie kostendeckend. Kostendeckend sind allein die Behandlung von Erwachsenen und beispielsweise die Kieferorthopädie bei Kindern und Jugendlichen. Bei der Stellenbesetzung der Kieferorthopädie gab es einige Verzögerungen. Deswegen wird es in diesem Bereich zu Erlösausfällen kommen. Bei den Absenzen konnte durch gute Begleitung eine Verbesserung der Situation erreicht werden. Zum Alters- und Pflegeheim Kühlewil hat das Alters- und Versicherungsamt weitere Massnahmen und Verbesserungen der Situation erarbeitet. Eine möglichst laufende Anpassung des Stellenbestandes an den kantonalen Richtstellenplan und eine Verbesserung des Absenzenmanagements sollen erreicht werden. Das Haupthaus wird momentan auf Einbettstandard umgebaut. Allerdings teilen sich zwei Zimmer eine Toilette. Die infrastrukturellen Erwartungen an Pflegeplätze haben sich massiv verändert. Auch gebe es trägerschaftsbedingte Mehrkosten. Den Änderungen bzw. Anpassungen von Kennzahlen und Steuerungsvorgaben in der Dienststelle Schul- und Sportamt wurde mit 8 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen zugestimmt. Auch der Kürzung der Nettokosten von 30 000 Franken im Zusammenhang mit der Weissenstein-Sporthalle wurde einstimmig mit 8 Ja-Stimmen zugestimmt, da es sich dabei um eine Formalität handelt. Den beiden neuen Kennzahlen im Zusammenhang mit dem Jugendparlament wurde in der SBK mit 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen ohne Enthaltungen zugestimmt. Das Produktgruppenbudget der BSS wurde von der SBK mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen. Auch hier danken wir allen Mitarbeitern der Verwaltung in der BSS für die geleistete Arbeit und für die konstruktive Zusammenarbeit.

Roland Jakob (SVP): Ich kann mich kurz fassen. Es geht um die Anträge 33 und 34 der SBK. Da haben wir ein Minderheitsvotum betreffend die neuen Kennzahlen. Ich bitte den Rat, diese nicht aufzunehmen, und zwar aus folgendem Grund: Sie sind nicht aussagekräftig, und vor allem sind sie nicht budgetrelevant. Sie zeigen eigentlich nur, ob das Jugendparlament Sitzungen durchführt und wenn ja, ob es irgendetwas macht. Grundsätzlich wäre es wichtig, dass man Dinge herausnimmt, die nicht mehr budgetrelevant sind und nicht irgendwie zum Budget gehören. Denn das würde uns zeigen, dass wir ein Budget auch schlank halten können. Das hat das Schul- und Sportamt in Zusammenarbeit mit der Delegation gemacht. Und siehe da: Wir konnten doch sehr vieles streichen, das wirklich nicht mehr nötig ist, und das, was noch nötig ist, präzisieren. In dem Sinn bitte ich den Rat, die Anträge zum Jugendparlament herauszunehmen, sodass wir diesen Teil des Budgets schlank und rank halten könnten.

9e.	S. 234 Koordinationsstelle Sucht (300200)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 100'000.00 auf 240'325.60 Franken zulasten PG300200 Koordinationsstelle Sucht
-----	--	-----	--

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 9e SVP ab (5 Ja, 51 Nein). *Abst.Nr. 037*

10.	S. 241 Kompetenzzentrum Integration (300400)	GFL/EVP	Auf die Aufstockung von 2 Stellen im Bereich Kompetenzzentrum Integration (240'000 Franken zugunsten PG300400) sowie 1.8 Stellen im Bereich Massnahmen zur beruflichen und sozialen Integration (216'000 Franken zugunsten PG310600) für die berufliche Integration von Personen aus dem Asylbereich soll verzichtet werden. Stattdessen sind die Gelder von total 456'000.00 Franken für Leistungsverträge mit externen Leistungserbringern im Bereich Sprachangebote, Arbeitsintegrationsangebote und Beratungsangebote zu verwenden.
11.	S. 247 Sozialamt (310600)		
11a.	S. 241 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 240'000.00 auf 604'131.00 Franken zulasten P340430 Leistungen für Asylsuchende der Stadt Bern
11b.	S. 241 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 100'000.00 auf 744'131.00 Franken zulasten P340430 Leistungen für Asylsuchende der Stadt Bern
12.	S. 268 Sozialamt (310600)	GFL/EVP	Antrag in Verbindung mit Antrag Nr.67: Erhöhung der Nettokosten um 173'000.00 auf 2'260'116.52 Franken zugunsten PG310600 Massnahmen zur beruflichen und sozialen Integration
13.	S. 268 Sozialamt (310600)	Freie Fraktion AL/GPB-DA/ PdA+,GB/JA!	Erhöhung der Nettokosten um 25'000.00 auf 2'112'116.52 Franken zugunsten PG310600 Massnahmen zur beruflichen und sozialen Integration

13a.	S. 268 Sozialamt (310600)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 216'000.00 auf 1'871'116.52 Franken zulasten P310690 Strategie Arbeitsintegration Stadt Bern
------	---------------------------------	-----	---

Lukas Gutzwiller (GFL): Ich begründe unsere Anträge, 10 und 11. Diese Anträge betreffen das Geschäft Optimierung der beruflichen Integration von Personen im Asylbereich, das vom Stadtrat noch nicht behandelt wurde. Nach einer ersten Verschiebung ist dieses Geschäft für nächste Woche traktandiert. Der Auftrag der überwiesenen Motion lautet, ein lokales Konzept zu möglichen Beschäftigungsformen in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteuren zu erstellen, um einen mutigen, aber folgerichtigen Schritt für die Integration von Flüchtlingen zu machen. Genau das wollen wir auch mit unserem Antrag. Der Bedarf, etwas für die Flüchtlinge zu tun, ist erkannt und unbestritten. Was wir bei diesem Geschäft jedoch kritisieren, ist das Vorgehen des Gemeinderats. Aus unserer Sicht ist der Vortrag des Gemeinderats ein genügend gutes Konzept, um nun direkt zur Umsetzung von Massnahmen überzugehen. Es braucht keine weitere Ideensuche über drei Jahre. Der Vortrag des Gemeinderats zu diesem Geschäft ist eine sehr gute Auslegeordnung der Möglichkeiten, wie die Flüchtlinge in der Stadt besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind sinnvoll. Wir verstehen jedoch überhaupt nicht, weshalb der Gemeinderat interne Stellen für Sprachangebote schaffen will, obwohl es genügend gute externe Anbieter gibt, die bereits Leistungsverträge mit der Stadt haben. Die Stärkung der Grundkompetenzen von Asylpersonen ist aus unserer Sicht keine hoheitliche Aufgabe, die unbedingt von der Stadt übernommen werden muss. Die Aufgabe der Stadträtinnen und Stadträte ist es, zu anstehenden Problemen gescheite und praktikable Lösungen zu erarbeiten. Die aktuelle Flüchtlingskrise ist mehr als nur ein Problem: Es ist eben eine Krise. Die Asylpersonen sollen darum rasch und unbürokratisch unterstützt werden. Die Angebote sind vorhanden, man muss sie nur noch nutzen. Seien wir mutig und verstecken wir uns nicht hinter Formalismen. Noch einige Worte zum Koordinationsaufwand: Ja, in diesem Bereich gibt es Koordinationsaufwand. Aber dafür gibt es bereits Stellen beim Kompetenzzentrum Integration und auch beim Kompetenzzentrum Arbeit. Diese Koordinationsaufgaben betrachten wir in einer effizienten Verwaltung als Selbstverständlichkeit. Möglicherweise haben wir eine andere Auffassung von Verwaltungsführung als der Gemeinderat. Fazit: Wir stehen vollumfänglich hinter den vom Gemeinderat geplanten Massnahmen, finden jedoch, dass die Umsetzung über externe Leistungserbringer erfolgen soll. Im Zusammenhang mit dem Geschäft stehen wir auch den Antrag, auf die Aufstockung um 1,5 Stellen bei Stadtgrün zu verzichten und stattdessen qualifizierende Arbeitsplätze bereitzustellen. Die Gegner dieses Antrags sagen, man könne einen Projektleiter nicht einfach durch einen Praktikumsplatz ersetzen. Darum geht es aber gar nicht. Bei Stadtgrün gibt es bereits genügend qualifizierte Leute, die nachrücken und eine Projektleitung übernehmen könnten. Personalentwicklung ist etwas Dynamisches und nichts Statisches. Durch das Nachrücken eines Projektleiters gibt es neue Aufgaben, die in qualifizierender Art und Weise von Asylpersonen übernommen werden könnten. Für uns geht es auch darum, dem Gemeinderat anhand eines Beispiels aufzuzeigen, wo intern noch Potenzial für Synergien vorhanden ist. Der Gemeinderat soll konsequent nach Synergien suchen, um zusätzliche qualifizierende Praktikumsstellen zu schaffen. Das Gärtchenpflegen jeder Direktion lehnen wir ab. Ob es ausgerechnet bei Stadtgrün ist, spielt für uns keine Rolle. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. In dem Sinn bitten wir den Rat, die Anträge anzunehmen.

Seraina Patzen (JA!): Ich werde für die Fraktion GB/JA! zu den Anträgen 10, 11 und 12 der Fraktion GFL/EVP Stellung nehmen. Für uns ist klar, dass wir diese Anträge ablehnen. Bei den Anträgen 10 und 11 geht es um ein Geschäft, das bereits mehrmals verschoben wurde und das wir nächste Woche behandeln werden. Aus unserer Sicht machen die geplanten neu-

en Massnahmen im Bereich der beruflichen Integration von Asylsuchenden Sinn. Es ist zentral, dass Bildung und berufliche Qualifizierung geflüchteten Menschen nach der Ankunft rasch zur Verfügung stehen. Dass die Stadt Bern mit einer eigenen, ergänzenden Strategie eingreifen will, ist mehr als nur sinnvoll: Es ist bitter nötig. Es macht auch Sinn, im KA sowie im KI neue Stellen zu schaffen und auf diese Weise Lücken im Angebot zu identifizieren und Wissen über erfolgreiche Angebote zu konzentrieren. Zum Antrag 12 der Fraktion GFL/EVP, mit dem sie Stellen bei Stadtgrün in Praktikumsstellen umwandeln will: Auch diesen Antrag lehnen wir klar ab. Stellen, für die qualifiziertes Personal benötigt wird, sollen einfach durch weniger gut bezahlte Praktikumsplätze ersetzt werden – also gleiche Anforderungen, aber weniger Lohn. Ich verstehe nicht, wie man diesen Antrag anders verstehen kann. Damit sind wir überhaupt nicht einverstanden. Zudem darf es bei der Integration in den Arbeitsmarkt nicht einfach darum gehen, Menschen beschäftigen zu wollen. Es braucht zwingend Bildung und Ausbildung sowie berufliche Qualifizierung. Mir ist nicht klar, wie sich die Fraktion GFL/EVP diese Plätze vorstellt. Aus unserer Perspektive ist jedoch klar, dass wir ein anderes Bild von Massnahmen zur beruflichen Integration haben. Wir lehnen den Antrag ab.

Erich Hess (SVP): Ich äussere mich gleich zu sämtlichen Anträgen, die hier zur Diskussion stehen. Zuerst müssen wir doch den Grundsatz betrachten, wer für die Finanzierung zuständig ist. Grundsätzlich ist für Asylbewerber der Bund zuständig. Das haben jedoch der Kanton Bern und die Stadt Bern nicht begriffen. Auf kantonaler Ebene gab es Anfang dieser Woche genau dasselbe Theater, indem der Grosse Rat 105 Mio. Franken für Asylanten beschloss, obwohl der Bund für die Finanzierung der Asylanten zuständig ist. Hier ist es genau dasselbe: Die Stadt will wie auch der Kanton zusätzlich die Asylanten alle vergolden. Die Asylanten leben besser als mancher AHV-Rentner in der Stadt Bern. Wenn wir die Durchschnittskosten pro Asylanten ausrechnen, kommen wir auf weit über 5000 Franken. Mancher Familienvater wäre froh, wenn er 5000 Franken zur Verfügung hätte. Deshalb ist es falsch, wenn wir noch weitere Massnahmen beschliessen, die den hart arbeitenden Steuerzahler rupfen. Es kann doch nicht sein, dass wir Schweizer arbeiten und Steuern zahlen müssen und dass diejenigen Schweizer, die arbeiten gehen, unter dem Strich weniger im Portemonnaie haben als irgendjemand, der aus wirtschaftlichen Gründen als illegaler Einwanderer in die Schweiz kommt und entweder als Asylant anerkannt wird oder, wie es heutzutage oft gemacht wird, als vorläufig Aufgenommener. Das kommt leider fast auf dasselbe heraus, weil der Bund unter der Leitung von Frau Sommaruga natürlich den Mumm nicht hat, die illegalen Wirtschaftseinwanderer in ihre Heimat zurückzuschaffen, wenn dort beispielsweise der Konflikt vorbei ist und es wieder zumutbar ist, sie zurückzuschicken. Die Leute, die hierher kommen, wissen haargenau, dass sie gemäss dem Grund, weshalb sie geflüchtet sind, anschliessend wieder in ihr Land zurückkehren müssten, unabhängig davon, ob sie fünf, zehn oder fünfzehn Jahre hier waren. Diese Leute muss man wieder zurückschicken. Man hat ihnen während dieser Zeit Bildung gegeben. Sie sollen mit ihrer Bildung und mit dem Arbeitselan, den sie hoffentlich in der Schweiz ebenfalls gelernt haben, wieder nach Afrika oder wo immer sie hergekommen sind, zurückkehren und dort die Fähigkeiten, die sie in der Schweiz erworben haben, an ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger weitergeben.

Der Präsident unterbricht das Votum und bittet Stadtrat Hess, sich zu den Detailanträgen 10 bis 13a zu äussern.

Erich Hess setzt sein Votum fort: Deshalb dürfen wir dem Kompetenzzentrum Integration nicht dermassen viel mehr Geld geben. Wir geben heute schon zu viel. Richtig wäre eigentlich, den Budgetposten auf null hinunterzusetzen. Wir zeigen uns natürlich verhandlungsbereit, und deshalb haben wir lediglich 240 000 Franken gestrichen. Wir sind ganz klar der Meinung,

dass man mit den 604 131 Franken genau gleich viel machen kann. Ich hoffe doch, dass der Rat auf diesen Kompromiss eingeht. Denn die Asylsuchenden werden ja vom Bund finanziert. Es ist nicht unsere Aufgabe, ihnen noch mehr Geld in den Hintern zu schieben, wenn wir doch wissen, dass sie unter dem Strich mehr haben als die Schweizerinnen und Schweizer, die jeden Tag hart arbeiten, oder als Rentner, die ihr Leben lang gearbeitet haben, AHV beziehen und viel schlechter fahren als die Asylanter. Deshalb bestreiten wir natürlich jede Erhöhung, wie sie beispielsweise Antrag 12 von GFL/EVP verlangt. Wir werden jede Erhöhung ablehnen, auch beim Sozialamt. Wir sind der Meinung, dass in der ganzen Verwaltung wie auch beim Sozialamt effizienter gearbeitet werden kann. Wir haben dort sowieso wie in allen andern Verwaltungsstellen in der Stadt Bern zu viele Leute, die arbeiten. In Zukunft müssen wir über natürliche Fluktuationen das Personal abbauen: Es zeigt sich auch in grösseren privaten Konzernen, dass man in so grossen Betrieben Personal abbauen kann, ohne dass die Leistung zurückgeht. So ist es auch in der Stadt Bern. Ich bitte den Rat daher im Interesse des Steuerzahlers zu handeln und nicht im Interesse irgendwelcher Sozialmafiastrukturen, um die es sich hier schon fast handelt. Es ist wahnsinnig, welche Sozialindustrie wir heutzutage in der Schweiz kennen. Natürlich verdienen sich viele eine goldene Nase daran und sagen, sie hätten eben ein offenes Herz. Ich bitte den Rat, allen Kürzungsanträgen zuzustimmen und alle Erhöhungsanträge abzulehnen, dies im Interesse der Steuerzahler. Sie werden es Ihnen ganz sicher verdanken.

Cristina Anliker-Mansour (GB): Ich spreche für die Fraktion GB/JA! zum Antrag 13. Das Internetcafé ist eine Win-win-Situation für uns. Wenn wir dieses Angebot unterstützen, senken wir gleichzeitig die Folgekosten, welche eine langjährige Arbeitslosigkeit verursacht. Das Angebot ist niederschwellig, unkompliziert organisiert und kostenlos. Der städtische Beitrag ist nicht für die Lohnkosten vorgesehen. Das Internetcafé braucht dieses Geld für die technischen Einrichtungen und die Kosten für den Unterhalt, der dringend nötig ist, wenn wir den Erhalt des Betriebs garantieren wollen. Ich selbst arbeite in einem Projekt mit Stellenlosen, die entweder über keine oder nur über sehr geringe Computerkenntnisse verfügen und Unterstützung bei Bewerbungsschreiben, Bedienung des Computers usw. benötigen. Für diese Menschen ist das Angebot unabdingbar. Dieses Geld ist garantiert gut investiertes Geld. Deshalb bitten wir den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

Katharina Altas (SP): Die Aufstockung um zwei Stellen im KI und um 1,8 Stellen im KA geht auf einen interfraktionellen Vorstoss von GFL/EVP, SP, GLP und BDP/CVP zurück. Darin verlangten die MotionärInnen, die berufliche Integration von Personen aus dem Asylbereich auf städtischer Ebene voranzutreiben. Initiiert wurde der Vorstoss von Tania Espinoza Haller, also von der GFL. Genau die gleiche GFL verlangt jetzt, die erarbeiteten Massnahmen zur Umsetzung der Motion zu streichen. Die Fraktion SP ist klar und deutlich gegen die beiden Kürzungsanträge 10 und 11, da die schnelle berufliche Integration von Asylsuchenden sehr wichtig ist – im Interesse der Flüchtlinge selbst, aber auch im Interesse der gesamten Gesellschaft. Dadurch kann eine langjährige Abhängigkeit von Sozialhilfe vermieden werden. Deswegen bitten wir den Rat, die Anträge 10 und 11 abzulehnen.

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich danke Cristina Anliker: Sie hat das Wesentliche zum Antrag 13 betreffend das Internetcafé PowerPoint gesagt. Ich wurde darauf angesprochen, aber es hat nichts mit Microsoft zu tun. Deshalb wird es von Microsoft auch nicht gesponsert, sonst müssten wir hier nicht über diese 25 000 Franken sprechen. Das Internetcafé wurde vor fünf Jahren gegründet und basiert auf der Idee von jemandem, der damals selbst arbeitslos war. Da er viel mit Arbeitslosen und Armutsbetroffenen zusammenarbeitete hatte, machte er die Erfahrung, dass viele nicht oder nur unzureichend vernetzt sind. Sie alle wissen, wie wichtig es

heute ist, durch das Internet gut vernetzt zu sein und die Möglichkeit zu haben, per E-Mail in Kontakt zu sein, um zu erfahren, was los ist. Hat man diese Möglichkeit nicht, hat man kaum mehr Chancen, eine Stelle zu erhalten oder eine Wohnung zu finden. Das ist sehr wichtig. Und die Personen, die es betrifft, sind meistens genau diejenigen, die entweder eine Wohnung suchen oder eine Stelle oder gleich beides zusammen. Es sind Armutsbetroffene, Flüchtlinge und Leute ohne festen Wohnsitz mit wechselnder Unterkunft, die naturgemäss diese Möglichkeiten nicht haben – und oft auch das Geld nicht, um einen guten Internetanschluss zu haben. Wichtig ist, dass diese Leute nicht nur die technischen Möglichkeiten haben, sondern auch ein gewisses Mass an Beratung, wie man mit diesen technischen Möglichkeiten umgeht. Dies wird im Internetcafé geboten. Es hat sich denn auch gezeigt, dass im letzten Jahr verschiedenste Leute dank diesen Möglichkeiten eine Arbeit oder eine Wohnung fanden. Es ist ganz klar: Wenn jemand eine Arbeit findet, der vorher sozialhilfeabhängig war, werden grosse Kosten gespart. Der Leiter des Internetcafés kann heute lediglich 1000 Franken pro Monat für sich als Lohn beziehen, und das ist für eine Stadt, die doch einen gewissen sozialen Anspruch hat, und für eine derart wertvolle und wichtige Arbeit ein völlig unmöglicher Zustand. Ich danke dem Rat, wenn er diesem Antrag zustimmt.

Lukas Gutzwiller (GFL): Der Antrag 13 zum Internetcafé wird von der Fraktion GFL/EVP unterstützt. Ich möchte aber noch eine kurze Replik auf das Votum von Katharina Altas geben. Ich weiss nicht, ob sie mir richtig zugehört hat, offenbar ist ein fundamentales Missverständnis vorhanden. Wir sind keineswegs für die Streichung dieser Massnahmen – im Gegenteil: Wir sind für die Streichung der Stellen, damit wir die Massnahmen mit externen Leistungserbringern sofort anbieten können. Ich weiss nicht, ob die Stadt bereits Schulungsräume für Deutschkurse, Kompetenzkurse usw. hat. Die externen Bildungsanbieter haben jedoch solche Räume. Wenn wir schnell loslegen wollen, arbeiten wir lieber mit Externen zusammen, als in der Stadt zuerst noch Stellen zu schaffen. Die externen Anbieter haben Stellen; sie wissen auch, wie sie ihre Lehrkräfte rekrutieren können. Es handelt sich um ein gravierendes Missverständnis. Wir sind für eine sofortige Umsetzung der Massnahmen.

Direktorin BSS Franziska Teuscher: Ich äussere mich gerne zu den Anträgen. Allerdings muss ich zugeben, dass es schwierig ist, diese Anträge heute gründlich zu diskutieren, denn der Stadtrat konnte bekanntlich die Strategie des Gemeinderats zur beruflichen Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen noch nicht diskutieren. Wie gesagt wurde, hat der Gemeinderat aufgrund einer Motion, die vom Rat überwiesen wurde, ein Programm und den Verpflichtungskredit erarbeitet. Das Geschäft wurde in der SBK behandelt und stiess dort auf eine grossmehrheitliche Unterstützung. Ich bedaure es sehr, dass die GFL nun eine andere Finanzierung vorschlägt, indem sie fordert, das ganze Geld, das zur Verfügung gestellt werden soll, mit externen Partnern in Leistungsverträgen einzusetzen. Ich möchte kurz ausführen, weshalb ich dies nicht als zielführend erachte. Es ist nicht so, dass wir Deutschkurse anbieten wollen. Deutschkurse werden an vielen Orten angeboten; die Zusammenarbeit mit externen Unternehmen, welche Deutschkurse anbieten ist gut. Deutschkurse anzubieten, ist zudem primär eine Aufgabe von Bund und Kanton. Mit unserem Programm wollen wir jedoch Lücken schliessen. Lücken gibt es bei den Grundkompetenzen sowie insbesondere beim Anschluss an den Arbeitsmarkt. Im Hinblick auf die Strategie, die wir erarbeitet haben, informierten wir uns überall in der Schweiz über Angebote von Privaten und Gemeinden. Wir kamen zum Schluss, dass es nirgends pfannenfertige Lösungen gibt, die wir übernehmen können. Beschäftigungsprogramme könnten wir ebenfalls anbieten; es gibt auch viele. Wir wollen die Leute jedoch nicht einfach beschäftigen. Wir wollen sie befähigen, den Anschluss an den Arbeitsmarkt zu finden. Sie sollen eine Lehre machen können und sich mit ihren Kompetenzen fit machen, sodass sie in den Arbeitsmarkt einsteigen können. Dort liegt das Problem. Ein

grosser Teil der Flüchtlinge und der vorläufig Aufgenommenen hat heute mehrere Jahre lang Beschäftigungsprogramme durchlaufen und Deutschkurse absolviert, und dennoch ist die Erwerbslosigkeit bei diesen Personen hoch. Deshalb wollen wir sehr gezielt eingreifen. Der Gemeinderat ist denn auch davon überzeugt, dass wir Ideen entwickeln müssen. Der Sprecher der GFL sagte, es seien keine Ideen nötig. Das stimmt gerade nicht: Neue Ideen sind nötig dafür, wie man diese Leute begleiten kann, wie man ihre Kompetenzen fördern kann und wie man dafür sorgen kann, dass sie sich im Arbeitsmarkt bewähren und auf diese Weise den Anschluss finden können. Wir sind davon überzeugt, dass sich dies für die Stadt, aber auch für die betroffenen Leute auszahlen wird. Die grundsätzliche Debatte zu diesem Programm werden wir nächste Woche führen. Ich freue mich sehr darauf. Mit diesem Vorschlag sind wir aus meiner Sicht gut aufgestellt. Ein Teil geht in externe Aufträge, im Bereich von Freiwilligenunterstützung, der andere Teil geht insbesondere in die Entwicklung von Projekten, die man nachher für diese Leute anwenden kann. Im Übrigen sind diese Stellen bekanntlich nicht unbefristet: Sie wurden vielmehr auf drei Jahre befristet – um genau das Ziel zu erreichen, Projekte zu entwickeln, die den Anschluss an den Arbeitsmarkt ermöglichen. Wenn dieses Ziel erreicht ist, kann man hoffentlich auf diese Stellen wieder verzichten. Zum Internetcafé kann ich nichts sagen. Dieser Antrag lag dem Gemeinderat nicht vor.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt die Anträge 10/11 GFL/EVP ab (14 Ja, 49 Nein). *Abst.Nr. 038*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 11a SVP ab (7 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 039*

Roland Jakob (SVP): Zu den Anträgen 10 und 11 habe ich mich extra bei Jürg Wichtermann erkundigt, ob separat darüber abgestimmt werde, denn es geht um zwei verschiedene Geschäfte. Er bestätigte dies. Auch mit Daniel Weber habe ich gesprochen, und er sagte ebenfalls, es werde separat abgestimmt. Nun musste ich feststellen, dass es doch nicht so gemacht wurde. Wir konnten daher unsere Meinung nicht kundtun. Ich stelle deshalb **den Antrag**, die Abstimmung über die beiden Anträge zu wiederholen, und zwar separat.

Präsident. Ich danke Roland Jakob für seinen Hinweis. Nach Artikel 76 des Geschäftsreglements des Stadtrats ist es richtig, dass ein Stadratsmitglied eine getrennte Abstimmung verlangen kann. Wir führen daher jetzt eine getrennte Abstimmung zu den Anträgen 10 und 11 durch.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 GFL/EVP ab (20 Ja, 43 Nein). *Abst.Nr. 040*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 11 GFL/EVP ab (14 Ja, 46 Nein). *Abst.Nr. 041*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 11b SVP ab (6 Ja, 56 Nein). *Abst.Nr. 042*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 GFL/EVP ab (13 Ja, 50 Nein). *Abst.Nr. 043*
5. Damit ist Antrag 67 obsolet.
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 13 AL/GPB-DA/PdA+, GB/JA! Zu (44 Ja, 18 Nein). *Abst.Nr. 044*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 13a SVP ab (7 Ja, 56 Nein). *Abst.Nr. 045*

- | | | | |
|-----|--------------------------------|-----|--|
| 14. | S. 285
Schulamt
(320100) | SBK | Streichung Steuerungsvorgabe 2) Anzahl Veranstaltungen zu pädagogischen, bildungspolitischen und schulorganisatorischen Themen |
| 15. | S. 286
Schulamt
(320100) | SBK | Streichung Steuerungsvorgabe 3) und Weiterführung als Kennzahl 22) Betriebskosten pro Schülerin und Schüler (Volksschule inkl. Kindergarten) |

16.	S. 290 Schulamt (320100)	SBK	Streichung Kennzahl 8) Anzahl Sonderklassen und Integration in Kennzahl 4) Anzahl Klassen Total
17.	S. 290 Schulamt (320100)	SBK	Streichung Kennzahl 9) Anzahl ein Schuljahr repetierende Schülerinnen und Schüler nach Geschlecht (M/W)
18.	S. 290 Schulamt (320100)	SBK	Streichung Kennzahl 10) Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Geschlechtern (M/W), die ein Schuljahr überspringen
19.	S. 290 Schulamt (320100)	SBK	Streichung Kennzahl 14) Anzahl laufende Planungs- und Baugeschäfte
20.	S. 291 Schulamt (320100)	SBK	Streichung Kennzahl 19) Anzahl Merkblätter
21.	S. 291 Schulamt (320100)	Finanzdelegation	Einführung einer neuen Kennzahl 22) Anteil männlicher Lehrpersonen an Klassen der Kindergärten, Volks- und Sonderschulen (in Prozent)
22.	S. 296 Schulamt (320200)	SBK	Streichung Steuerungsvorgabe 3) Ferieninseln: Anzahl Ferienwochen pro Jahr
23.	S. 297 Schulamt (320200)	SBK	Streichung Kennzahl 1) Anzahl Tagesschulstandorte
24.	S. 297 Schulamt (320200)	SBK	Streichung Kennzahl 5) Anteil Lehrpersonen des Betreuungspersonals an Tagesschulen
25.	S. 297 Schulamt (320200)	SBK	Streichung Kennzahl 9) Zufriedenheit der Eltern bezüglich der Tagesschule
26.	S. 297 Schulamt (320200)	SBK	Streichung Kennzahl 11) Anzahl Aufgabenhelferinnen und Aufgabenhelfer
27.	S. 298 Schulamt (320200)	SBK	Streichung Kennzahl 14) Ferieninseln: Anzahl Betreuungspersonen
28.	S. 298 Schulamt (320200)	SBK	Streichung Kennzahl 15) Ferieninseln: Anzahl Standorte
29.	S.299 Schulamt (320300)	Finanzdelegation	Erhöhung der Nettokosten um 57'500.00 auf 6'846'200.00 Franken zugunsten P320350 Volkshochschule
30.	S. 301 Schulamt (320300)	SBK	Streichung Kennzahl 2) Anzahl Ludotheken

Edith Siegenthaler (SP): Die Fraktion SP unterstützt den Antrag 21 der Finanzdelegation. Wir möchten jedoch festhalten, dass eine Kennzahl allein die Situation nicht grundlegend ändern kann. Es lässt sich nicht ausblenden, dass es handfeste, insbesondere ökonomische Gründe

für die jetzige Verteilung der Lehrpersonen nach Geschlecht gibt. Die Löhne sind in diesem Bereich zu tief; im Vergleich zu anderen Kantonen zum Teil sogar sehr tief. Die schlechten Löhne treffen im Moment vor allem Frauen. Unser Ziel muss darum sein, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und die Lehrerschaft besser zu bezahlen.

Rudolf Friedli (SVP): Ich habe folgende generelle Frage an die Finanzdelegation: Was passiert, wenn die Kennzahlen, die man festlegt, nicht eingehalten werden? – Es passiert doch genau nichts. Weshalb stimmen wir im Rat überhaupt darüber ab?

Manuel C. Widmer (GFL): Ich bin natürlich nicht davon ausgegangen, dass mit einer Kennzahl die ganze Situation einfach gelöst werden kann. Es ist ein Teil von sehr vielen Puzzleteilen, die man zusammensetzen muss, damit man am Schluss zu einem höheren Anteil an männlichen Angestellten im Kindergarten sowie auf der Unter- und der Mittelstufe kommt. Im Rahmen eines Postulats diskutierten wir bereits einmal eingehend darüber. Das wird weiterhin eine Frage sein, aber auch eine Frage, die man unbedingt auf kantonaler Ebene angehen muss. Es reicht nicht, wenn man sie in der Stadt angeht – obwohl die Stadt durchaus Möglichkeiten hat, zum Beispiel bei den Schulleitungen immer wieder darauf hinzuwirken, damit dort etwas geschieht.

Leena Schmitter (GB): Die GB/JA!-Fraktion wird den Antrag ablehnen, und zwar, weil eine neue Kennzahl an der gesellschaftlichen Realität überhaupt nichts ändert. Und wenn man schon eine neue Kennzahl festlegt, bräuchte es auch eine, die zum Beispiel den Anteil von weiblichen Lehrpersonen auf der Oberstufe und auf Schulleitungsstufe betrachtet. Weil das in diesem Kontext nichts bringt, lehnen wir den Antrag ab.

Katharina Altas (SP): Zu Antrag Nr. 29 der Finanzdelegation: Die Volkshochschule leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des kantonalen Berufs- und Weiterbildungsgesetzes. Seit 97 Jahren ist sie in Bern verankert. Ihre Angebote sind niederschwellig. Sie bietet also gerade Grund- und Nachholbildung an. Auch im Bereich Integration leistet sie ihren gesellschaftlichen Beitrag. Ausserdem ist sie im Bereich Kultur-Legi engagiert. Inhaber einer Kultur-Legi erhalten 30 Prozent Rabatt auf allen Kursen. Dadurch entstehen der Volkshochschule pro Jahr Einnahmefälle von 20 000 Franken. Als einzige von zwanzig Gemeinden ist die Stadt Bern aufgrund eines Kürzungsantrags im Stadtrat aus dem Leistungsvertrag mit der Volkshochschule ausgestiegen. Die Berechnungsgrundlage für die 19 noch verbliebenen Gemeinden sind 75 Rappen pro Einwohner. Als Standortgemeinde der Volkshochschule ist es zentral, dieses wichtige Angebot aufrechtzuerhalten und mit den anderen 19 Gemeinden solidarisch mitzufinanzieren. Ich bitte den Rat, dem Antrag um Erhöhung der Nettokosten um 57 500 Franken zuzustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt den Anträgen 14–20, 22–28 sowie 30 SBK zu (59 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 046*
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 21 Finanzdelegation zu (49 Ja, 9 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 047*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 29 Finanzdelegation zu (48 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 048*

- | | | | |
|-----|---------------------------------|--------------------------------|---|
| 31. | S. 307
Jugendamt
(330100) | SP | Erhöhung der Nettokosten um 20'000.00 auf 9'205'349.74 Franken zugunsten P330160 Gemeinwesenarbeit und Fachstellen |
| 32. | S. 309
Jugendamt
(330100) | BDP/CVP | Neuformulierung übergeordnete Ziele:
Die städtische Lebenswelt soll Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Für Freizeit und Ferien sind sinnvolle Angebote bereitgestellt. Kinder und Jugendliche partizipieren aktiv an Fragen, die ihr Umfeld betreffen. Besonders aufmerksam werden Mädchen und junge Frauen in der Entfaltung ihrer Stärken und Fähigkeiten unterstützt (P110+P120, P140+P150). |
| 33. | S. 312
Jugendamt
(330100) | SBK | Einführung einer neuen Kennzahl 14)
Anzahl Vollversammlungen im Jugendparlament pro Jahr |
| 34. | S. 312
Jugendamt
(330100) | SBK | Einführung einer neuen Kennzahl 15)
Anzahl Jugendliche im Jugendparlament per Stichtag 31.12. |
| 35. | S. 321
Jugendamt
(330400) | SP, GB/JA!,
GFL/EVP,
GLP | Antrag in Verbindung mit Antrag Nr.36: Erhöhung der Nettokosten um 135'000.00 auf 33'629'981.71 Franken zugunsten PG330400 Familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder |
| 36. | S. 321
Jugendamt
(330400) | SP, GB/JA!,
GFL/EVP,
GLP | Antrag in Verbindung mit Antrag Nr.35: Änderung Steuerungsvorgabe 5) Fixbeitrag Soll 2017: Fr. 8.00 [statt Fr. 7.00] |

Bettina Stüssi (SP): Ich spreche zum Antrag Nr. 31 bezüglich Familientreff. Für alle, die nicht wissen, was der Familientreff ist: Was das Mütterzentrum in Bern West ist, ist der Familientreff in Bern Ost. Er ist ein Begegnungsort und ein Treff für Kinder und Erwachsene mit Cafeteria, Mittagstisch und verschiedenen anderen Dienstleistungen wie Informationsvermittlung, Betreuung, einem breiten Kursangebot mit integrierter Kinderbetreuung. Er kommt vor allem den Familien zugute. Die 20 000 Franken, die der Familientreff dringend benötigt, würden auch zur Professionalisierung des ganzen Treffs beitragen. Gerade auch wenn es um Integration in den Arbeitsmarkt geht, ist der Familientreff ein Player, indem er solche Stellen in Zusammenarbeit mit dem KA, dem Stellennetz Köniz und dem Stellennetz Bern anbietet. Das Jugendamt hat eine Professionalisierung im Leitungsteam, im sozialpädagogischen Bereich, verlangt. Diese wurde umgesetzt – der Familientreff kostet jedoch etwas mehr, da dies die Personalkosten in die Höhe treibt. Damit dies auch 2017 weitergezogen werden kann und die Ziele, welche man sich im Zusammenhang mit der Restrukturierung gesetzt hat, erreicht werden können, wäre es gut, wenn man die 20 000 Franken für den Familientreff sprechen würde. Ich danke für die Unterstützung.

Edith Siegenthaler (SP): Ich spreche zum Antrag 32. Die SP lehnt diesen Antrag ab. Wir finden es seltsam, wenn in der Budgetdebatte an Zielformulierungen herumgeschraubt wird. Abgesehen davon hat diese Zielformulierung ihre volle Berechtigung. Modi-Arbeit ist ein wichtiger Teil der Jugendarbeit. In der Jugendarbeit ist bekannt, dass sogenannte geschlechterneutrale Jugendräume de facto vor allem „Giele“ erreichen. Modi-Arbeit ist wichtig, weil sie ermöglicht, Stereotypen aufzubrechen. Für Modi heisst das zum Beispiel, sich auch für Berufe zu interessieren, die nicht typische Frauenberufe sind. Gleichzeitig können in der Modi-Arbeit auch wichtige Themen wie Gewalt, Gewaltprävention und Sexualität in einem geschützten

Rahmen vermittelt werden. Das alles ist für die Entwicklung von Modi hilfreich und ermöglicht einen selbstbewussten und selbstbestimmten Start ins Erwachsenenleben.

Regula Bühlmann (GB): Ich spreche ebenfalls zu Antrag 32. Ich muss nicht mehr allzu viel hinzufügen. Vielleicht noch zur Begründung: Der erste Satz stimmt. Es ist eine positive Diskriminierung von Mädchen und jungen Frauen. Das ist auch gesetzlich, gerade im Gleichstellungsgesetz, so vorgesehen. Solange es noch gesellschaftliche Ungleichgewichte gibt, ist man durch das Gesetz aufgefordert, eine positive Diskriminierung zu machen. Das ist hier der Fall. Es geht nicht darum, dass man Frauen als schwach oder als Opfer abstempeln soll, sondern darum, dass wir immer noch eine patriarchal geprägte Gesellschaft haben, in der die Mädchen und jungen Frauen einen besonderen Platz brauchen. Zu den Anträgen 35 und 36: Wir haben sie mit eingereicht und bitten den Rat, ihnen zuzustimmen, denn unsere Meinung ist ganz klar: Kinderbetreuung ist nicht etwas, das man privatisieren und immer mehr auf den Markt werfen muss. Wir fordern daher eine aktive Beteiligung der öffentlichen Hand. Wir haben in Vorstössen ebenfalls gefordert, die Beteiligung der Eltern an den Kosten zu senken. Mit diesen zwei Anträgen können wir einen kleinen Schritt in diese Richtung machen. In der Begründung sehen wir auch eine gewisse Wettbewerbslogik. Diese gilt für uns in dem Sinn nicht, dass aus unserer Sicht Care-Arbeit nicht einer Marktlogik entsprechen kann.

Milena Daphinoff (CVP): Wir haben den Antrag Nr. 32 eingereicht, weil wir der Überzeugung sind, man müsse jede Form von Diskriminierung beseitigen. Vor allem bin auch ich persönlich dieser Meinung. Wie meine Vorrednerin gesagt hat, ist der Satz Ausdruck einer positiven Diskriminierung von Mädchen und jungen Frauen. Und ich als junge Frau möchte nicht, dass man traditionelle Rollenbilder mit falschen übergeordneten Zielen weiterhin zementiert. Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, Mädchen und junge Frauen seien besonders bedürftig und schutzbedürftig. Sie haben im jungen Alter einfach eine andere Art von Schutz nötig als Männer. Wir möchten hier jedoch keine Unterscheidung der Geschlechter machen. Das ist ein Verständnis von Feminismus aus den 90er-Jahren, das wir nicht mehr für zeitgemäss halten. Es geht darum, auch positive Diskriminierung abzuschaffen. Das möchte ich hier ganz bewusst als Frau festhalten. In dem Sinn bitte ich den Rat, den Antrag zu unterstützen.

Lena Sorg (SP): Ich spreche zu den Anträgen 35 und 36. Wir haben diese Anträge gestellt, weil sie wieder nötig wurden. Letztes Jahr wurde der Fixbeitrag von 6 Franken auf 7 Franken erhöht, weil sowohl die städtischen wie auch die privaten Kitas stark unter Kostendruck stehen. Aus diesem Grund soll der Fixbeitrag erneut um 1 Franken, auf 8 Franken, erhöht werden. Die Begründung liegt vor. Der Kostendruck geht zulasten der Qualität; er wirkt sich beim Personal auf die Verteilung der Arbeit aus. Es kann nicht sein, dass aufgrund des Kostendrucks weniger qualifiziertes Personal eingestellt wird. Zudem hält die Evaluation von Eco-plan, die im Mai 2016 herauskam, ganz klar fest, dass der Kostendruck sehr hoch ist und dass mit der derzeitigen Tariflimite keine Kostendeckung möglich ist. Die ASIV wird allenfalls revidiert werden müssen – das wird erst 2019 der Fall sein. Bis dahin muss die Stadt quasi einspringen und die Qualität sicherstellen. In der Evaluation haben die Kitas angegeben, dass sie für einen Betreuungstag von zirka 11 Stunden durchschnittlich mit 118 Franken rechnen. Die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) des Kantons zahlt 107 Franken. Das gibt mit dem Fixbeitrag von 8 Franken 115 Franken. Das entspricht immer noch nicht dem, was die Kitas brauchen, käme ihm aber schon näher. Gleichzeitig hat der Gemeinderat in seiner Antwort zu einer Interpellation der Fraktion SP festgehalten, dass für eine bessere Bedarfsdeckung von Kita-Plätzen in der Stadt eine erneute Erhöhung des Fixbeitrags geprüft werden muss. Nach Rücksprache mit dem Jugendamt haben wir diesen Antrag so eingereicht, dass er erst ab August gilt. Das wären die 135 000 Franken. Das Jugendamt hat nämlich gerade im

Frühjahr mit der Umsetzung der E-Government-Strategie bei den Betreuungsgutscheinen genug zu tun. Deshalb ist die Umsetzung auf August angezeigt. Ich bitte den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

Ingrid Kissling-Näf (SP): Ich möchte mich noch einmal zur Fragestellung äussern, inwiefern junge Frauen unterstützt werden sollen. Ich bin selbst Mutter von zwei jungen Frauen und kann nicht bestätigen, dass es heute keine Diskriminierung mehr gibt oder dass die vollständige Gleichstellung erreicht ist. Es scheint mir nach wie vor in verschiedensten Bereichen absolut wichtig, dass junge Frauen eine gewisse Unterstützung erhalten, sei es im Bereich MINT oder sei es bei ihrer Freizeitgestaltung. Ich weise vollständig zurück, dass wir am Punkt sind, da die Gleichstellung völlig erreicht ist.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 31 SP zu (31 Ja, 21 Nein, 8 Enthaltungen). *Abst.Nr. 049*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 32 BDP/CVP ab (17 Ja, 41 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 050*
3. Der Stadtrat stimmt den Anträgen 33 und 34 SBK zu (52 Ja, 9 Nein). *Abst.Nr. 051*
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 35 SP, GB/JA!, GFL/EVP, GLP zu (48 Ja, 11 Nein). *Abst.Nr. 052*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 36 SP, GB/JA!, GFL/EVP, GLP ab (50 Ja, 12 Nein). *Abst.Nr. 053*

36a.	S. 343 SZMD (360100)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 370'908.06 auf 497'037.02 Franken zulasten PG360100 Schulzahnpflege
36b.	S. 343 SZMD (360200)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 609'691.17 auf 572'697.22 Franken zulasten PG360200 Zahnmedizinische Leistungen

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 36a SVP ab (7 Ja, 55 Nein). *Abst.Nr. 054*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 36b SVP ab (7 Ja, 54 Nein). *Abst.Nr. 055*

37.	S. 363 Gesundheitsdienst (370300)	Finanzdelegation	Erhöhung der Nettokosten um 35'000.00 auf 1'746'593.20 Franken zugunsten PG370300 Gesundheitsförderung und Prävention
-----	---	------------------	---

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 37 Finanzdelegation zu (48 Ja, 14 Nein). *Abst.Nr. 056*

38.	S. 378 Sportamt (380200)	SBK, SVP	Kürzung der Nettokosten um 30'000.00 auf 9'459'264.41 Franken zulasten P380210 Bereitstellung von Turn- und Sportanlagen
39.	S. 378 Sportamt (380200)	Finanzdelegation	Erhöhung der Nettokosten um 60'000.00 auf 9'549'264.41 Franken zugunsten PG380200 Sportanlagen, Sportbetrieb

- | | | | |
|-----|--------------------------------|---------|---|
| 40. | S. 378
Sportamt
(380200) | GFL/EVP | <i>Antrag zurückgezogen.</i> |
| 41. | S. 378
Sportamt
(380200) | BDP/CVP | Kürzung der Nettokosten um 200'000.00 auf 9'289'264.41 Franken zulasten PG380200 Sportanlagen, Sportbetrieb |
| 42. | S. 378
Sportamt
(380200) | BDP/CVP | Eventualantrag zu Antrag Nr.41:
Kürzung der Nettokosten um 125'000.00 auf 9'364'264.41 Franken zulasten PG380200 Sportanlagen, Sportbetrieb |
| 43. | S. 380
Sportamt
(380200) | SBK | Änderung Bezeichnung Steuerungsvorgabe 1) Anzahl Rasenspielfelder Fussballfelder |
| 44. | S. 380
Sportamt
(380200) | SBK | Änderung Bezeichnung Steuerungsvorgabe 2) Auslastungsgrad Rasenspielfelder Fussballfelder |
| 45. | S. 380
Sportamt
(380200) | SBK | Streichung Steuerungsvorgabe 6) Anzahl Sportkurse |
| 46. | S. 380
Sportamt
(380200) | SBK | Streichung Steuerungsvorgabe 7) Anzahl Feriensportkurse (Lager) |
| 47. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Streichung Steuerungsvorgabe 8) Anzahl Feriensportkurse für Schulpflichtige |
| 48. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Streichung Steuerungsvorgabe 9) Anzahl Feriensportkurse für alle |
| 49. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Änderung Bezeichnung Steuerungsvorgabe 10) Anzahl Feriansportkurse für ab 50-jährige (50+) Seniorenangebote |
| 50. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Einführung neue Steuerungsvorgabe 12) Anzahl regelmässige Angebote für Kinder und Jugendliche [Soll 2017: 96] |
| 51. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Einführung neue Steuerungsvorgabe 13) Anzahl Feriensportlager für Kinder und Jugendliche [Soll 2017: 2] |
| 52. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Einführung neue Steuerungsvorgabe 14) Anzahl regelmässige Sportangebote für Erwachsene [Soll 2017: 22] |
| 53. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Streichung Kennzahl 1) Sportkurse |
| 54. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Streichung Kennzahl 2) Freizeitsportkurse für Schulpflichtige |
| 55. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Streichung Kennzahl 5) Sportangebote für Kinder/Jugendliche |

- | | | | |
|-----|--------------------------------|-----|---|
| 56. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Streichung Kennzahl 8) Anzahl Kursleitende |
| 57. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Änderung Bezeichnung Kennzahl 3) Freizeitsportkurse für alle Anzahl Besuche in unverbindlichen Sportangeboten für Erwachsene |
| 58. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Änderung Bezeichnung Kennzahl 4) Freizeitsportkurse für 50+ Anzahl Teilnehmende an Seniorenangeboten |
| 59. | S. 381
Sportamt
(380200) | SBK | Änderung Bezeichnung Kennzahl 6) Unterhaltskosten Turnhallen und Rasenspielfelder (inkl Fit-zwäg, Laufträfts und Finnenbahnen Bärn Parcours, Bremer Loop und Finnenbahn). |
| 60. | S. 382
Sportamt
(380200) | SBK | Einführung neue Kennzahl 11)
Anzahl Teilnehmende an regelmässigen Angeboten für Kinder und Jugendliche |
| 61. | S. 382
Sportamt
(380200) | SBK | Einführung neue Kennzahl 12)
Anzahl Besuche in unverbindlichen Sportangeboten für Kinder und Jugendliche |
| 62. | S. 382
Sportamt
(380200) | SBK | Einführung neue Kennzahl 13)
Anzahl Teilnehmende in Feriensportlagern für Kinder und Jugendliche |
| 63. | S. 382
Sportamt
(380200) | SBK | Einführung neue Kennzahl 14)
Anzahl Teilnehmende an regelmässigen Sportangeboten für Erwachsene |
| 64. | S. 382
Sportamt
(380200) | SBK | Einführung neue Kennzahl 15)
Anzahl Kursleitende Sportangebote für Kinder und Jugendliche |
| 65. | S. 382
Sportamt
(380200) | SBK | Einführung neue Kennzahl 16)
Anzahl Kursleitende für Erwachsene |

Ursina Anderegg (GB): Ich spreche zum Antrag 39, zur offenen Turnhalle, sowie zu den Kürzungsanträgen 41 und 42. Zunächst zum Antrag 39: Auch im Winter sollten sich Kinder austoben können, anstatt gelangweilt zu Hause zu sitzen. Im Berner Osten, im Berner Westen und im Rossfeld gibt es am Sonntag im Rahmen der OpenSundays die Möglichkeit, in der offenen Turnhalle zu spielen und sich zu bewegen. Für die kleineren Kinder und ihre Eltern wird die Turnhalle Steigerhubel unter dem Namen Minimove zum bewegten Familientreff. Die Kleinen werden durch jugendliche Coachs betreut, während sich die Erwachsenen im Café mit anderen Eltern austauschen können. Das Projekt der offenen Turnhalle bietet also allen Altersgruppen eine sinnvolle Sonntagsbeschäftigung. Die Kinder können turnen und sich austoben, Jugendliche lernen als Coachs Verantwortung für kleinere Kinder zu übernehmen, und die Eltern haben die Möglichkeit, einander kennenzulernen und sich zu vernetzen. Damit vom erfolgreichen, beliebten und auch ausgelasteten Angebot der offenen Turnhalle Kinder, Jugendliche und Eltern in der ganzen Stadt profitieren können, braucht es unbedingt noch mehr Standorte für die offenen Turnhallen. Mit der Erhöhung des Beitrags, den der Antrag fordert, könnte man das sicherstellen.

Zu den Kürzungsanträgen 41 und 42 betreffend SlowUp: Diese Anträge basieren offensichtlich auf einem falschen Informationsstand. Sie sind aus unserer Sicht ziemlich aus der Luft gegriffen. Uns ist auch nicht klar, woher die Zahlen kommen, mit denen die Antragstellenden

jonglieren. Laut dem Sportamt ist die Planung mit den umliegenden Gemeinden noch im Gang. Es wird nicht zu einem SlowUp gemäss dem nationalen Label kommen; vielmehr soll zusammen mit den umliegenden Gemeinden ein eigenes Format konzipiert werden. Deshalb ist für uns nicht klar, woher die Zahlen stammen. Möglicherweise sind sie auch einfach veraltet. Wir begrüssen diesen Anlass, denn wir sind der Meinung, dass weitere autofreie Tage mehr als überfällig sind. Wir finden auch überregionale Projekte dieser Art sehr förderlich für die generelle Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden. Dieser Anlass bietet zudem eine Supergelegenheit, Bewegungsförderung und die Förderung des Langsamverkehrs zu unterstützen. Wir schätzen den eingestellten Betrag als sehr realistisch ein und wollen nicht, dass er gekürzt wird, denn das würde den Druck für die Organisierenden erhöhen, sehr viele Sponsorenbeiträge hereinzuholen. Wir wollen nicht, dass die öffentliche Hand Werbeevents organisieren muss.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 38 SBK, SVP zu (58 Ja, 1 Nein). *Abst.Nr. 057*
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 39 Finanzdelegation zu (46 Ja, 13 Nein). *Abst.Nr. 058*
3. Der Antrag 40 wurde zurückgezogen.
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 41 BDP/CVP ab (11 Ja, 49 Nein). *Abst.Nr. 059*
5. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag 42 BDP/CVP ab (11 Ja, 50 Nein). *Abst.Nr. 060*
6. Der Stadtrat stimmt den Anträgen 43–65 SBK zu (58 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen).
Abst.Nr. 061

Die Sitzung wird um 18.45 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

Die Protokollführerin

Thomas Göttin

Priska Vogt

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 21.20 Uhr

Vorsitzend

Präsident Thomas Göttin

Anwesend

Katharina Altas	Lukas Gutzwiller	Marco Pfister
Christa Ammann	Isabelle Heer	Halua Pinto de Magalhães
Peter Ammann	Erich Hess	Marco Robertini
Ursina Anderegg	Kurt Hirsbrunner	Kurt Rüegesegger
Cristina Anliker-Mansour	Daniel Imthurn	Edith Siegenthaler
Mess Barry	Roland Jakob	Lena Sorg
Manfred Blaser	Bettina Jans-Troxler	Andrin Soppelsa
Regula Bühlmann	Dannie Jost	David Stampfli
Michael Burkard	Ingrid Kissling-Näf	Bettina Stüssi
Yasemin Cevik	Philip Kohli	Michael Sutter
Rithy Chheng	Fuat Köçer	Luzius Theiler
Milena Daphinoff	Martin Krebs	Regula Tschanz
Daniel Egloff	Marieke Kruit	Gisela Vollmer
Vivianne Esseiva	Nora Krummen	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Martin Mäder	Christophe Weder
Benno Frauchiger	Peter Marbet	Janine Wicki
Rudolf Friedli	Melanie Mettler	Manuel C. Widmer
Lionel Gaudy	Patrizia Mordini	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Barbara Nyffeler	Patrik Wyss
Hans Ulrich Gränicher	Seraina Patzen	Patrick Zillig
Claude Grosjean	Stéphanie Penher	Christoph Zimmerli
Franziska Grossenbacher		

Entschuldigt

Henri-Charles Beuchat	Stefan Hofer	Roger Mischler
Danielle Cesarov-Zaugg	Roland Iseli	Sandra Ryser
Michael Daphinoff	Nadja Kehrli-Feldmann	Leena Schmitter
Bernhard Eicher	Hans Kupferschmid	Matthias Stürmer
Barbara Freiburghaus	Lukas Meier	Alexandra Thalhammer

Vertretung Gemeinderat

Alexandre Schmidt FPI	Ursula Wyss TVS
-----------------------	-----------------

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD	Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS
-------------------------	----------------	------------------------

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär	Nik Schnyder, Ratsweibel
Barbara Waelti, Protokoll	Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann, Stadtschreiber

2015.FPI.000068

12 Fortsetzung: Produktgruppenbudget (PGB) 2017 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Detailberatung

Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS)

65a.	S. 398 Direktionsstabs- dienste (500)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 1'490'154.09 auf 37'044'963.27 Franken zulasten PG500500 Konzepte/Koordination öffentlicher Verkehr
65b.	S. 398 Direktionsstabs- dienste (500100)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 300'000.00 auf 1'450'817.29 Franken zulasten PG500100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung
65c.	S. 398 Direktionsstabs- dienste (500100)	SVP	Eventualantrag zu Antrag Nr.65b: Kürzung der Nettokosten um 150'000.00 auf 1'600'817.29 Franken zulasten PG500100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung
65d.	S. 413 Tiefbauamt (510200)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 500'000.00 auf 22'433'745.88 Franken zulasten PG510200 Projektierung+Realisierung
65e.	S. 413 Tiefbauamt (510200)	SVP	Eventualantrag zu Antrag Nr.65d: Kürzung der Nettokosten um 300'000.00 auf 22'633'745.88 Franken zulasten PG510200 Projektierung+Realisierung
66.	S. 431 Stadtgrün Bern (520100)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um 100'000.00 auf 1'955'418.89 Franken zulasten P520120 Realisierung Anlagen
67.	S. 435 Stadtgrün Bern (520200)	GFL/EVP	Antrag in Verbindung mit Antrag Nr.12: Kürzung der Nettokosten um 173'000.00 auf 12'691'700.94 Franken zulasten PG520200 Grünflächenpflege
68.	S. 444 Stadtgrün Bern (520400)	BDP/CVP	Erhöhung der Nettokosten um 100'000.00 auf 4'767'855.04 Franken zugunsten P520420 Friedhof- und Grabanlagen
69.	S. 456 Verkehrsplanung (580100)	BDP/CVP, SVP	Kürzung der Nettokosten um 195'000.00 auf 5'103'720.84 Franken zulasten PG580100 Verkehrsplanung
70.	S. 456 Verkehrsplanung (580100)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um 65'000.00 auf 5'233'720.84 Franken zulasten PG580100 Verkehrsplanung
70a.	S. 456 Verkehrsplanung (580100)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 300'000.00 auf 4'998'720.84 Franken zulasten PG580100 Verkehrsplanung

PVS-Referentin *Franziska Grossenbacher* (GB): Im Namen der PVS bedanke ich mich bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Beantwortung unserer zahlreichen, im Rahmen der Delegationsbesuche und der Budgetberatung in der Kommission gestellten Fragen. Ich be-

schränke meine Ausführungen auf die budgetrelevanten Anträge: Bei der Budgetberatung verabschiedete die PVS einen Antrag, den sie in der darauffolgenden Sitzung wieder zurückzog. Dieser Antrag sah vor, die Mittel für die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs um eine Million Franken zu erhöhen. Ein identischer Antrag wurde bei der Revision des Reglements über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs (RFFV) vorgelegt. Die zuständige Gemeinderätin Ursula Wyss gestand gegenüber der PVS ein, dass die verschiedenen Prozesse unbefriedigend aufgegleist und abgestimmt waren. Dies betrifft einerseits die Überprüfung des RFFV, die auch die Finanzierung einschliesst, und andererseits die Planung der Velo-Offensive sowie die Richtplanung Fussverkehr, zu welcher die Mitwirkung zwischenzeitlich abgeschlossen worden ist. Der Gemeinderat hat es versäumt, den höheren finanziellen Bedarf für den Fuss- und Veloverkehr zu erkennen und das Budget im RFFV entsprechend anzupassen. Die Mehrheit der PVS wollte dies korrigieren und entschied sich dafür, sowohl zum RFFV als auch zum Budget einen Antrag auf Erhöhung der Mittel zugunsten der Förderung des Fuss- und Veloverkehrs zu stellen. Der Stadtrat folgte der Absicht der Kommissionsmehrheit nicht und lehnte deren Antrag bei der Beratung zur Revision RFFV ab, vor allem aus formalistischen Gründen, weil die Verantwortung, die nötigen Korrekturen rechtzeitig vorzunehmen, beim Gemeinderat liege. Folgerichtigerweise hat die PVS-Mehrheit den Antrag zur Erhöhung der Mittel im Budget zurückgezogen, denn es wäre unkorrekt, im Budget eine Aufstockung zu vollziehen, ohne Entsprechung im RFFV. Die Kommissionsmehrheit stellt fest, dass somit ein politischer Widerspruch geschaffen wird, indem der Stadtrat zwar der ambitionierten Zielsetzung des RFFV, nämlich der Verdoppelung des Veloverkehrs bis 2030, unter Beibehaltung des Anteils des Fussverkehrs, zugestimmt hat, aber nicht gewillt ist, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Bei der Dienststelle Entsorgung und Recycling war das Ökolnfomobil einmal mehr Thema der Diskussion. Zu reden gab der Evergreen, dass die Kommissionsminderheit das Ökolnfomobil abschaffen will. Zu den anderen Dienststellen sind in der Kommission keine finanzrelevanten Anträge gestellt worden. Die PVS beantragt dem Stadtrat mit 7 Ja- und 4 Nein-Stimmen, dem Budget der TVS zuzustimmen.

Alexander Feuz (SVP): Bei den Direktionsstabsdiensten beantragt unsere Fraktion zwei Kürzungen: Wie schon beim Viererfeld wird nun auch beim Bahnhof die gleiche Taktik angewendet, nach der die Ausgaben teilweise ausgelagert werden. Obwohl sich der Verkehrsplaner Hugo Staub schergewichtig um das Projekt ZBB kümmern soll, wird eine Begleitgruppe eingesetzt und man engagiert diverse Fachleute. Die Verwaltung hat ehrlicherweise eingeräumt, dass es darum geht, die kommende Abstimmung richtig aufzugleisen, damit das Stimmvolk so abstimmen wird, wie die Verwaltung es wünscht. Nach unserem Erachten ist dies ein Fall von unerlaubter Staatspropaganda, deshalb bitten wir um Zustimmung zum Kürzungsantrag 65b in der Höhe von 300'000 Franken, was ungefähr dem Betrag entspricht, den man für die Propagandaaktion zum Projekt ZBB ausgeben will. Wir stellen auch den Eventualantrag 65c, der eine Kürzung um 150'000 Franken vorsieht. Mit Antrag 65a beantragen wir eine Kürzung der Nettokosten zulasten von Projektierung und Realisierung. Es braucht keine weitere staatliche Unterstützung für Velorouten, mitsamt dem dazu gehörenden Verkehrsmanagement, bei dem es darum geht, den Autoverkehr zu schikanieren, um die Steigerung des Veloverkehrs von 10 auf 20 Prozent voranzutreiben, zum Nachteil der 80 Prozent anderen Verkehrsteilnehmer. Im gleichen Zusammenhang stehen die Anträge 69 und 70a, die Einsparungen bei der Verkehrsplanung verlangen. Die SVP hat sich seit jeher dafür eingesetzt, dass sich die Fachstelle Verkehrsplanung für den Fussverkehr engagiert, aber unsere Anträge in Sachen Fussverkehr sind vom Stadtrat immer abgelehnt worden. Das Stadtentwicklungskonzept (STEK) 2016 legt es darauf an, dass der Privatverkehr komplett aus den Quartieren weichen muss. Laut STEK müssen Autofahrende, die sich von Quartier zu Quartier bewegen möchten, auf die Autobahn

ausweichen. Da es keine grosse planerische Leistung erfordert, ein derartiges Verkehrsregime umzusetzen, ist das Budget der Verkehrsplanung massiv zu kürzen.

Direktorin TVS *Ursula Wyss*: Ich bitte den Rat, dem Budgetvorschlag des Gemeinderats zu folgen. Mit dem Kürzungsantrag 65a zielt die SVP auf eine faktisch gebundene Ausgabe, nämlich den sogenannten öV-Beitrag, der vorsieht, dass der Gesamtaufwand des Kantons für den öffentlichen Verkehr zu zwei Dritteln vom Kanton und zu einem Drittel von den Gemeinden getragen wird. Der öV-Beitrag wird nach einer für alle Gemeinden gleichermaßen geltenden mathematischen Formel berechnet. Die Kosten für den kantonalen öV-Beitrag stagnieren seit 2010, was damit zusammenhängt, dass sie in Abhängigkeit von Investitionen und Grossprojekten im Bereich des öV im ganzen Kantonsgebiet stehen. Der Kanton hat uns informiert, dass der Beitrag der Stadt in den nächsten Jahren ansteigen wird. Wir haben die uns vorgelegten Berechnungen im Budget 2017 übernommen.

Mit Antrag 65b fordert die SVP beim Generalsekretariat TVS eine Streichung von 300'000 Franken für PR-Agenturen. Ich weiss nicht, wie man auf diesen Betrag von 300'000 Franken für PR kommt, den die SVP im Budget ausgemacht hat. Ich kann diesen Posten nirgends finden. Im Budget der Direktionsstabsdienste sind 1,3 Mio. von 1,75 Mio. Franken für Personalkosten vorgesehen, ein Posten von 35'000 Franken ist für Honorare an Dritte. Diese Mittel werden hauptsächlich für Führungsunterstützungen und kleine juristische Abklärungen verwendet. Vielleicht hat sich die SVP einfach um eine Kommastelle vertan.

Alexander Feuz (SVP): Wir wissen, dass die Direktion PR-Agenturen bezieht. Laut Darstellung in den Medien geht es darum, die Abstimmung zum Projekt ZBB zu gewinnen. Wenn man uns mitteilt, welche Stelle für PR-Leistungen bezahlt, sind wir gerne bereit, etwas dazuzulernen. Da uns keine Angaben vorliegen, zulasten welcher Produktegruppe diese Ausgaben gehen, ist unser Antrag 65b begründet, weil nur die Möglichkeit bleibt, eine Kürzung bei den Direktionsstabsdiensten zu fordern.

Direktorin TVS *Ursula Wyss*: Ich erinnere mich, dass wir in der Kommission über diese Frage diskutiert haben: Es handelt sich um an ein bestimmtes Projekt gekoppelte Ausgaben. Namentlich geht es um das Projekt ZBB, das notabene die grösste Baustelle mit sich bringen wird, die es in der Stadt Bern je gegeben hat und die über knapp zehn Jahre andauern wird. Eine gute Kommunikation ist unabdingbar. Letzten Montag fand eine erste Sitzung der Begleitgruppe mit den betroffenen Quartieren und allen interessierten Verbänden statt, an der sehr viele Leute teilnahmen. Es ist richtig, alle Betroffenen sehr früh einzubeziehen, nicht nur, was die flankierenden Verkehrsmassnahmen betrifft, sondern auch im Sinne der engen Zusammenarbeit mit SBB und RBS als den Bauherrschaften, die über die Baustellen orientieren, und aufzeigen, wann und wo mit welchen Lärmimmissionen oder Mehrbelastungen durch Baustellenverkehr von zu- und weggehenden Lastwagen zu rechnen ist. Eine frühzeitige Information ist für Anwohnende in den Quartieren und für Institutionen oder Firmen, beispielsweise die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) oder die AXA Winterthur und weitere entlang der Laupenstrasse niedergelassene Organisationen von eminenter Bedeutung. Beim Aufwand für Kommunikation handelt es sich um sehr gut investierte Mittel. Wenn die SVP die Kommunikation zum ZBB einschränken will, muss sie jeweils bei den Krediten, die wir in regelmässiger Folge vorlegen, eine Kürzung verlangen. Erst letzte Woche haben wir in der Kommission über eine Aufstockung des Projektierungskredits diskutiert. Das war die Gelegenheit, um eine entsprechende Kürzung zu verlangen – was die SVP auch tat, wobei ihr Antrag bei der Kommissionsmehrheit keine Zustimmung fand.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Antrag 67 GFL/EVP aufgrund des Abstimmungsergebnisses zu Antrag 12 GFL/EVP obsolet geworden ist.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 65a SVP ab (7 Ja, 53 Nein). *Abst.Nr. 062*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 65b SVP ab (8 Ja, 52 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 063*
3. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag 65c SVP ab (8 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 064
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 65d SVP ab (7 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 065*
5. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag 65e SVP ab (7 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 066
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 66 BDP/CVP ab (17 Ja, 41 Nein, 3 Enthaltungen).
Abst.Nr. 067
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 68 BDP/CVP ab (14 Ja, 43 Nein, 5 Enthaltungen).
Abst.Nr. 068

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Beim Durchlesen der Begründungen der Anträge zur Verkehrsplanungsstelle könnte man meinen, es gehe in der Stadt Bern einzig darum, die Velo-Offensive zu realisieren. Die Verkehrsplanung arbeitet jedoch an vielen anderen Planungen und Projektierungen, die ebenso umgesetzt werden müssen. – Um zuerst Beispiele anzuführen, von denen sich die politische Gegenseite angesprochen fühlt: Wie sollen im ESP Wankdorf die neue Eventhalle und die Bolligenstrasse für den Verkehr erschlossen werden, wenn im Raum Papiermühle kein Platz mehr vorhanden ist? Oder: Wie sollen, ohne Verkehrsplanung, MIV, öV und mehrere hunderttausende Fussgängerinnen und Fussgänger über den Hirschengraben geführt werden? Oder wie sollen Massnahmen zur Umnutzung der Pannestreifen von der Stadt begleitet werden, für den Fall, dass das ASTRA die Pannestreifen-Umnutzung (PUN) im Ostring umsetzen will? Weiter sind auch die Massnahmen zur Kapazitätserweiterung beim öV anzuführen, für die sich unsere Seite eher interessiert. Wir lehnen die Anträge 69 bis 70a ab.

Philip Kohli (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Zugegeben, die Vorrednerin hat nicht schlecht argumentiert, aber es geht nicht um den Bahnhof, den Hirschengraben oder irgendwelche Massnahmen für den MIV. Wir wissen, dass in dieser Stadt nicht zugunsten des MIV geplant wird, sondern dass möglichst viele Einschränkungen für den MIV vorgenommen werden, damit so wenig Bewegungsraum wie möglich bleibt, beispielsweise, indem man Eigentrassees für Trams erstellt, so dass die Autos nicht mehr durchkommen. Wir stellen keinen Anti-Velo-Offensive-Antrag. Aber in der Verkehrsplanung werden extrem viel Energie, Zeit, Geld und Ressourcen in Planungen investiert, die es gar nicht braucht, weil es im Endeffekt das Beste ist, die Dinge möglichst einfach zu halten. Anstatt unzählige überflüssige Studien oder Verkehrszählungen durchzuführen, muss man die Dinge situativ betrachten und herausfinden, welche Massnahmen am jeweiligen Ort am besten geeignet sind. Es braucht pragmatische Lösungen und keine aufwändigen Studien, die komplizierte Ergebnisse erbringen. Aber offenbar wählt man in der Verkehrsplanung, unter Aufwendung vieler Mittel, mit Vorzug die komplizierteste Variante. Die von uns beantragten Kürzungen stellen die Verkehrsplanung weder auf den Kopf noch wird diese dadurch verunmöglicht. Unsere Anträge sind moderat und gut begründet.

Direktorin TVS Ursula Wyss: Momentan läuft die Überarbeitung des Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepts (RGSK) II. In diesem Zusammenhang geht es auch darum, für stadt-eigene Infrastrukturprojekte bei Kanton und Bund Gelder abzuholen. Damit wir die ent-

sprechenden Mittel bekommen, müssen unsere Projekte sehr gut ausgearbeitet sein und zeitgerecht eingereicht werden, was entsprechende personelle Ressourcen erfordert. Wenn man bedenkt, wie viele Mittel die Region Bern im Rahmen des ersten und zweiten Agglomerationsprogramms beim Langsamverkehr anteilmässig einholen konnte, sind wir betragsweise noch weit davon entfernt. Wir können die Ressourcen, die wir aufwenden, kompensieren, indem wir für unsere Infrastrukturprojekte von Bund und Kanton finanziell unterstützt werden. Diese Chance dürfen wir uns nicht verbauen, solange es die Agglomerationsprogramme gibt. – Und es wird sie weiterhin geben, wenn es nach dem Entscheid des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) geht, über den jetzt im Bundesparlament verhandelt wird, der nächstes Jahr zur Abstimmung gelangen wird. Die Agglomerationen können entweder mitmachen und Mittel beantragen oder das Ganze sein lassen. Fest steht, dass die Mittel, die man für die Verkehrsplanung aufbringt, gut investiert sind, denn schliesslich geht es darum, die Gemeindefinanzen zu entlasten.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 69 BDP/CVP und SVP ab (21 Ja, 41 Nein). *Abst.Nr. 069*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 70 BDP/CVP ab (22 Ja, 41 Nein). *Abst.Nr. 070*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 70a SVP ab (15 Ja, 48 Nein). *Abst.Nr. 071*

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI)

71.	S. 483 Finanzverwaltung (610400)	FSU	<i>Antrag zurückgezogen.</i>
72.	S. 483 Finanzverwaltung (610400)	Finanzdelegation	Erhöhung der Nettokosten um 70'000.00 auf 13'399'320.12 Franken zugunsten P610410 Beitragswesen
72a.	S. 515 Personalamt (640100)	GFL/EVP	Einführung neue Kennzahl 12) Anzahl neue befristete Stellen
72b.	S. 515 Personalamt (640100)	GFL/EVP	Einführung neue Kennzahl 13) Anzahl aufgehobene befristete Stellen

FSU-Referentin *Dannie Jost* (FDP): Da der einzige finanzrelevante Antrag der FSU von der Finanzdelegation abgelehnt wurde, stimmten wir darüber ein zweites Mal ab. Bei der zweiten Abstimmung wurde der unter Ziffer 70 der Tischvorlage aufgelistete Antrag schliesslich begraben. Die FSU stellt somit keine finanzrelevanten Anträge.

Es entspricht auch meiner Aufgabe, die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu würdigen und im Namen der Kommission dafür zu danken, dass wir bei den Delegationsbesuchen immer wohlwollend empfangen werden und immer Antworten bekommen, auch wenn wir manchmal nörglerische Fragen stellen. Zum Budget FPI sind folgende Punkte hervorzuheben: Bei Immobilien Stadt Bern (ISB) stellt das Rebgut in Neuenstadt ein wiederkehrendes Thema dar. Der Betrieb ist defizitär, noch dazu besteht massiver Sanierungsbedarf. Das Rebgut wird uns in Zukunft noch beschäftigen. Ein weiteres Dauerthema ist der Abbau des bestehenden Sanierungsrückstands: Der durchschnittliche Zustandswert sollte bei 80 Prozent liegen, erreicht aber nur einen Wert von 75 Prozent. Man muss bedenken, dass die Anpassungen an neue gesetzliche Standards zu Sicherheit, Umwelt usw. innerhalb der nächsten Dekaden rea-

lisiert werden müssen. Zum Personalamt: Der neue Leiter des Personalamts setzt sich durch, vermittels Stärkung der Expertise und Positionierung der Zentralen Dienste, die auch dazu führen soll, die Gleichbehandlung der Begehren des Personals in allen Direktionen zu gewährleisten. Weiter ist erwähnenswert, dass die Schul- und Büromaterialzentrale auf der Suche nach neuen Räumlichkeiten ist. Hoffentlich findet man bald einen neuen Standort, denn es ist wichtig, dass die Logistik zentral angesiedelt ist. Bei der Finanzverwaltung wurde vor allem über den eingangs erwähnten Antrag diskutiert, der später verworfen wurde. Bei der Steuerverwaltung diskutierten wir über die Frage der Ungenauigkeiten aufgrund der Rappenbeträge. Die städtische Buchführung ist für Nicht-Finanzexperten nicht einfach verständlich. Die Verwaltung hat uns versichert, dass immer sehr gut, exakt und korrekt gearbeitet wird. Die Informatikdienste berichten, dass das Projekt CLIMB plangemäss und ohne Zeitverzug unterwegs ist. Dem Stadtrat werden demnächst einige Informatikprojekte vorgelegt, beispielsweise eine Software namens submiss für das Beschaffungswesen sowie verschiedene Basisinfrastrukturprojekte im Bereich E-Government. Die FSU empfiehlt das Budget FPI mit grosser Mehrheit zur Annahme.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 72 Finanzdelegation zu (51 Ja, 12 Nein). *Abst.Nr. 072*
2. Der Stadtrat stimmt den Anträgen 72a und 72b GFL/EVP zu (61 Ja, 2 Nein). *Abst.Nr. 073*

Sonderrechnungen

73.	S. 564 Entsorgung + Recycling (870100)	PVS Minderheit	Reduktion des Nettoerlöses um 135'000.00 auf 1'284'146.12 Franken zulasten P870110 Sammeldienst mobil
-----	---	----------------	---

Patrizia Mordini (SP) für die SP-Fraktion: Das ÖkolInfomobil hat seinen Dienst im Januar 2006 aufgenommen und ist anfangs 2009 definitiv eingeführt worden. Es ist in allen Quartieren einmal wöchentlich vor Ort und berät die Bewohnerinnen und Bewohner zur Entsorgung verschiedenster Materialien wie Batterien, Skiausrüstungen, Kleinsperrgut, Medikamente, Öle und Fette, Putzmittel, Pestizide, Metalle, Farben, Elektrogeräte, Kaffeekapseln u.v.m. Nicht angenommen werden Papier, PET, Glas, Kunststoffe, Plastik, Grüngut, Kleider und Schuhe sowie normaler Hausmüll. Diese Liste zeigt auf, dass das ÖkolInfomobil die Touren zur Entsorgung des Hauskehrichts, den man einfach im blauen Sack vor der Haustüre abstellen darf, sowie die Grüngut- und Papiersammlungen nicht konkurrenziert. Für Menschen, die kein Auto besitzen, und solche, die das Auto nicht benutzen wollen, um für die Entsorgung einer geringen Menge Abfallgut zum Entsorgungshof zu fahren – was ein ökologisch motivierter Grund ist –, und insbesondere auch für die älteren Leute ist das ÖkolInfomobil eine feine Sache, weil es zu allen fast bis vor die Haustür kommt. Die Zahlen belegen, dass es rege genutzt wird und gut ausgelastet ist. Es entspricht einem Bedürfnis, inzwischen haben sich die Leute daran gewöhnt. Unsere Fraktion will, dass das ÖkolInfomobil weiterhin zu den städtischen Dienstleistungen gehört. Wir lehnen den Antrag der PVS-Minderheit ab.

Alexander Feuz (SVP) für die SVP-Fraktion: Dass die SP-Fraktion den Antrag 73 bestreitet, veranlasst mich dazu, auf unsere schriftliche Begründung hinzuweisen und folgenden Punkt hervorzuheben: Die Vorrednerin hat besonders die älteren Leute erwähnt. Mir ist ein Fall bekannt, in dem einer älteren Person die Annahme ihrer Abfälle verweigert wurde, weil sie mit dem Auto beim ÖkolInfomobil vorgefahren war. Die betroffene Person musste deswegen einige Kilometer weit fahren, um eine kleine Menge Abfall zu entsorgen. In diesem Fall hat es das

Ökolnfomobil verpasst, seine ureigene Aufgabe wahrzunehmen. Zudem stellt sich die Frage, welche Euro-Abgasnorm das alte Gefährt, das als Ökolnfomobil im Einsatz ist, noch erfüllt. Das Konzept des Ökolnfomobils hat sich überlebt, besonders, wenn überflüssigerweise versucht wird, die Leute ökologisch zu erziehen und wenn Personen mit einer Gehbehinderung dazu gezwungen werden, ihre Abfälle zu Fuss zur Entsorgungsstelle zu bringen.

Philip Kohli (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich danke meiner Vorrednerin für den historischen Exkurs zum Ökolnfomobil, bei dem es sich um einen alten Bus handelt, der eine Menge CO₂ ausstösst, während er in der ganzen Stadt herumfährt, was ökologisch überhaupt nichts bringt. Was die sogenannten ökologischen Gründe hinter dem Ökolnfomobil anbelangt, weiss ich auch eine Geschichte zu berichten, von einer älteren Dame aus unserem Quartier, die mit dem Auto beim Ökolnfomobil vorgefahren ist, wo man das arme „Grosi“ tatsächlich abgewiesen hat. Dass Alexander Feuz ebenfalls von der Geschichte weiss, zeigt, dass das Kirchenfeld klein ist und man einander kennt. Die Mehrheit der BDP/CVP ist der Überzeugung, dass das Ökolnfomobil, im Verhältnis zu den verursachten Kosten, zu wenig genutzt wird. Die Idee einer mobilen Entsorgungsstelle mag nicht ganz schlecht sein, aber ohne Fahrzeug mit Elektroantrieb entspricht sie unseren Ansprüchen nicht. Unsere Fraktion unterstützt den Kürzungsantrag 73 mehrheitlich. Wir versuchen nun das fünfte Jahr in Folge, die Mittel für das Ökolnfomobil zu streichen, bitte belohnen Sie unsere stetigen Bemühungen mit der Zustimmung.

Roland Jakob (SVP) für die SVP-Fraktion: Das miefige Mobil, das durch die Stadt Bern tuckert und dabei Verkehrsregeln verletzt – ich kann Beweisfotos vorlegen, die zeigen, wie das Ökolnfomobil eine Sicherheitslinie überfährt oder durch eine kleine Seitenstrasse fährt, die eigentlich verkehrsfrei ist, und zur Hälfte gar nicht befahren werden darf – hat seine Lebensdauer längst überschritten. Die Stadt verfügt mittlerweile über moderne und perfekte Entsorgungshöfe. Das Mief-Mobil ist längst Geschichte und sollte dem Historischen Museum zugeführt werden, um seinen würdigen Platz in den Annalen zu finden. Bitte stimmen Sie dem Antrag 73 zu.

Direktorin TVS *Ursula Wyss*: Die Diskussion über das Ökolnfomobil darf in keiner Budgetdebatte fehlen. Wir beantragen keinen Investitionskredit zur Beschaffung eines neuen Ökolnfomobils, sondern wollen den Betrieb um ein weiteres Jahr verlängern, weil nach wie vor eine stabile, sogar zunehmende Nachfrage zu verzeichnen ist und die Kosten im Verhältnis zur Nachfrage gering sind. Zudem zielt unsere Strategie zur Entsorgung des Hauskehrichts in die Richtung, dass in Zukunft nicht nur die Abfälle in den blauen Säcken eingesammelt werden, sondern verschiedene Abfallgüter getrennt abgeholt werden. Durch dieses Angebot entsteht bei den Sammeltouren kaum Mehraufwand, aber es entspricht einem Bedürfnis der Bevölkerung, die Abfälle in den Haushalten zu trennen, ohne die diversen Abfallarten zu speziellen Entsorgungsstellen transportieren zu müssen. Das Ökolnfomobil mag zwar wie ein veraltetes Fahrzeug aussehen, in Bezug auf strategische Aspekte ist es jedoch visionär und zukunftsweisend. Ich bitte darum, den Betrieb des Ökolnfomobils um ein Jahr zu verlängern, damit es den Leuten, die dieses Angebot rege nutzen und sehr schätzen, auch weiterhin zugutekommt.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 73 der PVS-Minderheit ab (15 Ja, 48 Nein). *Abst.Nr. 074*

Der Vorsitzende *Thomas Göttin*: Es folgt die Schlussbetrachtung des Finanzdirektors.

Direktor FPI *Alexandre Schmidt*: Anstelle einer nüchternen Betrachtung kann man sogar von einem Schlussbouquet sprechen, das auf die diesjährige, sehr entspannt verlaufene Finanz-

debatte folgt, die im Rekordtempo abgewickelt worden ist. Das ist ein Privileg – ich bin als Finanzdirektor vollends entzückt. Der Stadtrat hat insgesamt zehn Änderungen vorgenommen, nämlich neun Ausgabenerhöhungen und eine -senkung, die zu einer Gesamterhöhung der Ausgaben im Umfang von 452'000 Franken führen. Wir legen der Bevölkerung ein Budget 2017 mit einem Überschuss von 10,473 Mio. Franken vor. Der Budgetüberschuss wird an die Spezialfinanzierung Schulbauten überwiesen und ist für den Gebrauch in den Folgejahren reserviert. Das PGB 2017 schliesst finanztechnisch mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Stimmbevölkerung wird über ein Budget abstimmen, das ein Null-Endergebnis aufweist, enthaltend eine Einlage in die Spezialfinanzierung Schulbauten von 10,473 Mio. Franken. Es liegt eine erfolgreiche Budgetdebatte hinter uns; ich danke dem Parlament für sein Wirken.

Der Vorsitzende *Thomas Göttin*: Das PGB 2017 schliesst bei einem Aufwand und Ertrag von Fr. 1 192 465 162.81, und einem Überschuss von Fr. 10 473 849.68, der in die Spezialfinanzierung Schulbauten eingelegt wird, mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem bereinigten Produktgruppenbudget (PGB) 2017 zu (42 Ja, 17 Nein, 5 Enthaltungen). *Abst.Nr. 075*
2. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsbotschaft zu (53 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen).
Abst.Nr. 076

Traktandenliste

Es wurden alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Luzius Theiler, GPB-DA): Aufhebung der „Maulkorbrichtlinien“ zu Äusserungen städtischer MitarbeiterInnen in der Öffentlichkeit
2. Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Mess Barry, parteilos/Daniel Egloff, PdA): Kinderfreundliche Velostadt Bern
3. Motion Michael Daphinoff (CVP): Kosten der Velo-Offensive vors Volk!
4. Motion Michael Daphinoff (CVP): Veloroutennetz neu denken – ab auf schnellere und sicherere Nebenstrassen!
5. Motion Michael Daphinoff (CVP): Neue Lösung für das Langzeitparkieren von Velos beim Bahnhof. Befreiung der bahnhofsnahe Veloabstellplätze von Veloleichen
6. Postulat Fraktion SP (Katharina Altas/Marieke Kruit, SP): Wohnen mit Dienstleistungen – Stadt Bern soll die Versorgungslücke für EL-Beziehende und RentnerInnen mit bescheidenem Einkommen schliessen
7. Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): KTB: Pflichtenheft für Städtische VertreterInnen in Kulturorganisationen
8. Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler EVP): KTB: Neue Transparenz- und Informationsregelung im Vertrag zwischen KTB, Kanton und Stadt Bern
9. Postulat Michael Daphinoff (CVP): Sicheres, stressfreies und schnelles Vorwärtskommen auf den Velorouten: Direkte Veloverbindung vom Glasbrunnen zum Falkenplatz abseits der Länggassstrasse
10. Interpellation Fraktion SP (Fuat Köçer, SP): Synergien nutzen: Deutschunterricht vom Stadtpersonal – fürs Stadtpersonal
11. Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Rudolf Friedli, SVP): Nachhaken zum Vorstoss „Umwegendite der Reithalle“ von Michael Burkhard: Wie hoch sind der Kollateralschaden und die negativen Faktoren?
12. Interpellation Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): KTB: Konflikt zwischen Konzert Theater Bern KTB und der Schauspieldirektorin Gräve: Wie und was kann aus der Vergangenheit für die Zukunft gelernt werden?
13. Interpellation Fraktion GLP (Patrick Zillig, GLP): E-Government-Strategie Stadt Bern – Stand der Umsetzung
14. Interpellation Michael Daphinoff (CVP): Sicheres, stressfreies und schnelles Vorwärtskommen auf den Velorouten: Zufahrten zur Velobrücke
15. Kleine Anfrage Barbara Freiburghaus (FDP): Wie sieht das Fazit der Blumenanlage auf dem Parkplatz vor dem Alpinen Museum aus und wie geht es weiter?

andere Eingänge

- Antrag nach Artikel 82 GRSS Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Matthias Stürmer, EVP): Stadtrats-Sitzungen im Live-Stream: Öffentlichkeit für politische Entscheidungen schaffen

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

Thomas Göttin

Die Protokollführerin

Barbara Waelti